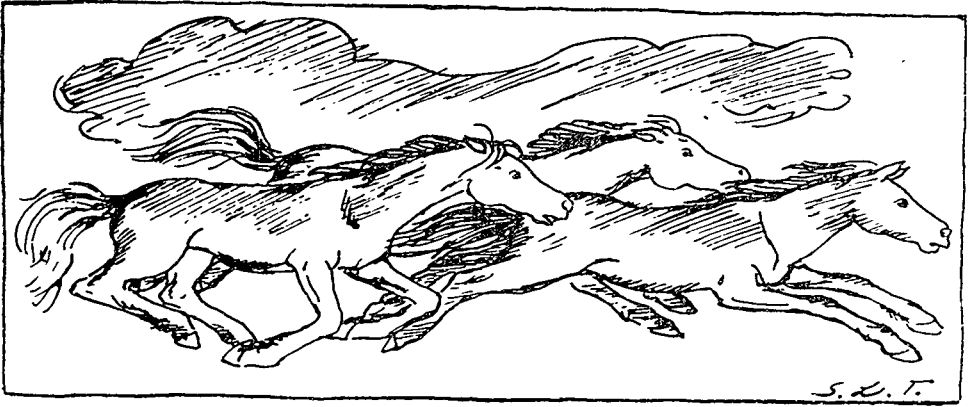




20. September 1926

KARL HILDENBRAND . FÜR EINE PARLAMEN- TARISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT

POLITISCHE Dinge, auch wenn sie Selbstverständlichkeiten sind, brauchen bei uns in Deutschland meist lange Zeit, ehe sie sich endgültig durchsetzen, weil in einzelnen dazu notwendigen Kreisen die Befürchtung besteht, daß durch Zusammenarbeit vieler zu einem einheitlichen Zweck ihre engere politische Arbeit beeinträchtigt würde. So geht es auch in der neuen deutschen demokratischen Republik mit der Schaffung einer Erfolg verheißenden festen Regierungsbildung. Im alten Staat, in dem der vom Kaiser berufene Reichskanzler unabhängig von den politischen Parteien in der Lage war die Geschäfte zu führen und sich die zur Inkraftsetzung von Gesetzen notwendige Mehrheit suchen konnte, wo er sie fand, gab es keine Regierungsbildung durch die Parteien. Anders im demokratischen Staat. Hier setzt schon die Konstituierung der Regierung eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag voraus, und jede gesetzgeberische Aktion der Reichsregierung ist nur durch eine von den verschiedenen Parteien zusammengesetzte Mehrheit möglich. Das bedeutet, daß eine Anzahl von Parteien, von denen jede einzelne eine bedeutungslose Minderheit darstellt, sich verbünden, um in den dringenden politischen und wirtschaftlichen Fragen bestimmte, wenn auch zuweilen nur vorläufige Lösungen zu finden. Dabei kann die einzelne Partei natürlich nicht ihre politischen oder wirtschaftlichen Programmziele erreichen. Aber sie kann bei sachlicher Mitarbeit im Allgemeininteresse ihren Willen so weit durchsetzen wie er sich mit dem der anderen Parteien vereinigen läßt.

So wie die parlamentarischen Verhältnisse in Deutschland liegen, kann weder im Reichstag noch in den anderen deutschen Parlamenten eine einzelne Partei eine Regierung bilden und Gesetze nach ihrem Willen erlassen. Denn nirgends hat sich das Volk bei den Wahlen in seiner Mehrheit für eine einzelne Partei ausgesprochen. Deshalb sind wir in Deutschland überall darauf angewiesen den Gedanken der Verbindung mehrerer Parteien zu gemeinschaftlicher parlamentarischer Arbeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Erkenntnis begann im Reichstag, zaghaft genug, schon während des Weltkriegs. In dem Interparlamentarischen Ausschuß des Reichstags, der in der Not der Zeit sich bildete, um dem endlosen Krieg ein Ende zu setzen (aller-

dings ohne rechte Einsicht in die weltpolitischen Tatsachen und Zusammenhänge, daher ohne Kenntnis des Weges zum Frieden und zu einer neuen Zukunft Deutschlands und des ganzen europäischen Kontinents), kann man den ersten Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung in Deutschland erblicken. Am Schluß der ersten Sitzung dieses Ausschusses rief der Abgeordnete Erzberger begeistert aus, jetzt gelte es diese Mehrheit nicht nur für die Beendigung des Krieges sondern dauernd festzuhalten. Dieser Interparlamentarische Ausschuß, dem sich auch Stresemann als Vertreter der Nationalliberalen anschloß, hatte, trotz dem Widerstreben aller Gegner der demokratischen Entwicklung, mit seinen Bemühungen dem parlamentarischen System den Weg in Deutschland zu ebnen einen gewissen Erfolg. Er setzte mühelos die Entfernung Michaelis' durch und zwang dessen Nachfolger von Hertling parlamentarische Staatssekretäre und Payer als Vizekanzler zu berufen. Dieser Interparlamentarische Ausschuß unter der Führung des spätern Reichspräsidenten Ebert hat eine Vorarbeit dafür geleistet, daß, nach dem vollständigen militärischen Zusammenbruch, bei der Schaffung einer neuen, demokratisch-republikanischen Reichsverfassung in der Nationalversammlung eine parlamentarische Koalition zustande kam, die die Weimarer Verfassung als Grundgesetz des neuen Deutschlands aufrichtete. Um sie vom Papier auf das Leben zu übertragen, wäre eine konsequente Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte Deutschlands für die Dauer der Wiederaufbauperiode notwendig gewesen. Sie kam nicht. Schon die Weimarer Koalition konnte sich nicht halten. Die Ursache ihres Zerfalls und der zunehmenden parlamentarischen Ohnmacht der Republik bleibe unerörtert.

Seit dem Jahr 1920 ist in Deutschland die republikanische Regierungstätigkeit steten Schwankungen und dauerndem Wechsel unterworfen. Es gelang nie eine dauernde Vereinigung der Parteien zustande zu bringen, die neben einer sichern und ausreichenden Mehrheit sich auch auf eine gemeinschaftliche Plattform zu verständigen in der Lage war. Im gegenwärtigen Reichstag sind die 3 Parteien der Weimarer Koalition zahlenmäßig nicht stark genug eine für eine dauernde Regierung notwendige Mehrheit zu bilden. Es mußte deshalb bei jedem Regierungswechsel die Frage gestellt werden, ob die Deutsche Volkspartei willens sei auch der Sozialdemokratie die Mitwirkung zu ermöglichen. Die Sozialdemokratie muß bei praktischer Mitarbeit an einer Regierung die Sicherheit haben, daß die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt werden, daß namentlich der wirtschaftlichen Arbeiterklassenvertretung, der Gewerkschaft, ein maßgebender Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse eingeräumt wird, wobei sie sich dann als Trägerin des Produktionsgedankens im Interesse der Gesamtwirtschaft betätigen kann. Sie muß dann aber Koalitionspolitik treiben, das heißt für eine bestimmte Frist sich auf das aktuell Gemeinsame konzentrieren. Wenn noch vor kurzer Zeit die weitestgehenden Differenzen in der Auffassung dessen, was für Deutschland jetzt notwendig ist, vorhanden waren, so spricht eine Reihe von Anzeichen dafür, daß die Notwendigkeit parlamentarischer Zusammenarbeit auch in den bisher ablehnenden Kreisen nunmehr erkannt wird.

Daß dies geschieht, ist den dringenden Erfordernissen der Außenpolitik zu verdanken. Wenn Deutschland, nachdem es jetzt in den Völkerbund eingetreten ist, den Weg gehen will, der zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß des Kontinents führt, und der mit einer Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk beginnt, so bedarf es dazu auch einer

entsprechenden produktiven Innenwirtschaft und vor allem einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, die so lange zusammenhält, bis das Werk des Neuaufbaus Deutschlands getan ist. Ein solches Werk kann nicht vor sich gehen, wenn es nur von zufälligen oder von kleinen Mehrheiten in der Volksvertretung getragen wird. Dieses Postulat einer aktiven Außenpolitik (die Deutschland nun endlich beginnen soll, nachdem es seit dem Zusammenbruch nur immer Objekt und Werkzeug der Außenpolitik gewesen ist) und einer fruchtbaren kontinentalen Gemeinschaftsarbeit, wie sie in der jetzt beginnenden Verflechtung der deutschen und der französischen Industrie liegt, hat vermutlich am meisten dazu beigetragen, daß in der Vertretung der deutschen Industrie nun öffentlich erklärt werden konnte; man könne in Deutschland nicht nur nicht gegen sondern auch nicht ohne die Sozialdemokratie länger regieren. Diese Einsicht der deutschen Innenwirtschaft wird auf die deutsche Innenpolitik sicherlich nicht ohne Einfluß bleiben. Und darum wird eine parlamentarische Koalition, wie sie in Preußen bestanden hat, und wie sie hier in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahren für das Reich verlangt wird, für den kommenden Reichstag in das Gebiet der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit gerückt. Die Deutschnationale Volkspartei will von ihrer intransigenten Haltung freilich noch nicht abweichen. Sagte doch ihr Führer auf ihrem jetzt in Köln abgehaltenen Parteitag: »Mit unseren Freunden aus Arbeiterkreisen wollen wir, daß mit der deutschen Arbeiterschaft in Deutschland regiert wird; aber gerade um unserer Freunde und Gesinnungsgenossen aus der Arbeiterschaft willen sind wir überzeugt, daß dies nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie zu geschehen hat.« Durch solche Ausführungen schließt sich die Deutschnationale Volkspartei selber von jeder parlamentarischen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Reichstags, die sich, teilweise schon in der Praxis, teilweise nur durch öffentliche Stellungnahme, zu solcher Arbeit im Verein mit der Sozialdemokratie bekannt haben, aus. Daß so die politische Vertretung der deutschen Landwirtschaft abseits von der Politik der übrigen deutschen Wirtschaft steht, ist vom Standpunkt des Produktionsgedankens aus ein Widersinn, aber eben durch den Charakter der deutschen Parteipolitik, der noch ganz andere Absurditäten aufweist, zu erklären. Immerhin ist dies zu beachten: Auch die Deutschnationale Volkspartei hat auf ihrem Parteitag, wie die Kölnische Zeitung am 12. September ausdrücklich feststellte, »ein Anerkenntnis der republikanischen Staatsform bereits insofern abgelegt, als sie sich verpflichtet hat Änderungen an ihr nur auf Wegen und mit Mitteln zu erstreben, die die Verfassung ausdrücklich zuläßt«. Man darf also annehmen, daß eine durch gewaltsamen Eingriff von rechts nicht gestörte innenpolitische Arbeit einer parlamentarischen Koalition beginnen kann, die auch für die Außenpolitik eine dauernde, zuverlässige und ausreichende Mehrheit stellt.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie im gegenwärtigen Reichstag als Minderheit ihr Parteiprogramm durchzusetzen nicht stark genug ist. Sie weiß, daß sie die Verpflichtung hat den nach dem Zusammenbruch unter ihrer entscheidenden Mitwirkung neu gebildeten Staat zu schützen und mit wahrhaft demokratisch-republikanischem Geist weiter auszugestalten. Sie ist sicher bereit für diese Arbeit sich mit allen Kräften einzusetzen und bei Mitwirkung an der Regierung die volle Verantwortung für das politische Geschehen zu übernehmen.



MAX SCHIPPEL • INDUSTRIE UND ARBEITERKLASSE

DIE Rede des Generaldirektors Paul Silverberg vor dem Reichsverband der deutschen Industrie hat den Scharfmachern links wie rechts, den unabhängig-kommunistischen Vertretern der Arbeiterdiktatur wie den übernationalistischen Schwärmern für den kapitalistischen Herrenstandpunkt, wie sich mehr und mehr zeigt, eine harte Nuß zu knacken gegeben. Man fühlt, von ein paar ganz Unverbesserlichen abgesehen, in diesen intransigenten Kreisen bald deutlicher bald unbestimmter heraus, daß sich auf der Dresdener Tagung Keime einer unter Umständen umwälzenden Neugruppierung der großen wirtschaftlich-sozialen Kräfte Deutschlands regten. Die Erfahreneren machte es wohl doppelt stutzig, daß es sich bei alledem um periodisch wiederkehrende Anläufe handelte, die allerdings bisher immer wieder scheiterten und alsdann jedesmal unter Hohngelächter und billigen Weisheitsergüssen für allezeit erledigt erklärt wurden, die sich jedoch trotzdem mit einer allmählich verdächtig werdenden Regelmäßigkeit und noch dazu mit wachsender Nachdrücklichkeit hartnäckig erneuerten. So kündeten sich gewöhnlich Umgestaltungen und Umstellungen an, die trotz allen superklugen Einwänden auf die Dauer und auf lange Frist unaufhaltsam sind.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft, deren grundsätzliche Erklärung Carl Legien dereinst als die magna charta der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung feierte, ist mitsamt den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften der verschiedenen großen Produktionsgruppen sang- und klanglos eingeschlafen. Gewiß. Aber eine ganze Reihe paritätischer Organisationen ist in der Produktion, in der Preisregelung, im Schlichtungswesen und Arbeitsnachweis und auf sonstigen Gebieten seit 1918 erst neuentstanden, nachdem Gewerbegerichte und Arbeiterversicherungsgebilde, von Tarifgemeinschaften ganz zu schweigen, längst vorausgegangen waren. Und den Wert der Mitarbeit an und in ihnen, den für die Arbeiter erzielten Erfolg, zum mindesten der Abwehr von sonst zu befürchtenden Rückschritten und Hemmnissen haben wir von den Beteiligten oft genug rühmen hören, selbst von Unabhängigen, die, nach dem Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom März 1919, in jedwedem »Pakt mit den bürgerlichen Klassen« eine »Preisgabe der Interessen des Proletariats« sehen mußten. Gerade bei den unverdächtigen Metallarbeitern verteidigte man beispielsweise lange Zeit die Errungenschaft der Mitwirkung am Eisenwirtschaftsbund mit Zähnen und Klauen. Nach H. Weimann nahm der Bund zunächst sachlich ungerechtfertigte Preiserhöhungen vor wegen des »Fehlens der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbands, der sich wegen seiner ablehnenden Haltung zur Arbeitsgemeinschaft nicht gleich entschließen konnte seine Vertreter zu entsenden«. Dann jedoch änderte sich nach Weimann das Bild:

»Wer da glaubt, daß die Eisenpreise im Jahr 1920 auch ohne Eisenwirtschaftsbund den selben Abbau erfahren hätten, der hätte nur Gelegenheit haben müssen den Verlauf der Sitzungen, die sich mit der Preisfrage beschäftigten, zu verfolgen, und er wäre bald eines andern belehrt worden. Die Unternehmer empfanden das Hineinreden Außenstehender in ihre Verkaufspolitik als eine Belästigung, und sie ließen kein Mittel unversucht sich dieser lästigen Institution zu entledigen. Wer ihre Presse in den letzten Jahren verfolgt hat, wird festgestellt haben, wie verhaßt der

Bund bei ihnen ist. Konnte man ihn auch nicht beseitigen, so wurden doch alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn in der weitestgehenden Weise unwirksam zu machen. Man kann wohl sagen, daß der Eisenwirtschaftsbund im ersten Jahr seines Bestehens, wenn auch nicht in allen Fragen, so doch im allgemeinen seine Aufgaben erfüllt hat... Man könnte danach annehmen, daß der Eisenwirtschaftsbund seinen Zweck verfehlt hat, und daß die Arbeiterschaft kein Interesse an dem Weiterbestehen desselben hätte. Diesen Gedanken möchte ich zerstreuen. So ohne weiteres soll sich die Arbeiterschaft das Recht des Mitredens nicht aus der Hand nehmen lassen... Für uns Arbeiter spricht jedoch noch ein anderes wesentliches Moment für die weitere Beteiligung in dieser Körperschaft trotz vielfachen Versagens derselben, nämlich die hierdurch gegebene Möglichkeit des Kennenlernens der gesamten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Das ist für uns wichtiger als alle Augenblickserfolge. Wollen wir eine andere Wirtschaftsform als die jetzige, dann ist es notwendig die gegenwärtige Wirtschaftsform mit all ihren Feinheiten kennen zu lernen, um an Hand der Kenntnisse und Erfahrungen zu verhindern, daß bei einem gemeinwirtschaftlichen Aufbau nicht noch größere Fehler gemacht werden. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache eine Einrichtung wie den Eisenwirtschaftsbund als eine volkswirtschaftliche Hochschule zu betrachten, die sie befähigt an der Leitung der Wirtschaft tätigen Anteil zu nehmen.«¹

Ähnlich lauteten die Urteile, wenn man aus dem Verfall des § 165 der Weimarer Verfassung oder aus der Verweigerung der mit einemmal selber verlangten Parität für Handels- und Industriekammern agitatorisch Kapital zu schlagen versuchte. Die in der Verfassung vorgeschriebenen Bezirkswirtschaftsräte sowie den Reichswirtschaftsrat »zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben«, zur »Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte« hatte man seinerzeit zwar als niederträchtigen Schachzug gegen den unverfälschten Rätegedanken nicht genug herabzuwürdigen gewußt. Der unversöhnliche Gegensatz sei, politisch ausgedrückt: hie Demokratie, Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie; hie Räte-system, Ausschluß der Bourgeoisie von der Macht; oder, wirtschaftlich gesprochen: hie Arbeitsgemeinschaft, Verständigung mit den Unternehmern, hie Räteorganisation, Kampfstellung gegenüber den Unternehmern.² Das hinderte jedoch Tony Sender später nicht an der Behauptung, der eigentliche »Todesstoß« für die paritätische Zusammenfügung von revolutionärem Feuer und reaktionärem Wasser sei lediglich von der Seite der wiedererstarkten Unternehmer ausgegangen:

»Die selben Leute, die unter dem Druck der revolutionären Welle im Oktober-November 1918 sich unter das schützende Dach der Arbeitsgemeinschaft flüchteten, glauben heute, infolge der entgegengesetzten Entwicklung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, dieses Blitzableiters nicht mehr zu bedürfen und haben darum in der letzten Zeit mehr und mehr Beratungen und Beschlüsse, soweit solche noch zustande kamen, völlig unbeachtet gelassen. Das selbe Schicksal aber hatte der Paragraph der Verfassung, der den Aufbau des Räte-systems vorschreibt. Auch er war ein Zugeständnis der damals sich vom Proletariat gedrängt fühlenden Bourgeoisie, von dem sie sich heute lossagen möchte. Seit 2 Jahren gehen bereits die Beratungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat über die zu schaffenden Arbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte. Aber systematisch wurden diese Verhandlungen verschleppt, bis heute existiert noch keine Vorlage, den geforderten paritätischen Ausbau der Industrie- und Handelskammern lehnte man ab, und heute glauben diese Hüter des Rechts, der Ruhe und der Ordnung eine wahrheitsgemäße Erfüllung ihres verfassungsmäßigen Versprechens nicht mehr nötig zu haben.«³ Und die geistesverwandte Dresdener Volkszeitung entrüstete sich, nicht ohne humoristischen Beigeschmack für Kenner ihrer Vergangenheit:

1) Siehe *Weimann Eisenwirtschaftsbund und Arbeiterschaft*, in der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Betriebsrätezeitung vom 15. März 1922.

2) Siehe *Die Freiheit* vom 27. Oktober 1919; *Klassenharmonie, Klassenkampf*.

3) Siehe *Sender Wiedererstehende Arbeitsgemeinschaft* 7, in der *Volksstimme/Chemnitz* vom 6. Dezember 1923

»Dieser § 165 verkörpert das soziale Recht in der geforderten demokratischen Wirtschaftsverfassung und sagt, daß Arbeiter und Angestellte berufen sind gleichberechtigt mit dem Unternehmertum an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken ... Es ist tragisch, daß gerade seit dieser Zeit der Rücksichtnahme der Abbau des einstweiligen unvollständigen Wirtschaftsparlaments einsetzte, und zwar aus "Ersparnisgründen" ... Es ist zwar bekannt, daß heute, bei veränderten Verhältnissen, das Unternehmertum kein besonderes Interesse mehr an einem Wirtschaftsparlament mit paritätischer Grundeinstellung hat; aber das kann die Arbeiter und Angestellten nicht veranlassen sich ein verfassungsmäßiges Recht aus "Ersparnisgründen" nehmen zu lassen. Wir halten die Zeit für gekommen, daß die Gewerkschaften mobil machen und energisch die Erfüllung der im § 165 Reichsverfassung niedergelegten Garantien fordern.«⁴

Sollten alle diese Vorgänge nicht nahelegen, daß hinter dem Gedanken der paritätischen Aussprache und Verständigung schließlich beachtlich mehr stecke als die schnöde Absicht, um wieder mit der Dresdener Volkszeitung zu reden, die Sozialdemokratie solle sich »in den Augen der Wähler recht bekleckern«⁵? Das Volksblatt in Dessau vermutet nichts als »kapitalistische Fallenstellerei«, und der Ostthüringer Tribüne graust es vollends vor der »ekelhaften« Zumutung: »vernünftig, das heißt kapitalfromm und hundetreu zu werden«⁶. Dies alles natürlich unter Berufung auf die harten ehernen Gebote des Klassenkampfes: freilich, wie man ihn in Zwickau und Plauen, an der Elbe und der Pleiße versteht.



BER hören wir über das Verhältnis der Bourgeoisie zur Arbeiterklasse einmal die großen Vertreter der Klassenkampftheorie selber, und zwar aus der Zeit ihrer schroffsten Stellungnahme, noch ehe sie sich aus größerer geschichtlicher und persönlicher Erfahrung zu mancherlei Einschränkungen veranlaßt sahen.

Schon mit dem Kommunistischen Manifest beginnt, was unsere heutigen Marxkarikaturen als unbegreiflichen Sündenfall empfinden müßten:

»In dem selben Maße, worin sich die Bourgeoisie, das heißt das Kapital, entwickelt, in dem selben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter.«⁷ Deshalb kämpfe in Deutschland die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, »gemeinsam mit der Bourgeoisie«. Genannt werden hier als damals sich noch fortsetzende Aufgaben des Kapitals, um mehr in der Redeweise der Gegenwart zu bleiben: die Überwindung des alten obrigkeitsstaatlichen Absolutismus und die Erringung moderner Demokratie, der Kampf gegen »feudales Grundeigentum und Kleinbürgerei«, wie es am Schluß gefordert wird, gegen »Zunftwesen in der Manufaktur und patriarchalische Wirtschaft auf dem Lande«.

Diese allgemein umschriebene und empfohlene Unterstützung und Gemeinsamkeit sollte jedoch im Einzelfall noch viel weitergehend zur Anwendung gelangen. Vor allem kennzeichnend ist hier das damalige Eintreten Friedrich Engels' für Schutzzölle sowie die dafür gegebene Begründung. Brauche der Zollverein für die Hebung der industriellen Produktion, für das Hineinwachsen Deutschlands in die modern industriestaatliche Stufe Schutzzölle, so scheine zwar (immer unserm heutigen Sprachgebrauch mehr angepaßt) das Konsumenteninteresse der Arbeiterklasse die Unterstützung dieser Wirtschaftspolitik »der Mittelklasse« zu verwehren. Aber doch nur scheinbar.

4) Siehe *Dresdener Volkszeitung* vom 23. März 1925: Wie steht es mit dem Wirtschaftsparlament?

5) Siehe *Dresdener Volkszeitung* vom 6. September 1926: Ein unzureichendes Angebot.

6) Die nicht näher belegten Preßstimmen nach der *Preßübersicht* der Leipziger Volkszeitung vom 7. bis zum 9. September 1926.

7) Siehe *Marx und Engels Das Kommunistische Manifest*, 6. Ausgabe /Berlin 1903/ Seite 14.

Denn innerhalb oder außerhalb des Schutzsystems erhalte der Arbeiter »netto das, was er braucht«, keinen höhern Arbeitslohn »als gerade zu seiner notdürftigsten Unterhaltung hinreicht«:

»Dem Proletarier, dem Besitzlosen könnte es also dem Anschein nach sehr gleichgültig sein, ob die Schutz- oder Freihandelsmänner das entscheidende Wort führen. Da aber, wie oben gesagt, die Bourgeoisie in Deutschland des Schutzes gegen das Ausland bedarf, ... so hat auch die arbeitende Klasse ein Interesse an dem, was der Bourgeoisie zur ungeschmälerten Herrschaft verhilft.«⁸

Diese und ähnliche Betrachtungen über das Mitwirken und die Bundesgenossenschaft der Arbeiter gelten natürlich so lange, als der Kapitalismus, oder die ihn zunächst verkörpernde Klasse des industriellen Unternehmertums, noch große produktionselle Funktionen zu vollziehen hat. Hier mögen Marx und Engels bisweilen allzu ungeduldig und ungestüm die Zukunft vorweggenommen gesehen und die Lebenskraft des Kapitals unterschätzt haben. Aber gegen die "Nurkampf"theorie, etwa wie sie heute im sächsischen Parteiradikalismus herumspukt, haben sie sich trotzdem bis zuletzt verwahrt. Unsere Partei sah in den sechziger und siebziger Jahren noch viel mehr als heute alle bürgerlichen Schichten gern als undifferenzierte »eine reaktionäre Masse«, mit der man ebenso unterscheidungslos den einheitlichen Kampf aufzunehmen habe. Gegen diesen »Unsinn« des Programm-entwurfs von 1875 wandte sich Marx mit allen Waffen der geistigen Überlegenheit, mit Spott und Hohn. Die Bourgeoisie, die Trägerin der großen Industrie, sei im Kommunistischen Manifest »als revolutionäre Klasse aufgefaßt«. Insoweit könne man also das Großbürgertum nicht mit Feudalen und Mittelständen zusammenwerfen, die der modernen Produktionsentfaltung widerstreben und ihr das freie Atmen einschnüren. Diese ganze Stelle hat offenbar nur dann einen Sinn, wenn man von der Annahme ausgeht, die heutige Produktionsweise, wie sie 1875, fast ein Menschenalter nach dem Kommunistischen Manifest, sich darbot, stehe noch immer nicht vor der Schicksalsstunde, daß ihr wie einem vollkommen erschöpften Entwicklungsgebilde einfach nur noch »der kapitalistische Charakter abzustreifen« sei.⁹ Und kurz vor seinem Ende urteilte vollends Friedrich Engels noch viel eindeutiger und noch viel kritischer gegen sich selbst, soweit gelegentliche frühere Auslassungen mehr nach einem vorzeitigen oder womöglich nach einem jederzeit möglichen Umschlag geklungen haben sollten:

»War da [nach 1848] nicht alle Aussicht vorhanden für den Umschlag der Revolution der Minorität in die Revolution der Majorität? Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben. Sie hat klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem *nicht reif* war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die *ökonomische Revolution*, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland 1. Ranges gemacht hat: *alles auf kapitalistischer*, im Jahre 1848 also noch *sehr ausdehnungsfähiger* Grundlage ... Wenn sogar diese mächtige Armee des Proletariats [von 1895] noch immer nicht das Ziel erreicht hat, wenn sie, weit entfernt den Sieg mit einem großen Schlag zu erringen, in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen muß, so beweist dies ein für allemal, wie unmöglich es 1848 war die soziale Umgestaltung durch einfache Überrumpelung zu erobern.«¹⁰

8) Siehe Marx und Engels Gesammelte Schriften 1841 bis 1850 II /Stuttgart 1902/ Seite 431.

9) Siehe Marx Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms, in der Neuen Zeit 1890-1891 I Seite 568.

10) Siehe Engels Einleitung zu Marx Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 /Berlin 1895/ Seite 8 und folgende.



IST von diesem hochgemuten unbefangenen Standpunkt der grundlegenden Produktionsentfaltung, des fortschreitenden großproduktionellen Siegeszugs als unentbehrlicher Vorstufe der dereinstigen Kulturteilnahme, Lebensfülle und Lebenshöhe der Arbeiterklasse noch irgendwelche Spur zu entdecken in den hilflosen Wadenkneifereien, zu denen unsere heutigen wortradikalen Spottgeburten von Marxisten jedesmal wie in heller Verzweiflung übergehen, wenn das Produktionsleben offensichtlich zu neuen, höheren Stufen emporzustreben sich anschickt? Oder gar in jenen angsthasenherzigen Fluchtversuchen, in die unsere zwar nicht welt-, wohl aber trommel- und zwerchfellerschütternden Revolutionäre jedesmal verfallen, wenn sie gar zu höherer produktioneller Mitarbeit, zur Wirtschaftsdemokratie in des Wortes tiefster Bedeutung herangezogen werden könnten? Eben liest man wieder: man werde sich schön hüten »Prügelknaben zu spielen«, »Wandschirm zu sein, hinter dem ein anderer seine politischen und privaten Geschäfte zu betreiben gedenkt«, »sich zu bekleckern« oder gar von anderen bekleckern zu lassen. Solchen Wagnissen und Gefahren geht so ein zielbewußter Revolutionär grundsätzlich aus dem Weg; mag die Produktion sehen, wo sie bleibt, bis sie dereinst unter den machtvollen Schimpfkanonaden dieser wirklich überaus seltsamen »Erben der heutigen überschwellenden Produktionskräfte« doch noch einmal zusammenbricht.

Mit unserm fortgesetzt betonten Wirtschaftsdemokratismus befinden wir uns heute wirklich erst da, wo sich der alte politische Radikalismus Deutschlands befand, als er zunächst jedwede Wahlbeteiligung ablehnte, weil man im Fall der Beteiligung den Scheindemokratismus der Verfassung des Norddeutschen Bundes und der Reichsverfassung nicht mehr genügend brandmarken könne; als er weiterhin jedweden Parlamentarismus verwarf, weil parlamentarische Verhandlungen mit gegnerischen Parteien immer gleich Preisgabe der eigenen Grundsätze seien; als er schließlich wenigstens noch immer die Teilnahme an jedweder zunächst denkbaren Regierung verfiemte, weil man bei jeder Mehrheitsregierung sich einem von anderer Seite mitbeeinflußten Willen unterwerfe, anstatt sich ausschließlich von den letzten Sonderzielen der eigenen Klasse leiten zu lassen. Aber wer würde heute in diese politischen Eierschalen zurückkriechen wollen? Wer würde heute, um an gleichartige wirtschaftlichsoziale Erfahrungen zu erinnern, vor Tarifverträgen zurückschrecken, weil seinerzeit der immer gleich weitblickende Leipziger Radikalismus jeden Anhänger der Tarifvertragspolitik als »nicht auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehend« betrachtete und ohne Gnade und Barmherzigkeit aus seinen Reihen mit Schimpf und Schande ausschloß?

Die Großindustrie, vor allem wie sie im Zentralverband deutscher Industrieller sich organisierte, war dereinst von der gleichen Unzulänglichkeit. Den Scharfmachern von links waren die Scharfmacher von rechts geistig vollständig ebenbürtig, nur daß ihren Drohungen und Handlungen ein anderes Gewicht zukam als den ohnmächtigen Demonstrationen von links. 1918 waren sie dennoch zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaften bereit, und darin konnte man ein Hauptmerkmal der tiefen Umwälzung jener Zeit erblicken. Aber es war viel Glückszufall dabei, wie bei allen Arbeitererrungenschaften jener Zusammenbruchsperiode, und die rückläufige Welle schwemmte die schwachen Ansätze zu dauernder Pari-

tätsverwirklichung wieder hinweg. Damit waren jedoch die großen gemeinsamen Probleme der Produktion, die den Unternehmer- wie den Arbeiterproduzenten selbst in normalen Zeiten, erst recht jedoch in einer Zeit der furchtbarsten Wirtschaftszerrüttung gleich angehen, nicht aus der Welt geschafft, und auf irgendwelche stabilere Form der Auseinandersetzung und des Zusammengehens der Näherbeteiligten kamen die nachdenklicheren Führer der beiden großen sozialen Wirtschaftsflügel deshalb stets wieder zurück. Jetzt ist der Reichsverband, die umfassendere Ausgestaltung des ehemaligen Zentralverbands, abermals, ohne den außerordentlichen Druck der eigentlichen Zusammenbruchszeit, von selber so weit das Überlebte der alten gegenseitigen Isolierung und des beiderseitigen Gegeneinanderarbeitens einzusehen und offen zu bekennen. Stegerwald vergleicht dies mit dem Umschwung am Ende der Sozialistengesetzära und zur Zeit der sozialpolitischen Kaiserlichen Erlasse. Man mag in unseren Reihen die vorliegende Industriellenkundgebung kühler einschätzen. Darüber läßt sich sicherlich reden. Aber die Gesamtrichtung, die in solchen immer von neuem hervorbrechenden Ansätzen immer erkennbarer wird, ist zweifellos von fundamentaler Bedeutung für den Wiederaufbau unserer Produktion, für unsere ganze Produktionsentwicklung, auf der nicht nur die Gegenwart unseres Unternehmertums sondern Gegenwart und Zukunft unserer Arbeiterklasse ruhen.

Die Sprache der Dresdener Unternehmertagung war offen und rückhaltlos, wie wenige sie erwartet haben werden. Es wäre ein Jammer, wenn als Echo nur die kümmerlichen Sprüchlein der für alle Situationen und Ereignisse ewig gleich aufgezogenen radikalen Agitationsgrammophone erschallten. Aber schließlich waren die tatsächlichen Verhältnisse jederzeit revolutionärer und stärker als die zeitweilig "maßgebenden" Köpfe und ihre noch vergänglichere Gefolgschaft.

JULIUS KALISKI · DER EISENPAKT

ES ist ein erprobter Grundsatz der britischen Politik: Was man nicht verhindern kann, beschließt man. Er ist auch in den Verhandlungen über den kontinentaleuropäischen Eisenpakt angewandt worden. In den Pariser Zusammenkünften der Vertreter der an diesem Pakt beteiligten Industrien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs erwartete man die endgültige Unterzeichnung. Doch wurde sie zur Überraschung der Öffentlichkeit noch einmal vertagt: infolge des Einspruchs von Delegierten einiger belgischer Werke. Sie sollte dann am 17. September geschehen, kam aber auch da noch nicht zustande, da man sich über die Quote Belgiens nicht ganz einigen konnte. Doch handelt es sich, nach übereinstimmender Meldung und Meinung, nur um einen kurzen Aufschub des Abschlusses, der in der Sache nicht gefährdet ist. In Kürze fällt also die so lange notwendige Entscheidung über die Rohstahlgemeinschaft, die vorerst hergestellt wird, dann aber auch über weitere internationale Eisenverträge, wie den Drahtverband, den Röhrenverband und das Schienensyndikat. Über die eigentlichen Gründe des belgischen Einspruchs und die durch ihn bewirkte Verzögerung gab der deutsche Großindustrielle Arnold Rechberg im Pariser Avenir eine Darstellung, die am 5. September auch von der Vossischen Zeitung wiedergegeben wurde und zweifelsohne den Tatsachen entspricht. Sie lautet in ihrem Hauptteil wie folgt:

»Der Eisenpakt zwischen den französischen, deutschen, belgischen und luxemburgischen Industrien ist noch nicht unterzeichnet. Es geht das Gerücht, daß belgische Politiker dem Abschluß des Paktes Schwierigkeiten bereiten, und daß diese belgischen Politiker durch die Engländer dazu gedrängt werden, die ihnen damit drohen Belgien die angelsächsischen Kredite zu entziehen, wenn sie sich dem deutsch-französischen Wirtschaftsblock anschließen. Sicherlich haben die Engländer niemals gewollt, daß Frankreich durch seinen Sieg eine unabhängige Großmacht werde. Im Gegenteil wollten sie, daß Frankreich des letzten Groschens beraubt, für immer verschuldet sei und daher so an das angelsächsische Kapital gebunden, daß die Franzosen für die Angelsachsen wie einst im Mittelalter die Leibeigenen für ihre Herren arbeiteten. Um diesen Zweck zu erreichen, ist es den Engländern erwünscht, daß die finanzielle Zerrüttung Frankreichs vollständig sei, und daß der Sturz des Franc nicht aufgehalten werde ... Die Engländer dürften also versuchen dem Bündnis Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie sich zu diesem Zweck belgischer Industrieller bedienen, die sie blind zu machen und einzuschüchtern versuchen. Die Belgier mögen Mut fassen. In der deutschen Kaliindustrie haben wir bereits diese englischen Einschüchterungsversuche kennengelernt und wissen, was sie bedeuten. Bevor wir das Bündnis mit der französischen Kaliindustrie geschlossen hatten, haben uns gleichfalls die Engländer gedroht uns jeden Kredit abzuschneiden, wenn wir den deutsch-französischen Kaliblock verwirklichten. Nachdem das Kalibündnis eine unerschütterliche Tatsache geworden war, haben die Engländer sofort den Ton gewechselt. Als eine Anleihe der deutschen Kaliindustrie gegen Ende des vorigen Jahres in London aufgelegt wurde, hat die englische Hochfinanz 70 Millionen Pfund Sterling in weniger als einer Viertelstunde gezeichnet, obgleich wir nicht mehr als 5 Millionen Pfund Sterling gesucht hatten. Aber selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß die Engländer den Beitritt Belgiens zum deutsch-französischen Eisenpakt ernsthaft zu verhindern sich anschickten, sehe ich keine Gefahr für ihn. Sobald das Bündnis zwischen dem französischen Erz und der deutschen Steinkohle unterzeichnet sein wird, werden die Eisenindustriellen Belgiens nichts Besseres tun können als um die Zulassung zu dieser sehr mächtigen Vereinigung zu ersuchen.«

Die Kräfte, die zu dem Zusammenschluß der deutschen Kohle und des französischen Erzes drängen, erweisen sich auf die Dauer doch als stärker als der englische Gegenwille, der im Lauf der Jahre viel in Bewegung setzte, nicht zuletzt die deutsche Politik. Der englische Verzicht das Zustandekommen des kontinentaleuropäischen Eisenpakts zu hintertreiben wurde der deutschen Öffentlichkeit durch eine Meldung übermittelt, in der es hieß, der belgische Minister Vandervelde habe am 6. September in Genf im Kreis von Journalisten bestätigt, daß die Eisenpaktverhandlungen in Brüssel wieder aufgenommen seien, und zwar unter der Teilnahme Englands (von der es übrigens nachher wieder still wurde), und daß ein positiver Abschluß dieser Verhandlungen nunmehr bald zu erwarten sei.

Dieser Pakt sieht eine elastische Produktionskontingentierung unter den beteiligten Werken vor, und zwar werden die Produktionszahlen der Produktionsleistung vom 1. Semester 1926 zugrunde liegen, die dann vierteljährlich revidiert werden. Jedes Mitglied zahlt pro Tonne seiner Produktion 1 Dollar in die Verbrauchskasse; jede Tonne, die über die Beteiligungsquote hinausgeht, muß 4 Dollars Strafe bezahlen, während 2 Dollars Tonnenvergütung für diejenigen reserviert sind, die hinter ihrer Beteiligungsquote zurückbleiben. Man rechnet bestimmt mit dem bald erfolgenden Beitritt Polens, der Tschechoslowakei und Österreichs. Die Verhandlungen mit diesen Ländern werden aber erst nach der eigentlichen Gründung des Rohstahlkartells geführt werden. Geregelt wurde in Paris bereits die Kontingentierung der luxemburgisch-lothringischen Einfuhr nach Deutschland. Dieses Einfuhrkontingent betrug 6,25 % der jeweiligen deutschen Produktion: auf Lothringen entfallen 3,50 %, auf Luxemburg 2,75 %, aber es gibt bei beiden keine Vergütung von der saarländischen Industrie.

In einem frühern Stadium der Verhandlungen wollte man dem Eisenpakt langfristige Verträge über die Lieferung französischer Erze an Deutschland und deutscher Ruhrkohle an Frankreich anfügen, außerdem sollten deutsche und französische Industriegruppen an französischen und deutschen Unternehmungen Beteiligungen übernehmen. Die Kürzung der Verhandlungsbasis für den Eisenpakt braucht indessen nicht als beunruhigend empfunden zu werden. Sobald der Pakt erst ins Leben gerufen ist, trägt er selbst die Gesetze für die weitere Ausgestaltung in sich. Das weiß sicherlich am besten auch England, das jede Bewegung in den Bestrebungen zur Herbeiführung eines Eisenpakts als eine staatspolitische Angelegenheit von höchster Bedeutung behandelt hat. Am 7. Juli 1925 erklärte der englische Handelsminister im Unterhaus, daß die Verhandlungen zwischen den französischen und den deutschen Stahlindustriellen von dem englischen Vertreter in Deutschland und Frankreich sorgfältig überwacht würden. Kein endgültiges Abkommen, das der Zustimmung der französischen Regierung bedürfe, werde zwischen den Deutschen und den Franzosen zustande kommen, ohne daß vorher England davon in Kenntnis gesetzt werde. Rechberg berichtete in der Vossischen Zeitung vom 11. September 1926, er hätte im Jahr 1919 dem damaligen englischen Geschäftsträger in Berlin den Vorschlag einer Teilnahme Englands in Gemeinschaft mit Frankreich und Deutschland gemacht, die Regierung Lloyd George hätte aber den Vorschlag abgelehnt und dies im englischen Kabinett damit begründet, »daß England keinesfalls einer französisch-deutschen Verständigung auf der Basis industrieller Interessengemeinschaft zwischen beiden Ländern zustimmen könne, und zwar auch dann nicht, wenn England als dritter Partner daran beteiligt werde. Der Streit zwischen Frankreich und Deutschland sei seit Jahrhunderten die Voraussetzung der englischen Hegemonie über Europa gewesen. Außerdem werde ein französisch-deutsches Bündnis auf der Basis industrieller Interessengemeinschaft so mächtig sein, daß die Beteiligung Englands daran kein für das Inselreich annehmbares Äquivalent wäre.«

Die britischen Staatsmänner haben die deutsch-französische Kooperation in ihrer Tragweite niemals unterschätzt. Sie haben das Ziel: diese Kooperation zu verhindern, nur mit Hilfe der deutschen Politik, die mit Auge und Ohr auf London gerichtet war, bewirken können. Frankreich unterlag weder der britischen Suggestion noch der deutschen Ablehnung französischen Werbens um diese Zusammenarbeit mit Deutschland. Bereits am ersten Tag nach dem Waffenstillstand wies Clemenceau in deutlichen Worten die Richtung der zukünftigen französischen Politik, indem er französischen Journalisten gegenüber erklärte, er werde den deutschen Wagenpark, der an Frankreich ausgeliefert würde, Deutschland zu seiner Nahrungsmittelversorgung zur Verfügung stellen. Bei uns verschloß man sich dem Verständnis dieser Manifestation. Erzberger lehnte ein Eingehen auf Clemenceaus Anerbieten mit der Begründung ab, daß aus Frankreich Nahrungsmittel für Deutschland gar nicht kommen könnten, und deshalb auch die Clemenceauschen Waggons für uns bedeutungslos wären. Das war der Auftakt zu einer Politik, die eine deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit nicht wollte, vielmehr sich ganz der englischen Zielsetzung und Führung überantwortete, ihr auch von links und rechts mit gleicher Ahnungslosigkeit und Zähigkeit in einer langen Reihe so schwerer Jahre folgte: im Gegensatz zu den Forderungen aus dem Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte, die hier schon während des Krie-

ges vertreten wurden, als man in gewissen Kreisen noch für die Angliederung der besetzten Gebiete von Briey und Longwy an Deutschland plädierte. Gegen diese vermeintlichen Lebensnotwendigkeiten der deutschen Politik wurde hier am 10. Oktober 1917, und keineswegs zum erstenmal, ausgeführt:

»Eine Abtrennung französischer Gebiete würde Frankreich dauernd an England ketten. Will Deutschland seine weltpolitische Stellung und weltwirtschaftliche Tätigkeit behaupten und erweitern, dann darf es diesen Zustand nicht nur nicht bewußt heraufbeschwören sondern muß im Gegenteil alles daran setzen Gegensätze zwischen den kontinentaleuropäischen Staaten zur Verteidigung der eigenen und in Wahrheit gemeinsamen Interessen dieser Länder auszugleichen. Durch die Erlangung einer wirklichen Unabhängigkeit von den angelsächsischen Mächten wird Deutschland jederzeit instand gesetzt werden alle notwendigen Erzzufuhren zur Ergänzung eigener Erze heranzuschaffen. Das allein schon ist das größere Ziel. Deutschland hat auch ein wohlverstandenes Interesse die industrielle Entwicklung Frankreichs sich kräftiger vollziehen zu sehen. Durch den Bedarf Frankreichs an Kohlen wird die Neigung zur Abgabe von Erzen an Deutschland entsprechend steigen. Aber auch ganz davon abgesehen muß Deutschland an der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs gelegen sein, um die gemeinsamen Produktionsinteressen der kontinental-europäischen Länder gegenüber den Bestrebungen der angelsächsischen Imperien auf dauernde Suprematie zu festigen... Die Politik eines Siebzigmillionenvolkes darf nicht nur auf die allernächste Zeit eingestellt werden. Wenn wenige Jahre nach Faschoda die Entente cordiale zwischen England und Frankreich Wirklichkeit werden konnte, so wäre es doch recht kurzfristig an der Möglichkeit eines deutsch-französischen Ausgleichs überhaupt zu verzweifeln.«¹

Rückblickend kann heute gesagt werden, daß das Verständnis für wahrhafte Lebensnotwendigkeiten Deutschlands und Europas in den Kriegstagen immerhin noch stärker war als in den ersten Jahren, die dem Zusammenbruch Deutschlands folgten. Unter der Herrschaft der englisch inspirierten Linksparteien ist jene antifranzösische Stimmung in Deutschland großgezogen worden, die die Aussöhnung und den gemeinsamen Wiederaufbau Deutschlands und Frankreichs unmöglich machte. Als Clemenceau die Entsendung deutscher Arbeiterheere nach Frankreich zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete anregte, war die Antwort feindselige und höhnische Ablehnung unter Motivierungen, die man heute kaum noch verstehen kann. So ging es Jahr um Jahr, und mehr und mehr schien vergessen zu werden, daß der Ausgang des Weltkriegs grundverschieden von dem Ende früherer Kriege war. Deutschlands Haltung zeigte, daß die durch den Krieg geschaffene weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation nicht im mindesten begriffen worden war. Die deutschen Regierungen, die einander folgten, verzichteten alle auf eigene deutsche, wurden Objekte englischer Politik. So wurde Deutschland, wider oder ohne Willen, das Hemmnis für den Neuaufbau Europas. Je länger je mehr verschloß man sich bei uns der Einsicht, daß das Wiedergutmachungsproblem von Anfang an der Angelpunkt einer deutsch-französischen Produktionspolitik war, daß der Wiederaufbau der verheerten französischen Provinzen nicht nur ein selbstverständliches Ergebnis des Kriegsausfalls sondern auch eine viel selbstverständlichere Pflicht des Gemeinschaftsgefühls war, deren Erfüllung nicht nur die Erholung Frankreichs sondern den Aufstieg Deutschlands nach sich ziehen mußte. Mit Bedacht verlangte Frankreich niemals Kriegssentschädigungen, wie sie früher nach verlorenen Kriegen bezahlt wurden, sondern nur Wiedergutmachung der Kriegszerstörung. (Die Forderung eines Ersatzes von Pensionsausgaben wurde bezeichnenderweise nicht von Frankreich sondern von England und Amerika gestellt.) Immer wieder richtete Frankreich Wiedergutmachungsvorschläge an die

1) Siehe die Rundschau *Wirtschaft*, in den Sozialistischen Monatsheften 1917 III Seite 1077 und folgende.

Adresse Deutschlands, ohne erreichen zu können, daß man praktisch darauf einging; man betonte bei uns immer nur, daß wir in unserer Erfüllungspolitik bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gehen wollten, ohne aber diese Grenze wirklich abzustecken.

Und doch fehlte es bei uns nicht an Stimmen der Einkehr und Besinnung. Hugo Stinnes schloß im September 1922 den Vertrag mit dem Präsidenten der Confédération générale de reconstruction des régions dévastées Guy Jean Marquis de Lubersac über die Wiederaufbauarbeit für Nordfrankreich, nachdem das Wiesbadener Abkommen in seiner Unzulänglichkeit und Isolierung unter dem Widerstreben Englands von Deutschland eigentlich preisgegeben worden war, bevor es ernsthafte Formen angenommen hatte. Dieser Vertrag war eine Tat oder hätte vielmehr eine Tat sein können, wenn Stinnes gegenüber einer feindseligen Propaganda mit dem Aufgebot seiner Kraft zu ihm gestanden hätte. Er wich aber leider aus Angst vor der Bezeichnung mangelhaften Patriotismus zurück, die gerade von der Linkspresse, der Vorkämpferin der Erfüllungspolitik, kam. Es ist nicht ohne aktuelles Interesse die Feststellung zu wiederholen, die hier über die unmittelbare Wirkung der Veröffentlichung des Stinnes-Lubersac-Vertrags gemacht wurde:

»Mit einem Schlag ist damit eine immer wiederholte Behauptung aus der Welt geschafft worden, die nicht nur die Politik Deutschlands sondern auch die ganz Europas täglich und stündlich vergiftete: die Behauptung, daß Sachleistungen an Frankreich unmöglich seien, weil sie über unsere Kräfte gingen, und daß außerdem ein Sachleistungsvertrag gar nicht in Frage kommen könne, weil Frankreich ihn nicht wolle und alle solche Angebote ablehne. Alle Interessen Frankreichs widersprachen dieser Behauptung zwar ebenso wie die offenkundigen Bemühungen französischer Politiker und Wirtschaftskreise um das Zustandekommen dahingehender Vereinbarungen. Nichtsdestoweniger hielt man bei uns an den gegebenen Unterstellungen fest. Man sah sich dazu durch alles das veranlaßt, was direkt oder indirekt englische Politik vertrat oder glaubte unterstützen zu müssen... Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich die Kritik im wesentlichen mit den Provisionsbedingungen des Vertrags befaßt. Nirgends aber, und das ist das Entscheidende, ist ein grundsätzliches Bedenken gegen den Sachleistungsvertrag als solchen erhoben worden. Wie Zunder fiel alles zusammen, was in 4 Jahren an Argumenten gegen jeden Sachleistungsversuch zusammengetragen worden ist.«²

Damals wie heute.

Nicht weniger verdient der Vergessenheit die Tatsache entrissen zu werden, daß wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Stinnes-Lubersac-Abkommens sich der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, auf dem Parteitag in Görlitz mit diesen Worten zu der Notwendigkeit der Verständigung mit Frankreich bekannte:

»Mit den verständigungsbereiten Wirtschaftskräften Frankreichs müssen wir uns jetzt, unbeschadet unserer Stellung zu England und Amerika, verständigen. Der Tag dafür ist gekommen. Die Drohungen Frankreichs, die jetzt ausgestoßen werden, machen uns nicht irre. Es ist ja französische Art mit Drohungen zu bluffen. Eine unabweisliche Bedingung dabei ist das Aufhören jeglicher fremden Besetzung deutschen Bodens. Pfänder kann Frankreich allerdings mit Recht verlangen, und die wollen wir ihm auch bieten. Aber es sind keine Pfänder wie Forsten, Domänen und Bergwerke. Es sind bessere Pfänder: 1. die Leistungsfähigkeit einer freien deutschen Wirtschaft, 2. der Wille aller Deutschen zur Mitarbeit, 3. innenpolitische Garantien für den Produktionsprozeß.«

Auch die deutschnationale Politik wich dann bald aus Furcht vor der Anzweiflung ausreichender patriotischer Gesinnung vor der Verständigung mit Frankreich zurück. Die Linke siegte in der Ablehnung von Sachleistungen

2) Siehe *Kaliski* Ein Schritt auf dem richtigen Weg, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 778 und folgende.

zur Wiederaufbaupolitik und Verständigung mit Frankreich auf der ganzen Linie, ohne doch der Rechten "den Wind aus den Segeln nehmen" zu können. So kam der Ruhrkrieg. Die französische Regierung verfolgte die ausgesprochene Absicht, nachdem der Versuch eine enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Montanindustrie herbeizuführen gescheitert war, nun eine solche deutsch-französische Kooperation zu erzwingen. Man könnte geneigt sein diese Behauptung als eine nachträgliche Konstruktion zu betrachten. Es sei daher wiedergegeben, was hier unmittelbar nach dem Ausbruch des Ruhrkonflikts gesagt wurde:

»Man behauptet, daß der Plan eines großen deutsch-französischen Montantrusts daran scheiterte, daß die deutsche Schwerindustrie 60 % der Gesamtproduktion für sich verlangte und der französischen Industrie nur 40 % zugestehen wollte, wofür die französischen Großindustriellen nicht zu haben waren. Man sagt auch, daß die deutsche Schwerindustrie zu ihrer weitgehenden Forderung von englischer Seite ermuntert worden sei. Daß England daran interessiert ist eine Vereinigung französischer Erze mit deutschem Koks nicht zustandekommen zu lassen, ist leicht zu verstehen. Man fürchtet in London nicht zu Unrecht, daß sich an einen französisch-deutschen Montanblock alle übrigen kontinentalen Produktionsgebiete anschließen würden: die Kohlen- und Eisenindustrie Belgiens, Polens und Tschechiens. Der ökonomische Triumph eines solchen kontinentalen Montantrusts über England flößt unseren Anglophilen natürlich Furcht und Entsetzen ein, weshalb sie glauben alles aufbieten zu müssen, um das Zustandekommen dieser Trustpläne zu vereiteln, und zwar wesentlich auch aus dem Grund, weil eine solche ökonomische Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich ihrem Ideal widerstreitet aus Deutschland eine angelsächsische Einflußsphäre zu machen. Hier braucht nicht noch einmal betont zu werden, daß die Vereinigung der lothringischen Erze mit dem westfälischen Koks eine Lebensfrage für Deutschland und ganz Europa ist. Diese Vereinigung ist ja in den Sozialistischen Monatsheften noch vor dem unglücklichen Ausgang des Krieges verlangt worden. Sie muß kommen, wenn Deutschland den Zustand tiefer Verarmung überwinden will, in den der Krieg es versetzt hat. Das industrielle Nebenmotiv Frankreichs bei der Ruhrbesetzung lothringische Erze und westfälischen Koks zusammenzubringen kann daher an sich nicht im mindesten als verwerflich angesehen werden, wie auch die deutschen Großindustriellen, die geheim mit der französischen Schwerindustrie verhandelten, durchaus im deutschen Interesse arbeiteten.«³

Inzwischen dürfte es wohl Gemeingut aller urteilsfähigen Kreise geworden sein, daß die Nichterfüllung, in welcher Gewandung sie immer aufgetreten ist, dem deutschen Volk mehr Opfer auferlegt hat als eine noch so umfassende Erfüllung verlangt hätte, daß sie die innere Kraft des deutschen Volkes verzehrte, und daß erst mit der Liquidierung des Ruhrkriegs der Boden für die Möglichkeit einer Neuerstarkung Deutschlands bereitet wurde. Auf diesem Boden könnte eine neue Epoche erstehen, nachdem Unendliches vertan worden ist. Eine Epoche, die durch den Eisenpakt mehr noch als durch Locarno und Genf getragen wird, weil er die Wirtschaftskräfte der Nation einschaltet, mit denen nicht gespielt werden kann wie mit anderen hohen, aber nicht in Zahlen auszudrückenden Werten, weil Versuche die wirtschaftliche Kooperation Deutschlands und Frankreichs zu stören von Folgen begleitet sein würden, die auch dem Einsichtslosesten die Rechnung solchen Tuns zum Bewußtsein brächten. Der Weg der Prestigepolitik, sagte Briand bei dem Eintritt der deutschen Delegierten in Genf, ist der Weg von Blut und Untergang. Man darf hinzufügen: Der Weg der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch den Eisenpakt ist die Wohlfahrt beider Länder, ist die Sicherung europäischer Gemeinschaft, die uns eine neue Zukunft eröffnet, wenn der Wille zu ihr lebendig bleibt.

3) Siehe *Quessel* Der Ruhrkonflikt, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 83 und folgende.

LUDWIG QUESSEL · DEUTSCHLAND IN GENÈVE

NACH 7jähriger Irrfahrt ist das Schiff der deutschen Politik geräuschvoll im internationalen Hafen von Genf eingelaufen. Gut ein halbes Jahrzehnt später als es dieses Ziel ohne den britischen Steuermann, der ihm den Kurs wies, hätte erreichen können. Daß sich an dem Geisteszustand, der Deutschland 5 Jahre lang von Genf fernhielt, auch jetzt noch nicht viel geändert hat, beweisen die Worte, mit denen der Sozialdemokratische Pressedienst die deutsche Landung in Genf begrüßte. Da wird zunächst gesagt, daß Deutschland bis London 1924 »wie ein fronender Sklave der Willkür der Übermächtigen preisgegeben gewesen sei«, was wohl zu der Frage berechtigt, weshalb denn Deutschland nicht schon früher ein Eintrittsgesuch an den Völkerbund gerichtet habe. Nur ganz beiläufig ist die Rede davon, daß die große internationale Institution in Genf die prinzipale Aufgabe hat den Frieden der Welt zu sichern, an welchem Werk Deutschland entschlossen sei mitzuwirken. Schon gar nicht wird davon gesprochen, daß dieses erhabene Ziel, wie alles Große im Völkerleben, nur unter schweren Opfern, auch auf deutscher Seite, erreicht werden könne. Um so lauter wird verkündet, daß Deutschland eigentlich nur nach Genf gegangen sei, um »alle seine Wünsche durchzusetzen« (zwar nicht sofort, wird vorsichtig hinzugefügt, aber später). Wünsche, »die es für das Saargebiet, für die Minderheiten, für den Abbau der Militärkontrolle, für die Räumung der besetzten Gebiete, für die Abrüstung in den Völkerbund mitbringt«. Und noch mehr: »Was an Resten der alten Gewaltpolitik noch übrig geblieben ist, die fremden Truppen im besetzten Westen und die Interalliierte Militärkommission, dagegen kann Deutschland auf dem Boden von Genf mit doppelter Aussicht auf Erfolg kämpfen. Wir hoffen, daß früher als der Friedensvertrag es vorsieht die Fesseln von Versailles fallen.« Ein französisches Wort sagt, daß der Ton die Musik macht. Und es ist hier wirklich der merklich auf innenpolitische Konkurrenz abgestimmte Ton, nicht so sehr der Inhalt, der bedenklich stimmen kann. Sollte die Meinung des Sozialdemokratischen Pressedienstes auch der Auffassung des Partei- und Fraktionsvorstandes entsprechen, was nicht unbedingt feststeht, so sei hier schon gesagt, daß diejenigen, die die aufgezählten Wünsche in Genf durchsetzen wollen, ohne zu Gegenleistungen bereit zu sein, die den Frieden auf dem Kontinent verbürgen, schwere Enttäuschungen erleben werden.

Die Art, wie von den Parteien der Linken die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gefeiert wird, kann die wahren Freunde des europäischen Friedens nur mit Sorge erfüllen. Mit Recht hebt der Temps in den Betrachtungen, die er der Rede des tschechoslowakischen Außenministers Benesch in der Eröffnungssitzung der Vollversammlung des Völkerbundes widmet, hervor, daß die internationale Institution in Genf nur über *moralische* Kräfte verfüge. Aber auch diese haben in letzter Zeit viel eingebüßt. Zunächst sei es bei weitem nicht gelungen alle Völker im Völkerbund zu vereinigen. Dem Völkerbund fehlten auch die Mittel Mehrheitsbeschlüsse gegen widerstrebende Mitglieder oder Staaten, die der Genfer Institution nicht angehören, auszuführen. Wozu von unserer Seite bemerkt sei, daß das Genfer Statut, das dem Völkerbund eine Exekutivgewalt geben wollte, am Widerspruch Englands scheiterte, weil es eine internationale Institution, die über Macht-

mittel verfügt, als unvereinbar mit der angelsächsischen Weltherrschaft empfand. Dem Völkerbund stehen also nur geistige Kräfte zur Verfügung, und er ist, insbesondere was die Durchsetzung seiner Entschlüsse anlangt, ganz und gar auf den guten Willen seiner Mitglieder angewiesen. Man muß das im Auge behalten, um zu begreifen, daß ein deutscher Wunschzettel, wie ihn der Sozialdemokratische Pressedienst präsentiert, für die Genfer Institution eine mit Sprenggasen gefüllte Atmosphäre schafft. Man denke an das Problem der Abrüstung, von dem Benesch in seiner Rede sagte, daß der Völkerbund für es noch keine Lösung gefunden habe, weshalb er sich darauf beschränken müsse Grundsätze für eine Begrenzung der Vorbereitungen zum Krieg zu finden; aber auch dafür bleibe noch alles zu tun übrig. Man denke ferner an das Problem der Minoritäten, das, ungeschickt angepackt, in Genf jederzeit eine Explosion herbeiführen kann. Überhaupt scheint es geboten darauf hinzuweisen, daß die Umstände, unter denen sich Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vollzog, alle wirklichen Freunde Europas bedenklich stimmen müssen. Gegenüber dem Sitz im Völkerbund, den Deutschland jetzt eingenommen hat, gibt es 2 leere Sitze, den Brasiliens und den Spaniens. Der Austritt Brasiliens infolge des deutschen Anspruchs allein in den Kreis der Großmächte als ständiges Mitglied des Völkerbunds einzutreten war schon eine vollzogene Tatsache, als Deutschland in den Völkerbund eintrat, der Austritt Spaniens aus dem Völkerbund erfolgte aus dem selben Grund am Tag nach dem deutschen Eintritt. Da der Völkerbund eine rein geistige Angelegenheit der Menschheit ist, die sich naturgemäß um so stärker geltend machen kann, je weiter ihr Wirkungsfeld wird, so bleibt es eine offene Frage, ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, dessen Modalitäten durch englischen Einfluß bestimmt waren, seine Bedeutung wirklich erweitert hat.

Einen Gewinn für die europäische Friedenssicherung bedeutet die Tatsache dieses Beitritts allerdings insoweit, als er die Verträge von Locarno, unter denen der Rheinpakt der wichtigste ist, in Kraft setzt. Es ist merkwürdig, daß von dem Inkrafttreten des Rheinpakts, der das deutsche Rheingebiet zu einer demilitarisierten Zone macht, in der deutschen Presse fast gar nicht gesprochen wird. Allerdings bedeutet die Demilitarisierung des deutschen Rheingebiets keine Neuerung. Sie ist für ewige Zeit schon im Versailler Vertrag ausgesprochen. Immerhin, daß Deutschland seine Unterschrift unter diesen Teil des Versailler Vertrags im Rheinpakt erneuert, stärkt doch wesentlich den europäischen Frieden. Auch die neue Grenzziehung im Westen wird durch den Rheinpakt von Deutschland nochmals feierlich anerkannt. Als ein weiteres friedensförderndes Moment kommt hinzu, daß der Rheinpakt, der ja nur einen wichtigen Teil des Versailler Vertrags, ohne seinen Inhalt wesentlich zu ändern, neu formuliert, die Grenzen Deutschlands, Frankreichs und Belgiens unter die Garantie von England und Italien stellt. Die deutschen Revanchepolitiker stehen jetzt vor dem *fait accompli* mit dem gleichzeitigen Angriff Frankreichs, Englands und Italiens rechnen zu müssen, wenn sie sich eine Verletzung der Demilitarisierung des deutschen Rheinlandes gestatten wollen. Andererseits wird es gewiß auch für diejenigen Deutschen, die an Annexionsabsichten Frankreichs auf das deutsche Rheinland wirklich glaubten, ein beruhigendes Gefühl sein zu wissen, daß England und Italien die Verpflichtung zur Wacht am Rhein gegenüber Frankreich übernommen haben. Es mag in diesem Zusammenhang darauf hin-

gewiesen werden, daß an dem Ernst Englands keinerlei Änderung der Versailler Grenzziehung zuzulassen, nicht gezweifelt werden kann. Die Ereignisse der letzten Tage haben dies von neuem bestätigt. Wie bekannt, versuchten Stresemann und Schacht vor einigen Wochen sich als Mehrer des Reichs zu betätigen. Sie ließen Verhandlungen privater Personen mit Belgien über Eupen und Malmédy zu. Diese Grenzkorrektur auf friedlichem Weg, der Belgien nicht abgeneigt war, scheiterte durchaus nicht, wie die anglophile Presse ihre Leser glauben machen möchte, an dem Widerspruch Frankreichs. Es war nicht Poincaré, sondern England, das im letzten Moment sein Interesse an der absoluten Stabilisierung der Westgrenze geltend machte. Die englischen Kriegssachverständigen sind der Ansicht, daß Deutschland im Besitz Eupens und Malmédys im Kriegsfall über seinen Gegner einen Vorsprung von mehreren Tagen habe, was England angesichts der Nähe der Kanalküste ein unerträglicher Zustand und eine Bedrohung des eigenen Landes scheint. Die Dinge liegen hier ähnlich wie beim Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland, den England ebenfalls nicht zulassen wird, da selbst die "deutschfreundliche" Westminster Gazette in ganz unmißverständlicher Weise gegenüber der Löbeschen Anschlußpropaganda Englands Interesse an der Stabilisierung der vom Versailler Vertrag gezogenen Grenzen im Westen und Süden des Reichs zum Ausdruck brachte. An dieser Sachlage, die durch das Verhältnis Englands zum Kontinent bestimmt ist, wird auch Deutschlands Vertretung im Völkerbund nichts ändern.

Es ist das Unglück Europas, daß da, wo das Interesse Englands an der neuen kontinentalen Grenzziehung aufhört, auch die Sicherung der neuen Grenzen ihr Ende erreicht. Wir wissen, daß die Locarno-Verträge dem Osten das nicht bringen, was er braucht. England hat nicht nur jede Garantie für die östlichen Grenzen abgelehnt, sondern seine Politik und Publizistik ist auch bestrebt die ganze Unsicherheit, die die östliche Grenzziehung geschaffen hat, ungeschwächt aufrechtzuerhalten. Wir dürfen daher nicht vergessen, daß die Genfer Institution über keine Machtmittel verfügt, um den unheilvollen Zustand im Osten zu beseitigen, den die deutsche Randstaatenpolitik noch während des Krieges geschaffen hat, und den England dann, um die Zwietracht Europas zu erhalten, mit Sorgfalt konservierte. Auch nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der das in den Locarno-Verträgen statuierte Schiedsgerichtsverfahren zwischen Deutschland und Polen in Kraft setzt, bleiben jene Worte Lloyd Georges wahr, daß die östlichen Grenzen vor Erregung zittern, vom Bosphorus bis zur Baltischen See, und daß es einen solchen Mischmasch von Religionen, Sprachen und Nationen wie dort, außerhalb der Hölle nicht mehr gibt. Wenn der Völkerbund als die auf den Frieden hinstrebende moralische Kraft der Menschheit nicht in den östlichen Streitfragen mildernd und ausgleichend wirken kann, schwebt bei dem engen und unlösbaren Zusammenhang aller kontinentalen Fragen, der aus der ökonomischen und kulturellen Einheit des Festlands entspringt, die westliche Friedenssicherung in der Luft. Die Sicherung am Rhein besteht nur so weit, als sie ihr Gegenstück an der Weichsel findet. Behält man dies im Auge, so wird man verstehen, daß die französischen Friedensfreunde das größte Gewicht auf die dauernde Anwesenheit Polens im Völkerbundsrat gegenüber Deutschland legen. Durch ständige Konfrontierung der beiden Mächte muß bewirkt werden, daß die Gefahren, die Europa bedrohen, von den anderen Völkern des Kontinents rechtzeitig erkannt und

nach Möglichkeit abgeschwächt werden. Man wird aus diesem Grund aber auch begreifen, daß dieser Seite der französischen Friedenspolitik von England, das im Interesse seiner Politik des Zweimächtegruppensystems den östlichen Brandherd nicht gelöscht sehen will, in Genf die größten Schwierigkeiten gemacht wurden. Nicht ohne Grund ist in den letzten Tagen vor der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund von dem »schweren Unbehagen« berichtet worden, das die Atmosphäre von Genf erfüllte. Der Urheber war diesmal nicht Deutschland. Der Temps bestätigt, daß das Reichskabinett in der Frage der Zuteilung eines nicht ständigen, aber stets zu erneuernden Ratssitzes an Polen »sehr viel abwägender, klüger und entgegenkommender« gewesen sei, als es die Sprache der nationalistischen Presse jenseits des Rheins erwarten ließ. Aber er konstatiert auch, daß der Manchester Guardian sich liebevoll der nationalistischen Beschwerden angenommen und Frankreich verdächtigt habe, daß es den polnischen Anspruch nicht im Interesse der Konsolidierung des europäischen Friedens unterstütze sondern lediglich aus dem Grund, damit es im Rat mindestens einen ständigen Alliierten habe. Wenn jetzt die nationalistische Presse in Deutschland schreibt, es sei notwendig »Genfer Machtpolitik« zu treiben und im Völkerbund »nach Kräften als Störenfried zu wirken«, so dürfte das im großen ganzen die Rolle sein, die England der deutschen Delegation zugedacht hat.

Nach dem, was aus den geheimen Sitzungen in Genf an die Öffentlichkeit gedrungen ist, kann man annehmen, daß sich der klare Friedenswille Frankreichs dem englischen Entzweigungsstreben überlegen gezeigt hat. Die Zusammenziehung der beiden Entschlüsse Deutschland zum ständigen Ratsmitglied zu ernennen und die nichtständigen Sitze des Rats auf 9 zu vermehren in eine Abstimmung war ein Erfolg Briandscher Kontinentalpolitik. Der Eintritt Polens als nichtständiges Mitglied in den Rat war damit gesichert und ist dann auch erfolgt. Festzuhalten bleibt, daß in den Tagen des »schweren Unbehagens« in Genf, die der Manifestation kontinentaleuropäischen Geistes durch die Rede des französischen Außenministers vorausgingen, England gegen, Frankreich für die dauernde Befriedung Europas gekämpft hat. Und es muß hervorgehoben werden, daß schon der erste Schritt auf der Bahn kontinentaleuropäischer Politik, den Deutschland in Genf getan hat, ihm die Stellung als Großmacht wiedergegeben hat, die es durch den Krieg verloren, und die es unter englischer antikontinentaler Führung 7 Jahre lang vergebens wiederzuerlangen versucht hat.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist darum ein historisches Ereignis, da er die Bedingungen für eine kontinentaleuropäische Politik schafft. Deutschland ist in Genf an einer Wegscheide angekommen. Schlägt es den Weg ein, den England ihm weist, so wird die deutsche Politik in Genf zum Ruin des Völkerbundes und Europas führen. Geht es die Straße Frankreichs zum Vereinigten europäischen Kontinent, so wird die Vision des ewigen Friedens am Rhein Erfüllung werden, der Briand in Genf mit diesen Worten Ausdruck gab: »C'est fini, la série des rencontres douloureuses et sanglantes dont toutes les pages de l'Histoire sont tachées dans le passé; c'est fini, la guerre entre nous; c'est fini, les longs voiles de deuil sur les souffrances qui ne s'apaiseront jamais ... Qu'on tourne les pages de l'Histoire.«

Die Gefahr, der jetzt zu begegnen ist, besteht im wesentlichen darin, daß Deutschland in Genf sucht, was nur in Paris zu finden ist. Die frühzeitigere

Räumung der besetzten Gebiete rückt mit dem Inkrafttreten des Rheinpakts in den Bereich politischer Möglichkeit. Aber nicht in Genf, in Paris muß die Räumung der Rheinlande erreicht werden. Genf kann dieser politischen Aktion, die sich in Paris und Berlin abspielen muß, nur die moralische und geistige Weihe geben. Keine noch so geschickte Aktion in Genf kann die Resultate liefern, die direkte Verhandlungen mit Frankreich uns bringen können. Allein in Paris und in Berlin können auch die Hauptpfeiler zu dem Aufbau der deutsch-französischen Zusammenarbeit wirtschaftlicher Natur gelegt werden, die eine Realität sein muß, wenn der Vereinigte europäische Kontinent als politisches Gebilde aus dem Reich der Idee in das helle Licht realen Seins treten soll. Die deutsch-französische Arbeitsgemeinschaft ist und bleibt die stärkste Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mag beitragen sie zu schaffen.

ARNO NADEL · PEGASUS



GEZÜGELT steht das Roß

Im Helikontale.

Über ihm ein Baum

Breitet Vollendung

Ums gebeugte Haupt.

Im Tempel

Betet Bellerophon,

Betet Gelingen.

Nun tritt er heraus
Und will in die Zügel sich senken,
Aufseufzend zum Himmel sich heben.
Aber das Roß,
Flammend vor Seligkeit,
Fliegt hindurch und aufwärts,
Wiehert und sträubt sich,
Jubelndes Untier,
Und läßt den Reiter
Am welkenden Boden.

Doch Blumen des Schmerzes
Tauen neu hervor,
Verhüllen das Antlitz
Des sinnend Ohnmächtigen
Und bilden in Einsamkeit
Schönheit, unerhörte,
Um Sehnen und Dichtung.

Hoch oben und überall
Schaut Zeus,
Ist still vor Hohn,
Liebt weiter den Künstler,
Redet mit Bellerophon,
Einzig mit ihm nur.

WOLFGANG HEINE · DIE BEAMTEN DER REPUBLIK



UF allen Seiten wird die schwere Erschütterung der deutschen Rechtspflege anerkannt. Sie ist aber nur eines der Symptome der Krisis, in der sich die deutschen Republiken befinden. Je mehr es sich zeigt, daß die Republik die heute einzig mögliche Staatsform für das Deutsche Reich und seine Länder ist, je mehr die von den republikanischen Parteien getriebene Politik der Beruhigung sich nach außen und innen als nationale Pflicht erweist, desto schärfer tritt die Unstimmigkeit zwischen den neuen Aufgaben Deutschlands und dem Apparat hervor, dessen das Reich und die Länder sich zu bedienen genötigt sind.

Reichswehr, Verwaltungskörper, Rechtspflege, überall ist es die selbe Sache: In den Organen, die dem Körper dienen sollen, überwiegt ein dem Leib fremder feindlicher Geist. Wie bei der Zuckerkrankheit die unbewußten Funktionen falsch arbeiten und die Nahrung auf Kosten anderer Aufbau-stoffe in Zucker verwandeln, so hat sich hier eine politische Funktionsstörung ausgebildet, die nichts als Verbitterung gegen das Reich und seine Verfassung hervorbringt. Das ist eine Seuche, die die Kraft unseres Volkes verzehrt und alle Vorbedingungen eines Wiederaufstiegs vernichten kann.

Die in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren Ausdruck suchende industrielle Arbeiterschaft sandte 1919, trotz dem Zulauf, den sie plötzlich erhalten hatte, auf dessen Dauer kein besonnener Politiker rechnete, nur ein reichliches Drittel der Abgeordneten in die Nationalversammlung. Den zur Weimarer Koalition gehörenden bürgerlichen Parteien war der Gedanke der Republik noch im November 1918 etwas mindestens Überraschendes, zum großen Teil Konträres, die Demokratie etwas praktisch Fremdes. In dieser Lage mußten wir daran gehen dem Reich eine neue Ordnung zu geben.

Was das *Heer* betrifft, so muß leider festgestellt werden, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht die Entschlossenheit fand den Schutz und die Befestigung der Republik in ihre eigenen Hände zu nehmen. Ekel vor allem Militärischen spielte dabei mit, einigermaßen verständlich nach den 4jährigen Kriegsgreueln, aber höchst unverständlich gegenüber der Gefahr eines endlosen innern Krieges, mit der die Republik bedroht war. Dazu das unbewußte Wohlwollen für jede gegen den Staat gerichtete Bewegung, das die alten Gewalthaber so meisterhaft verstanden hatten dem Volk einzuimpfen. Die Schutztruppen, die für die Regierung der Volksbeauftragten gebildet worden waren, gingen zu deren Gegnern über. In den Januartagen 1919 stand die neue Republik vor dem Verfall in gänzliche Anarchie. Es blieb also nichts übrig als Hilfe zu nehmen, woher sie kam, das heißt von Freikorps, in denen die Elemente überwogen, die den Krieg als Beruf ansahen. Der Versuch in Einwohnerwehren ein zuverlässiges republikanisches Verteidigungsorgan zu schaffen scheiterte von vornherein an dem passiven Widerstand der Arbeiter. Jetzt stehen wir vor der Tatsache, daß große Teile der Reichswehr die Mumie der vergangenen Monarchie anbeten. Solche religiösen Übungen wären eine Spielerei, über die man lachen könnte, wenn nicht die Rückwirkung auf die Politik außerhalb der Reichswehr verhängnisvoll wäre. Ich glaube vorläufig nicht, daß die Reichswehr eine Wiederherstellung der Monarchie unterstützen würde. Aber ihre Verbindung mit den der Republik feindlichen Verbänden gibt diesen Ansehen und eine Bedeutung, die sie bei ihrer innern Gedanken- und Haltlosigkeit nie erwerben könnten.

In der *Verwaltung* zeigen sich die Wirkungen einer andern Zwangslage. Zur Zeit der Gründung der Republik war Deutschland ausgehungert, seine Wirtschaft zerstört, sein Verwaltungsapparat durch den Verlust einer großen Anzahl Arbeitskräfte und durch die Aufpackung immer neuer Funktionen während des Krieges in Verwirrung geraten. Die vorhandene Beamtenschaft war unentbehrlich, wenn nicht alles, namentlich die Ernährung der Großstädte, in die Brüche gehen sollte. Die hergebrachte persönliche Berührung zwischen den Landräten und der ländlichen Nahrungsmittelproduktion war durch die beste republikanische Gesinnung eines neuen Landrats nicht zu ersetzen. Es blieb der Republik also nichts übrig als sehr vorsichtig und allmählich vorzugehen. Die Anzahl geeigneter Kräfte, die sich ihr zur Verfügung stellten, war gering und wurde noch beschränkter dadurch, daß der neue Staat den Bewerbern nichts bieten konnte. Die Gehälter der Verwaltungsbeamten, namentlich der Landräte und Regierungspräsidenten, waren noch dem plutokratischen alten System angepaßt, unter dem die Zugehörigkeit zu einer Stufe größeren Besitzes Voraussetzung der Aufnahme in den Verwaltungsdienst war. Dadurch war vermögenslosen Republikanern der Eintritt in die Verwaltung nahezu unmöglich gemacht. Unter den alten Verwaltungsbeamten war damals die Einsicht am stärksten, wie nötig für die Aufrechterhaltung des Staates die Einordnung der Staatsdiener in die Organisation der neuen Republik wäre. Man muß den Männern Dank wissen, die, nachdem ihr ganzes Leben der monarchischen Staatsform gewidmet gewesen war, sich in den Dienst der Republik stellten. Es wäre Unrecht ihnen nachzusagen, daß das nur aus Furcht vor Verlust des Amts und Gehalts geschehen wäre; es steckte auch ein Quantum echten Staatsgefühls darin.

In den Jahren seit 1919 ist in der preußischen und auch wohl in der Reichsverwaltung viel geschehen die Beamtenschaft der Republik systematisch durch Republikaner zu ergänzen und mit republikanischem Geist zu durchdringen. Das war Recht und Pflicht des neuen Staates. Das alte Regiment hatte es als selbstverständlich betrachtet niemand mit obrigkeitlichen Aufgaben zu betrauen, der nicht mit ihm durch dick und dünn ging. Dies, obgleich der Staat vor dem Krieg fest gefügt und unerschütterlich dand und eine solche systematische Ausschließung Andersdenkender nicht nötig gehabt hätte. Der Staat stieß eine Fülle produktiver Kräfte ohne jede Not von sich ab, was sich später bitter gerächt hat. Ganz anders muß die Stellung der Republik zu diesem Problem sein. Die Republikaner mußten die Fundamente legen und den Bau sichern. Vieles, worin sich beim alten Staat nichts als kleinliche Herrschgier und Eifersucht des regierenden Klüngels aussprach, ist für den neuen gebieterische Notwendigkeit. Wir *müssen* fragen, mit welcher Gesinnung die Beamten der Republik gegenüberstehen. Wir dürfen uns davon nicht durch die theoretische Forderung abhalten lassen, daß auch der Beamte das Recht auf politische Überzeugung und Betätigung habe. Später mag das einmal freier gehandhabt werden, wenn die Republik fest steht; solange aber das Gewölbe noch nicht trägt, darf man die Stützen nicht wegschlagen. Ein planmäßiges Vorgehen ist um so notwendiger, als auch in der Beamtenschaft die Stimmung der ersten Monate nach dem Umsturz verfliegen ist. Seitdem die erste Angst vor Spartakus überwunden war, ist ein Ressentiment gegen die Republik hochgewachsen, das sich mehr in kleinen feigen Schikanen gegen Republikaner als in offener Opposition äußert, das aber durchaus gefährlich werden kann.

Bei der Umgestaltung der Beamtenschaft ist es natürlich nicht ohne Mißgriffe abgegangen. Ganz belanglos ist es, daß einige der neu ernannten Beamten nicht die nötige geschäftliche Routine oder gesellschaftliche Gewandtheit besaßen. Das sind Ausnahmefälle, die nichts beweisen. In den früheren ruhigen Verhältnissen war es leicht mit einem Minimum von Verstand und Charakter ein Amt auszufüllen; jetzt ist mehr nötig. Bedenklicher ist, daß das Bedürfnis den republikanischen Charakter der Verwaltung zu betonen hie und da die Folge gehabt hat, daß man Parteimänner den republikanischen höheren Beamten vorzog und diesen dadurch den Aufstieg erschwerte. Das ist als Undankbarkeit empfunden worden und hat Unzufriedenheit erregt. Endlich haben die republikanischen Parteien den gewöhnlichen Fehler freiheitlicher Oppositionen, die zur Regierung gelangten, nicht vermieden: Grundsätze, die sie als Unterdrückte den Unterdrückern gegenüber aufstellen mußten, haben sie geglaubt nun auch selber anwenden zu müssen, obgleich sie sich in ganz anderer Lage befanden als die früheren Herren des Staates. Ein neues, noch im Werden begriffenes, von allen Seiten angefeindetes Staatswesen hat wie jeder, dessen Dasein bedroht ist, als nächste Pflicht die Selbsterhaltung. Dazu gehört aber, daß es nicht ohne Not Machtmittel aus der Hand gibt. Die Mitarbeit der alten Beamtenschaft war unentbehrlich und verdiente teilweise wirklich Dank. Aber ohnehin bestand die Gefahr, daß unter dem Einfluß freierer Gesinnung und bei der geringern Übung der neuen Vorgesetzten in alle Winkel hineinzuleuchten auch notwendige Gebundenheiten sich lockerten, und daß sich dies gegen die Autorität und einheitliche Politik des Staates wendete. Die Republik braucht Jahrzehnte zusammengefaßter Arbeit, braucht eine starke zentrale Staatsgewalt und Disziplin. Man hört gelegentlich, die republikanischen Parteien dürften die Macht des Staates nicht stärken, weil die Gegner sich der Regierung bemächtigen und dann ihre Machtmittel gegen die Republikaner anwenden könnten. Das bedeutet einmal einen Mangel an Vertrauen in die Republik und ist ferner falsch kalkuliert. Wenn wirklich eine Diktatur die Gewalt an sich risse, würde sie alle Freiheiten und Sicherungen gegen Willkür zerstören. *Jetzt* aber gilt es sich vor solchem Umschwung dadurch zu schützen, daß mindestens die Beamtenschaft ihm nicht die Wege ebnet.

Das schlimmste Schmerzenskind der Republik bleibt die gegen den Staat gerichtete politische *Rechtsprechung*, die immer aufs neue die Öffentlichkeit erregt. Das ist begreiflich angesichts der großen Zahl von Urteilen, die dem Staatsgefühl eines Republikaners und der Ehre der Republik ins Gesicht schlagen. Der Prozeß gegen Rothardt in Magdeburg, den Reaktionäre und Kommunisten in Gemeinschaft zu einer Verleumdungskampagne gegen den Reichspräsidenten Ebert ausnutzten, die Verurteilungen von Reichsbannerleuten, die Begünstigung völkischer Gewalttaten, das fast völlige Versagen, wo es den Schutz der Farben und der führenden Männer der Republik galt, müssen immer wieder Empörung erregen. Auch die für die Justiz wirklich nicht ehrenvolle Warnung, die mit der Errichtung des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik ausgesprochen wurde, blieb wirkungslos. Gewiß, es gibt Ausnahmen, und ich habe selbst eine Anzahl würdiger, echtes Staatsgefühl atmender Urteile vom Richtertisch verkünden hören. Aber 10, ja 100 solche könnten nicht die Entrüstung wettmachen, die *ein* Urteil wie das Magdeburger der Bewersdorffschen Kammer oder das Berliner gegen Kroner oder der hemmungslose Rassenhaß anderer Entscheidungen erzeugt.

Hier treffen wir nun auf ein gar nicht neues sondern wohl 100 Jahre altes Übel der deutschen Justiz. Wer die politische Rechtsprechung selbst nur der letzten Jahrzehnte vor dem Krieg kennt, wundert sich über nichts. Sobald die Klassen- und Standesvorurteile und die Gehässigkeiten des politischen Parteigeistes mitspielen, ist die deutsche Justiz niemals ein Muster von Objektivität gewesen. Einzelne Richter haben sich zu größerer Freiheit und Unbefangenheit erhoben, manche gar zu einseitige Rechtsverdrehungen der Staatsanwaltschaften hat die Judikatur abgelehnt, aber im großen und ganzen ist die politische Justiz ein Kapitel, davon zu sprechen Verlegenheit ist. Das gilt freilich nicht nur bei uns: In Österreich und Ungarn die nationalen Verfolgungen im Weg des Strafprozesses, in Frankreich die Fälle Dreyfus und Zola, im heutigen Italien und Spanien die Entrechtung der Gegner des herrschenden Regiments legen Zeugnis dafür ab. Das Besondere im heutigen Deutschen Reich ist nur, daß diese politische Justiz sich ohne Scheu und Scham gegen den Staat wendet, dessen Fundament zu sein sie behauptet, und daß sie die Beschimpfung dieses Staats in seinen Führern und Abzeichen zuläßt.

Nur in diesem Zusammenhang ist auch der Fall Schröder-Kölling von Interesse. Daß ein Untersuchungsrichter, der geistig seiner Aufgabe offenbar wenig gewachsen ist, sich in eine Sackgasse verrennt, wenn politische und Rassenvorurteile ihn blind machen, daß er nachher bockig und unbelehrbar bleibt, wenn andere ihm heraushelfen wollen, ist kein besonders bemerkenswerter Fall. Aber daß hinter dieses schwächliche Ingenium, das wahrhaft seinen Beruf in bedauerlichster Weise bloßgestellt hatte, sich seine Kollegen stellen, den Mann scharf machen und den republikanischen Polizeiminister und seine Organe anfallen, weil sie, völlig in den Grenzen ihrer Befugnisse als Unterstützer der Staatsanwaltschaft, es gewagt hatten ein Unrecht zu verhüten, das zugleich eine Schande für die Justiz geworden wäre, ist ein sprechendes Zeichen einer tiefgehenden Verwilderung. Richter solcher Art erkennen offenbar nicht die Pflicht dem republikanischen Staat den selben Respekt zu zeigen, in dessen Gefühl sich so mancher vor dem monarchischen Regime und dessen Zumutungen (ach wie tief) zu beugen pflegte. Dieser Geist spricht aber nicht nur aus Urteilen sondern auch aus Aufsätzen der Deutschen Richterzeitung, eines Blattes, das ein Senatspräsident vom Reichsgericht redigiert. Auch in der nicht politischen Straffjustiz und in der bürgerlichen Rechtsprechung treten Fehler zutage, die sich aber im wesentlichen durch die Größe des Betriebs und den Mangel an Fühlung zwischen Richtern und Volk erklären. Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich diese Übel und ihre Heilung zu besprechen. Man mag immerhin anerkennen, daß alten Beamten ihre Stellung dem neuen republikanischen Regiment gegenüber innere Schwierigkeiten bereitet. Aber man kann gerade bei dem Staatsgefühl und der Bereitschaft zu persönlicher Aufopferung, die der alte Staat im Namen des Vaterlands ihnen anezogen hat, von ihnen verlangen, daß sie ihre persönliche Meinung unterordnen und ihrem schwer leidenden Land zu Hilfe kommen, auch wenn die Formen des politischen Lebens andere geworden sind. Und man darf sich nicht verhehlen, daß die immer dreister auftretende Beamtenfronde gegen die Republik bei den meisten weniger tiefe Überzeugung als gekränkte Eitelkeit und unerfüllte Streberei zum Grund hat.

Die Besserung des Verhältnisses der Republik zu denen, die berufen sind sie zu verteidigen, ihre Geschäfte zu führen und in ihr Recht zu sprechen, ist

das ernsteste Problem des heutigen Staats. Nur ein anderes kommt ihm gleich: wie nämlich die Jugend für die demokratische und geistig unabhängige Republik zu gewinnen ist. Beide Aufgaben decken sich teilweise.

Nicht möglich ist meiner Überzeugung nach die Aufhebung der Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung, die Absetzbarkeit der Richter aus politischen Gründen oder irgendeine Art Kabinettsjustiz. Man hat die Richter von der Verwaltung emanzipiert, weil eine unabhängige Urteilsfindung bei allen Mängeln der Rechtspflege immer noch mehr Aussichten einer objektiven Gerechtigkeit bietet als selbst die erleuchteten Eingriffe von oben her. Wir haben in Preußen das warnende Beispiel des Prozesses des Müllers Arnold, wo Friedrich der Große in bester sozialer Gesinnung, um dem Armen gegen den großen Grundherrn zu helfen, einen beschämenden Mißgriff begangen hat. Aber wenn auch nicht diese sachlichen Gründe gegen solche Gewaltlösung sprächen, käme sie nicht in Betracht, weil sich niemals die erforderliche qualifizierte Mehrheit im Reichstag dafür fände. Freilich hoffe ich auch nicht, daß man mit Worten der Überzeugung und Belehrung den Teufel der Feindseligkeit gegen die Republik aus ihren Dienern austreiben könnte. Wunderbar, aus tiefster Überzeugung und in wahrhaft staatsmännischem Geist war der Appell Kahls an die Justiz auf dem Juristentag in Köln gesprochen; ich fürchte nur, daß, wer sich dies nicht von selbst gesagt hat, auch solchen Klängen gegenüber taub bleiben wird.

Meines Erachtens gibt es da nur ein Mittel: Die Republik muß ihre *Kraft und Unerschütterlichkeit* beweisen. Die republikanischen Parteien müssen sich endlich zusammenschließen, und die Deutsche Volkspartei, die in der preußischen Großen Koalition jahrelang so ersprießliche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie geleistet hat, muß sich wieder zu dieser fruchtbaren Arbeit entschließen. Für die eigentlich demokratischen Parteien gilt es aber sich eingedenk zu halten, daß die Gefahr einer Restauration der Monarchie zurzeit viel geringer ist als die, daß die Republik selber politisch unfruchtbar und dadurch auch geistig unfrei wird. Die demokratische Republik muß stabilisiert werden, was unmöglich ist, wenn die demokratischste Partei es bequem findet außerhalb, in Opposition, zu bleiben. Die erfahrensten und klügsten Männer der Sozialdemokratie wissen das. Jetzt ist der Moment gekommen, der nicht wieder verpaßt werden darf.

Natürlich ist eine Reihe von Maßregeln möglich, um die Exzesse des republikfeindlichen Geistes abzuschneiden. Am leichtesten wäre das in der Reichswehr möglich, wo das Kommando immer noch wirkt, wenn es nur energisch gegeben wird. In der Verwaltung handelt es sich mehr um die schwierige Frage des Nachwuchses, aber auch diese ist zu lösen. Und was die Justiz betrifft, so braucht der Minister gar nicht Eingriffe in die richterliche Unabhängigkeit vorzunehmen. Wenn er Willen und Entschluß findet und sich nicht scheut öffentlich und im innern Dienst, namentlich bei der Staatsanwaltschaft, immer wieder die Achtung vor der Republik zu fordern, die eine Selbstverständlichkeit sein sollte, und wenn dann die Frondeure merken, daß die Zeit *nicht mehr kommen* wird, in der die Obstinanz gegen die Republik nachträglich mit Orden und Avancements gelohnt wird, dann, denke ich, wird dieser Spuk ziemlich schnell aufhören. Die Republik hat keinen Grund sich vor den Köllingen und ihren Hintermännern zu fürchten.



OTTO KARUTZ · SIEDELUNGSVERFAHREN UND SIEDELUNGSERGEBNISSE SEIT 1919

JEDES Siedlungsverfahren hat sowohl rechtliche wie technische Seiten. Für das Verfahrensrecht sind die Quellen das Reichssiedlungsgesetz, dessen Ausführungs- sowie dessen wirtschaftliche und technische Nebengesetze. Außerdem kommen noch die Gesetze der Länder über die Organisation der Agrarbehörden als Rechtsquellen in Frage. Die folgenden Darlegungen beschränken sich, wie die früheren¹, auf eine Behandlung des Reichsrechts und des preußischen Rechts, da in den übrigen Ländern die Verhältnisse gleicher Art sind.

Reine Verfahrensvorschriften enthält das Reichssiedlungsgesetz nur über die Kulturlandenteignung (§ 15 des Reichssiedlungsgesetzes); eventuell kann man auch die Bestimmungen über das Vorkaufsrecht des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens als verfahrensrechtliche Bestimmung ansehen. Das gleiche gilt für die finanziellen Befreiungsvorschriften des § 29 des Reichssiedlungsgesetzes. Preußen ergänzte diese Vorschriften im Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz vom 15. Dezember 1919.

Der 1. der 4 großen Abschnitte dieses Ausführungsgesetzes befaßt sich mit dem Enteignungsverfahren für Siedlungszwecke. Entsprechend den verschiedenen materiellen Bestimmungen des Reichssiedlungsgesetzes ist das Verfahren für die Enteignung von Moor- und Ödland, von Kulturland und für die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter verschieden geregelt. Einheitlich für alle 3 Verfahren ist der 3fache Verfahrenszug: Enteignungszulässigkeitsbeschluß, Entschädigungsfeststellung, Enteignung und Besitzeinweisung. Die Siedlungsform, also Neusiedlung, Anliegersiedlung und die sogenannte Pachtsiedlung beeinflussen den Verfahrenszug als solchen nicht. Der Enteignungszulässigkeitsbeschluß wird bei der Moor- und Ödlandenteignung (§ 3 Absatz 1 des Reichssiedlungsgesetzes) und bei Enteignungen zur Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter (§ 24 Absatz 1 des Reichssiedlungsgesetzes) vom Landeskulturamtspräsidenten, im Fall der Kulturlandenteignung aus dem Bestand der großen Güter (§ 15 Absatz 1 des Reichssiedlungsgesetzes) vom Ständigen Ausschuß (§ 15 Absatz 2 des Reichssiedlungsgesetzes) ausgesprochen. In dem Enteignungszulässigkeitsbeschluß ist das Grundstück, das enteignet werden soll, genau nach Lage und Beschaffenheit zu bezeichnen. Gleichzeitig ist die Zeit festzusetzen, innerhalb der längstens vom Enteignungsrecht Gebrauch zu machen ist. Wie dem Antragsteller und dem Eigentümer des abzutretenden Grundstücks ist der Beschluß auch allen aus dem Grundbuch ersichtlichen Berechtigten zuzustellen, außerdem in ortsüblicher Weise öffentlich bekanntzumachen. Gegen den Enteignungszulässigkeitsbeschluß steht allen Berechtigten der Beschwerdeweg offen. Die Frist für die Beschwerde muß mindestens 2 Wochen betragen und ist im Beschluß festzusetzen. Über die Beschwerde entscheiden der Landwirtschafts- und der Handelsminister gemeinschaftlich. Die Enteignung erstreckt sich auch auf das Zubehör des Grundstücks, falls nicht anders vereinbart ist. Das zur Bewirtschaftung des enteigneten Grundstücks nicht unbedingt notwendige

¹) Siehe *Karutz Die deutsche ländliche Siedlung vor dem Weltkrieg* und *Das deutsche ländliche Siedlungsrecht*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 372 und folgende und 460 und folgende.

Inventar, ebenso Stammherden usw. sind auf Verlangen des Eigentümers von der Enteignung auszuschließen. Auf Antrag des Unternehmers können Rechte an dem Grundstück von der Enteignung ausgeschlossen werden. Die Entschädigung für das enteignete Grundstück erfolgt nach Wahl des Entschädigungsberechtigten in Geld oder in Rentenbriefen. Der Antrag auf Feststellung der Entschädigung kann schon vor Erledigung des Beschwerdeverfahrens über den Enteignungszulässigkeitsbeschluß gestellt werden. Der Umfang der Entschädigung richtet sich nach den jeweiligen materiellen Bestimmungen des Reichssiedelungsgesetzes, das Feststellungsverfahren nach den Bestimmungen des preußischen Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juli 1874. Ein vom Landeskulturamtspräsidenten bestellter Kommissar hat in einem oder mehreren Ortsterminen unter Hinzuziehung aller am Grundstück Berechtigten sowie eines oder mehrerer Sachverständigen die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse und den Inventarbesitz des in Anspruch genommenen Grundstücks festzustellen, gutachtliche Äußerungen der Sachverständigen darüber entgegenzunehmen und danach an die Feststellungsbehörde zu berichten. Im Entschädigungsfeststellungsbeschluß ist der Bericht des Kommissars zu verarbeiten, insbesondere sind die Lage- und Beschaffenheitsfeststellungen möglichst eingehend wiederzugeben. Ebenso ist in dem Beschluß zu sagen, welche Rechte an dem Grundstück von der Enteignung ausgeschlossen sind, und ob der Unternehmer in ein bestehendes Pacht- oder Mietsverhältnis eintritt. Gegen den Entschädigungsfeststellungsbeschluß, der vom Präsidenten des Landeskulturamts beziehungsweise dem Ständigen Ausschuß ergeht, ist an Stelle des Rechtswegs der Antrag auf mündliche Verhandlung vor der Spruchkammer des Landeskulturamts gegeben. Die Spruchkammer ist in diesem Fall um 2 richterliche Mitglieder vermehrt. Gegen den Beschluß der Spruchkammer ist binnen 2 Wochen Beschwerde an das Oberlandeskulturamt zulässig, das endgültig entscheidet. Die tatsächliche Enteignung des Grundstücks wird auf Antrag des Unternehmers in allen 3 Enteignungsfällen vom Präsidenten des Landeskulturamts ausgesprochen, wenn nachgewiesen ist, daß die vereinbarte oder festgestellte Entschädigungssumme rechtsgültig gezahlt oder hinterlegt ist. Die Besitzeinweisung ist mit der Enteignungserklärung verbunden. Es folgen noch eine Regelung der Änderungsmöglichkeiten des Entschädigungsfeststellungsbeschlusses bei unvorhergesehenen Wertänderungen zwischen dem Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses und dem der Besitzeinweisung, Bestimmungen über Vollziehung und Wirkungen der Enteignung, über Ladungen und Zustellungen, über das Wohnrecht des abziehenden Wohnberechtigten und über die Bestellung der preußischen Kulturämter als gemeinnützige Siedelungsunternehmen im Sinn des § 1 des Reichssiedelungsgesetzes.

Der 2. Abschnitt des preußischen Gesetzes regelt die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter, kurz, aber nicht zutreffend, Pachtsiedelung genannt. Der Vorsteher des Kulturamts erläßt durch den Beschluß die nach § 22 des Reichssiedelungsgesetzes notwendigen Anordnungen zur Verpflichtung der Landgemeinden und Gutsbezirke Pachtsiedelung zu treiben. Das den Arbeitern zur Verfügung gestellte Land muß nach Beschaffenheit und Lage für die Pachtsiedelung geeignet sein. Auf die Trennung von Pacht- und Arbeitsvertrag ist streng zu achten. Bei der Landbeschaffung im Weg des Zwangspachtverfahrens (§ 24 des Reichssiedelungsgesetzes) gelten die oben behandelten Verfahrensbestimmungen für die Enteignung analog.

Der 3. Abschnitt regelt die Einrichtung und innere Organisation der Landleieferungsverbände. Sie sind Zwangsverbände. Ihre Organe sind die Verbandsverordneten, die Verbandsversammlung und der Verbandsvorstand. Die Verbandsverordneten sind die Vertreter der Kreise. Sie werden direkt von den Verbandsmitgliedern gewählt. Die Verbandsmitglieder haben für jede angefangenen 200 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 1 Stimme, dürfen jedoch einzeln nicht mehr als 5 Stimmen führen. Für jeden Kreis ist ein Verbandsverordneter und 1 Stellvertreter zu wählen. Die Verbandsverordneten bilden die Verbandsversammlung. Sie hat eine Verbandsatzung zu beschließen, die sich innerhalb der gesetzlich festgelegten Richtlinien halten muß. Die Satzung ist vom Landwirtschaftsminister zu genehmigen. Das gleiche gilt für Satzungsänderungen, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können. Der Verbandsvorstand ist von der Verbandsversammlung zu wählen; er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich und führt, soweit die Satzung nicht eine andere Regelung getroffen hat, die gesamten Geschäfte des Verbands. Für die Verbindlichkeiten des Verbands haftet dessen Vermögen. Notfalls sind ungedeckte Schuldbeträge durch Beiträge aufzubringen, die nach dem satzungsmäßigen Teilnahmemaßstab umzulegen sind. Die Verbandslasten sind öffentliche Lasten. Ausgeschiedene Verbandsmitglieder bleiben für die bis zu ihrem Austritt umgelegten Beiträge verhaftet. Rückständige Beiträge können im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden. Streitigkeiten über die Zugehörigkeit zum Landleieferungsverband werden durch die Spruchkammer des Landeskulturamts beziehungsweise durch das Oberlandeskulturamt entschieden. Das gleiche gilt für die Heranziehung und Veranlagung zu den Verbandslasten. Die Verbandskontrolle durch den Oberpräsidenten als Aufsichtsbehörde wird eingehend geregelt, ebenso die Möglichkeit einer zwangsweisen Änderung des Haushaltsplanes. Freiwillig von den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestelltes Siedelungsland kann als Vorausleistung auf Verbandsbeiträge angerechnet werden. Das Nähere hierüber bestimmt die Satzung. Soweit vor Erlaß des Gesetzes von Verbandsmitgliedern Land für Siedelungszwecke im Umfang von mindestens einem Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihrer Verbandsgrundstücke zur Verfügung gestellt ist, muß dies durch Befreiung von den Verbandslasten für die verbleibenden Grundstücke angerechnet werden. Von dem Erwerb der ihnen verbleibenden Grundstücke durch Enteignung soll möglichst abgesehen werden.

Im 4. Abschnitt des Gesetzes, der die Schlußvorschriften enthält, wird der Landeskulturamtspräsident ermächtigt die Kulturamtsvorsteher oder andere Beamte der Landeskulturverwaltung speziell oder generell mit Verhandlungen zu beauftragen, die den Grundstückserwerb zur Begründung neuer Ansiedlungen oder zur Hebung bestehender Kleinbetriebe zum Gegenstand haben. Kraft dieses Auftrags haben die betreffenden Beamten notarielle Befugnisse. Die Abveräußerungs- und Teilungsbeschränkungen des Rentengutsrechts werden in das preußische Ausführungsgesetz zum Reichssiedelungsgesetz wörtlich übernommen. Im Interesse der bei Enteignungen brotlos werdenden Arbeiter und Angestellten werden dem Siedelungsunternehmen gewisse Entschädigungs- und Ansiedlungsverpflichtungen auferlegt, über die unter Umständen im Beschluß- und Beschwerdeverfahren vor der Spruchkammer des Landeskulturamts und in 2. Instanz von dem Oberlandeskulturamt zu entscheiden ist. Entsprechend der zwingenden Vorschrift des

§ 1 des Reichssiedelungsgesetzes wird endlich für jede Provinz die Einrichtung eines Provinzialsiedlungsausschusses vorgeschrieben, der sich aus mehreren Beamten und aus 8 Vertrauensleuten der Ansiedler und der alten Besitzer der Provinz zusammensetzt. Außerdem sollen 2 besonders im Siedlungswesen erfahrene, in der Provinz ansässige Personen, von denen möglichst 1 den in der Provinz tätigen privaten Siedlungsunternehmen nahe stehen soll, vom Landeskulturamtspräsidenten in den Ausschuß berufen werden. Schließlich werden einige Bestimmungen des Siedelungsrechts der Vorkriegszeit geändert, und die Verordnung betreffend das gesetzliche Vorkaufsrecht an land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen vom 23. Dezember 1919 wird aufgehoben.

Die preußischen Auseinandersetzungsbehörden, denen vor 1919 das Siedlungswerk verwaltungsrechtlich übertragen war, sind durch das Gesetz über Landeskulturbehörden vom 3. Januar 1919 neu organisiert worden. An die Stelle der Spezialkommission ist das Kulturamt als selbständige Behörde 1. Instanz getreten, an die Stelle der kollegialen Generalkommission der Präsident des Landeskulturamts als 2. Instanz (das Landeskulturamt hat also wieder Präfekturverfassung), der Landwirtschaftsminister ist 3. Instanz geblieben. Für das Spruchverfahren sind die 1. Instanz teils der Vorsteher des Kulturamts teils der Präsident des Landeskulturamts teils der Ständige Ausschuß nach § 15 Absatz 2 des Reichssiedelungsgesetzes. Als 2. Instanz folgt die Spruchkammer des Landeskulturamts, zusammengesetzt aus einem der Räte des Landeskulturamts als Vorsitzendem oder seinem Stellvertreter, die beide zum Richteramt befähigt sein müssen, sowie 6 jeweils für 6 Jahre gewählten Laienmitgliedern oder deren Stellvertretern. Die Wahl der Laienmitglieder erfolgt zur einen Hälfte durch den Provinzialschiedsgericht, zur andern durch die Landwirtschaftskammer aus dem Kreis der Provinzialangehörigen unter Berücksichtigung der verschiedenen Besitzgrößen. In gewissen Fällen wird die Spruchkammer durch 2 aus dem Kreis der Richter des zuständigen Oberlandesgerichtsbezirks berufene richterliche Mitglieder ergänzt. Das Oberlandeskulturamt ist die Spruchbehörde 3. und letzter Instanz. Die Landeskulturbehörden haben alle Aufgaben der früheren Auseinandersetzungsbehörden übernommen, wobei überall der Verfahrenszug der Neuorganisation angepaßt worden ist, soweit es nötig war. Das gilt auch für alle wirtschaftlichen und technischen Nebengesetze des Siedelungsrechts. Eine besondere Behandlung des Verfahrensrechts dieser Nebengesetze erübrigt sich daher.

Die preußischen Ausführungsanweisungen zu den Siedelungsgesetzen sind ebenfalls wichtige Rechtsgrundlagen für das Siedelungsverfahren. Es bestehen bisher 7 Ausführungsanweisungen zu den Siedelungsgesetzen und daneben eine besondere zum sogenannten Flüchtlingssiedelungsgesetz vom 7. Januar 1923. Generelle verfahrensrechtliche Bedeutung haben die Ausführungsanweisungen I, II, VI und VII, ergänzt durch die zum Flüchtlingssiedelungsgesetz. Die Ausführungsanweisung I vom 27. Dezember 1919 erläutert die Bestimmungen des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichssiedelungsgesetz betreffend die Organisation der Landleieferungsverbände. Eine diesen Erläuterungen entsprechende Mustersatzung für die Landleieferungsverbände ist der Ausführungsanweisung beigelegt. Der Ausführungsanweisung ging voraus ein Ministerialerlaß vom 6. Dezember 1919 über die

beschleunigte Einrichtung der Landleieferungsverbände, sie wurde ergänzt durch einen Ministerialerlaß über die Zuständigkeit der Landleieferungsverbände vom 22. März 1921. Die Ausführungsanweisung II vom 29. Januar 1920 grenzt zunächst städtische und ländliche Siedelungen gegen einander ab, erörtert dann die Gemeinnützigkeit nach dem bisherigen preußischen und dem neuen Reichsrecht, wobei alle »subjektiv gemeinnützigen« Siedelungsunternehmen aufgeführt werden, stellt die Voraussetzungen der »objektiven Gemeinnützigkeit« fest, behandelt die Frage der Geschäftsbezirke und des Verhältnisses der Siedelungsgesellschaften zu den Kulturämtern und regelt endlich die Zusammensetzung des Ständigen Ausschusses nach § 15 Absatz 2 des Reichssiedelungsgesetzes. Der Ausschuß besteht danach aus dem Landeskulturamtspräsidenten als Vorsitzenden und je 1 Vertreter des Landleieferungsverbandes und des subjektiv gemeinnützigen Siedelungsunternehmens; ist ein objektiv gemeinnütziges Unternehmen am Verfahren beteiligt, so tritt an die Stelle des Unternehmensvertreters ein Rat des Landeskulturamts, in der Regel der landwirtschaftlich-technische. Durch die Erhöhung der Mitgliederzahl des Ständigen Ausschusses entsprechend den Daueränderungen des Reichssiedelungsgesetzes durch Artikel I des Flüchtlingssiedelungsgesetzes ist seine generelle Zusammensetzung nicht berührt worden. Die Aufzählung der subjektiv gemeinnützigen provinziellen Landgesellschaften ist durch einen Ministerialerlaß vom 16. Januar 1920 dahin ergänzt worden, daß für die Provinzgrenzmark die Landbankaktiengesellschaft subjektiv gemeinnütziges Siedelungsunternehmen wird, während sie in den anderen preußischen Provinzen als objektiv gemeinnütziger Unternehmer auftritt. Die Ausführungsanweisung VI vom 13. Oktober 1921 behandelt die Gebühren-, Stempel- und Steuerfreiheit nach § 29 des Reichssiedelungsgesetzes, stellt die verschiedenen Befreiungsfälle fest und regelt den Ersatz der baren Auslagen der Landeskulturverwaltung im Siedelungsverfahren. Entsprechend der Ermächtigung des § 37 Absatz 3 des preußischen Ausführungsgesetzes bestimmt die Ausführungsanweisung VII vom 17. Mai 1921 Näheres über die Einrichtung, Zusammensetzung, Geschäftstätigkeit und Geschäftsordnung der Provinzialsiedelungsausschüsse. Die Ausführungsanweisungen III, IV und V bringen spezielle verfahrensrechtliche Bestimmungen. Die Ausführungsanweisung V vom 13. Februar 1920 bestimmt als Verfahrensträger bei der Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter (Pachtsiedelung) die Landgemeinden und Ortsbezirke, an die daher die Anträge nach § 22 des Reichssiedelungsgesetzes zu richten sind, stellt die Voraussetzungen, den Inhalt, den Umfang und die Richtung eines entsprechenden Landbeschaffungsantrages fest, regelt die Reihenfolge der Inanspruchnahme des Landes der verschiedenen Eigentümerkategorien und bringt Bestimmungen über den Verfahrenszug bei der Landbeschaffung durch Zwangspachtung oder Enteignung. Ein Muster eines Landpachtvertrags mit Kaufanwartschaft zwischen Gutsbesitzer und Landarbeiter ist der Ausführungsanweisung beigegeben. Die Schaffung neuer Ansiedlungen (Neusiedelungen) und die Hebung bestehender Kleinbetriebe (Anliegersiedelung) werden gegen einander abgegrenzt in der Ausführungsanweisung IV vom 3. Februar 1920. Weiter werden in dieser Anweisung Voraussetzungen und Umfang der Anliegersiedelung geregelt, den Landes-kulturbehörden wird die Verfahrensführung als formellen Verfahrensträgern zugewiesen, der Verfahrenszug festgesetzt, die Möglichkeiten der Landbe-

schaffung werden erörtert, weiter Kauf, Pacht mit Kaufanwartschaft und reine Zeitpacht als Formen der Landzuteilung, die Finanzierungs- und Kostenfrage wird behandelt, ebenso die Anwendung der Bestimmungen betreffend Eintragung des Wiederkaufsrechts und der Verfügungsbeschränkungen, endlich die Regelung der Folgeeinrichtungen und die Anrechnung des Anliegerlandes auf die Landleieferung des Bezirks. Ergänzungen dieser Anweisung IV zwecks Behebung von Zweifeln über die Auslegung der Verfahrensbestimmungen bringt der Ministerialerlaß über die Anliegersiedelung vom 23. Dezember 1921. Von dem Vorkaufsrecht des Reichssiedelungsgesetzes handelt die Ausführungsanweisung III vom 7. Februar 1920. Die Zuständigkeiten, die Art der Ausübung des Vorkaufsrechts, das Verfahren für die Mitteilung vom Vertragsabschluß, die Beschwerdemöglichkeiten und die Frage einer Ausdehnung des Vorkaufsrechts auf kleinere Grundstücke gemäß der Ermächtigung in § 4 des Reichssiedelungsgesetzes werden eingehend erörtert.

Das Verfahrensrecht der Gesetze zur Förderung der Ödlanderschließung bedarf hier einer Behandlung nicht. Es schließt sich vollkommen dem Verfahrensrecht in Neu- und Ansiedlersiedelungssachen auf Kulturland an. Zu erwähnen ist nur, daß im Interesse der Arbeitsbeschleunigung bis Ende 1928 die Spruchkammer des Landeskulturamts bei Verfahren nach der Ödlanderschließungsverordnung vom 13. Februar 1924 im Beschlußverfahren ausgeschlossen ist. Verfahrensträger bei der Ödlanderschließung ist in vielen Fällen, besonders bei größeren Objekten, die vom Reich und von Preußen gemeinschaftlich gebildete Deutsche Ödlandkulturgesellschaft zu Berlin.



VERFAHRENSTECHNISCH hat sich gegenüber der Vorkriegszeit seit 1919 bisher wenig geändert. Die wenigen Änderungen sind einmal bedingt durch das Aufkommen neuer Siedlungsformen, sodann durch die Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und die damit verbundene Verschiebung der Siedlungsaufgaben vom Nationalpolitischen zum Wirtschafts- und Bevölkerungspolitischen.

In der Vorkriegszeit hatte man bei der Neusiedelung für die Arbeitsverteilung zwischen Siedlungsunternehmer und Auseinandersetzungsbehörde das sogenannte Frankfurter Verfahren entwickelt. An ihm ist nach 1919 festgehalten worden. Ebenso hielt man an der bisher üblichen technischen Verfahrensdurchführung fest, unbeschadet der grundlegenden Veränderungen der deutschen Wirtschaftsverhältnisse im Krieg und nach dem Krieg. Es werden also auch nach 1919 in der Regel die Siedlerstellen vor der Übergabe vom Siedlungsunternehmer fertig eingerichtet, was Gebäudeerstellung, den wichtigsten Inventarbesatz, die erste Bestellung usw. anlangt. Selbst in der Neusiedelung auf Ödland ist man im allgemeinen bei dieser Verfahrenstechnik geblieben. Abgewichen ist der Hannoversche Kleinbauernbund bei seinen Neusiedelungen. Er läßt die Hofstellen unter Bauberatung durch die zuständigen Stellen von den Siedlern selbst errichten, die dabei ihren individuellen Wünschen nach Belieben Rechnung tragen können, ebenso werden Umbruch und die erste Bestellung von den Siedlern selbst ausgeführt. Ähnlich gehen die Flüchtlingssiedler der Kolonie Chludowo im Kreis Franzburg in Vorpommern vor, die für ihr Siedlungsverfahren auch ihren eigenen Verfahrensträger in Gestalt einer mit dem zuständigen Kulturamt arbeitenden Siedlungsgenossenschaft

haben.² Im allgemeinen sind aber bisher die großen provinziellen Landgesellschaften die Verfahrensträger für die Neusiedelung geblieben, wirksam unterstützt durch eine Reihe größerer und mittlerer Unternehmen, die sich im Einzelfall durch Zusammenarbeiten mit dem zuständigen Kulturred die objektive Gemeinnützigkeit verschaffen. Die Wiedererrichtung gelegter Bauernstellen sowie die Einzelneusiedelung wird auch von den gemeinnützigen Kreissiedelungsgesellschaften betrieben, die ähnlich den provinziellen Landgesellschaften aufgebaut und deren örtlicher Unterbau sind. Bei der Moor-neusiedelung ist man im Gegensatz zu früher dazu gekommen die Siedlerstellen nicht ausschließlich auf Moor- und Neuland anzulegen, sondern ihre Lebenskraft und Kultivierungsfähigkeit durch Hinzulegen alten Kulturlands zu stärken. Für die Gebäudeerrichtung wandte man vorübergehend Ersatzbauweisen an, kam aber aus praktischen Gründen davon wieder ab. Als Gebäudetyp bevorzugt man heute die Wohnhausstallscheune mit Bansenraum in Anlehnung an den Typ des niedersächsischen Hauses, der mit dem Vorzug relativer Billigkeit den der leichten Ausbaufähigkeit verbindet.

Für die neuen Formen der Anlieger- und Pachtsiedelung sind naturgemäß neue technische Verfahren entwickelt worden. Verfahrensträger bei der Anliegersiedelung ist in der Regel der Einzelsiedler zusammen mit dem Kulturred, in Einzelfällen ein subjektiv oder objektiv gemeinnütziges Siedelungsunternehmen. Der letzte Fall ist besonders dann gegeben, wenn bei einem größeren Neusiedlungsverfahren für dieses ungeeignete Schläge abgestoßen werden sollen, oder wenn Flächen einer Kreissiedelungsgesellschaft für die Einzelneusiedelung nicht geeignet sind. Die Vermessungsarbeiten bei der Planaufteilung werden entweder von der Vermessungsabteilung des Kulturred oder in amtlichem Auftrag von einem Privatlandmesser vorgenommen. Bei Ödlandanliegersiedelungen führt der Anliegersiedler in der Regel alle Kultivierungsarbeiten selber durch. Für diese Arbeiten wird oft ein Kultivierungsplan vorgelegt. Bei der Pachtsiedelung gehen alle technischen Arbeiten auf die Landgemeinde oder den Gutsbezirk über, die sie mangels eines eigenen geeigneten Apparats auftragsweise von Behörden oder Privatunternehmen durchführen lassen. Daß die Zulage- und Pachtflächen möglichst wirtschaftlich geschnitten werden, bedarf keiner besondern Betonung.

Bei der Ödlanderschließung tritt als Verfahrensträger die Deutsche Ödlandkulturgesellschaft auf, die im Großbetrieb sämtliche Kultivierungsarbeiten durchführt. Unter Berechnung der Selbstkosten wird die fertige Neulandfläche an die provinzielle Landgesellschaft abgetreten, die zunächst das berechnete Landbegehren der ehemaligen Ödlandbesitzer befriedigt und die restlichen Flächen dann in geeigneter Form zur Neu- und Anliegersiedelung verwendet. Dies Verfahren lohnt sich natürlich nur bei großen Objekten. Bei kleineren Objekten freier Bodenverbesserungsgenossenschaften werden daher entweder kleinere Privatunternehmer zur Durchführung der Kultivierungsarbeiten herangezogen, oder die Genossen führen die Arbeiten selbst aus entsprechend dem behördlich genehmigten Plan. In diesen Fällen wird das neugewonnene Land im allgemeinen den alten Besitzern belassen. Der Erschließungsplan wird in allen Fällen vor Beginn der Arbeiten festgelegt.³

2) Über Chludowo berichtet eingehend *Pagenkopf* Die Siedelung der Flüchtlingsgemeinde Chludowo im Kreise Franzburg, im Archiv für innere Kolonisation 1924 Seite 249 und folgende.

3) Über alle Fragen der Ödlanderschließung orientiert ausführlich *Krüger* Ödlandkultur in Deutschland, in der Gesellschaft 1925 II Seite 146 und folgende, ebenso *Barteld* Ödlandkultivierung /Berlin 1924/.



BER die Ergebnisse der Siedelungstätigkeit nach 1919 werden von Preußen jährliche Zusammenstellungen veröffentlicht, ähnlich den früheren Statistiken über die Begründung von Renten- und Ansiedelungsgütern. 1920 begann das Reich ebensolche Zusammenstellungen vorzunehmen, sie sind infolge mangelhafter Berichterstattung der Länder jedoch wieder aufgegeben worden; in Kürze soll erneut der Versuch einer Reichssiedelungsstatistik gemacht werden. Im folgenden werden nur preußische Zahlen gegeben. Relativ dürften die Reichszahlen die gleiche Bewegung aufweisen, absolut nur um geringes über den preußischen liegen, da die anderen Länder wenig gesiedelt haben.

Vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1925 wurden in Preußen insgesamt 14 403 Neusiedelungen auf 139 867 Hektar Fläche geschaffen. Die Durchschnittsgröße der Einzelstelle betrug mithin 9,71 Hektar. Den jährlichen Stellenzuwachs ersieht man aus der folgenden Aufstellung, die nach den amtlichen Zahlen in den jährlichen Ergebnisübersichten des Landwirtschaftsministeriums zusammengestellt ist:

Jahr	Anzahl der gegründeten Stellen	Besiedelte Fläche (in Hektar)	Durchschnittsgröße der Stellen (in Hektar)
1919	822	9 801	11,92
1920	1 743	14 909	8,55
1921	2 174	19 420	8,93
1922	2 655	19 945	7,51
1923	2 789	32 449	11,63
1924	2 609	22 687	8,70
1925	1 611	20 656	12,82

Nach der Währungsstabilisierung mit ihrer Folge einer außerordentlichen Kapitalknappheit ist der befürchtete Rückgang in der Siedelungstätigkeit nicht sofort eingetreten. Dies erklärt sich dadurch, daß die Siedelungsunternehmen aus der Inflationszeit eine recht große Anzahl noch nicht abgeschlossener Verfahren übernahmen. Bis 1925 wurden diese zu Ende geführt, und nun macht sich der Kapitalmangel, machen sich dementsprechend die hohen Zinslasten in einem Rückgang der durchgeführten Verfahren bemerkbar. Die Landgesellschaften und die sonstigen Unternehmer gehen trotz sinkenden Bodenpreisen, die teilweise die Enteignung und das Vorkaufsrecht, sicher nur vorübergehend, überflüssig machen, nur ungern an neue Objekte heran, weil sie ihr ohnehin zusammengeschmolzenes Betriebskapital nicht langfristig festlegen und damit sich selber die Bewegungsfreiheit nehmen wollen. Die bisherige Unklarheit über die Neuregelung der Siedelungsfinanzierung zusammen mit den relativ geringen Anzahlungen der Siedler ließen die Gefahr für das Siedelungsunternehmen mit seinem Betriebskapital in einem neuen Verfahren sofort hängen zu bleiben sehr groß erscheinen. Hierdurch erklärt sich unter anderm die Tatsache, daß heute noch etwa 1800 bis 2000 entschädigungsberechtigte Verdrängte der Wiederansiedelung harren, von denen rund 800 sogar immer noch in Lagern untergebracht sind. Interessant ist eine Betrachtung der Durchschnittsstellengröße sowie deren Entwicklungstendenz vor und nach 1919. Vor 1919 betrug die Durchschnittsgröße der Stellen rund 12 Hektar, wobei das Hauptgewicht bei den Siedlerstellen unter 10 Hektar Größe lag. Nach 1919 sinkt die Durchschnittsgröße auf 9,71 Hektar, zeigt jedoch stetig steigende Tendenz. Diese erklärt sich

nicht daraus, daß etwa wieder in größerem Umfang Restgüter ausgelegt werden. Es werden, im Gegenteil, im Interesse möglicher Ausnutzung des Siedlungslands nur wenige und kleine Restgüter gebildet. Dafür wird aus wirtschaftlichen Gründen die Größe der Siedlerstellen höher und höher bemessen.

Für die Anliegersiedelung sind Vergleichszahlen aus der Vorkriegszeit nicht vorhanden. Daher ist die Ansiedlersiedelungsstatistik recht undurchsichtig. Es fehlt als Anhaltspunkt für die Bewertung der Betriebsgrößenverschiebung mindestens die Angabe der Betriebsfläche der vergrößerten Stellen vor der Landzulage. Diese Zahlen ließen vergleichende Betrachtungen mit den Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1907 zu und würden damit die folgende Aufstellung erst lebendig machen.

Jahr	Anzahl der vergrößerten Betriebe	Zulageflächen (in Hektar)	Durchschnittseinzelzulage (in Hektar)
1919	12 506	10 741	0,86
1920	19 059	20 355	1,07
1921	23 480	22 754	0,97
1922	19 619	20 747	1,06
1923	18 186	22 997	1,26
1924	11 479	14 998	1,31
1925	6 750	7 595	1,12

Insgesamt sind vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1925 demnach 111 079 Kleinbetriebe um 120 187 Hektar Fläche vergrößert worden, mithin der einzelne Betrieb um durchschnittlich 1,08 Hektar. Die Anzahl der Anliegersiedelungsverfahren nimmt allmählich ab, nachdem zunächst ein Anschwellen zu beobachten war, das 1921 seinen Höhepunkt erreichte. Diese Erscheinung erklärt sich damit, daß die Anliegersiedelungsverfahren einmalig und abschließend für jede Gemeinde zu regeln sind; so erschöpft sich der für Anträge noch in Frage kommende Kreis von Gemeinden.

Der Umfang der sogenannten Pachtsiedelung ist bisher zahlenmäßig nicht erfaßt. Dies ist sehr bedauerlich, weil ohne Zahlen hierüber schwer Unterlagen zu gewinnen sind für eine Würdigung der gesamten Landarbeitersiedelungsfrage. Auch die Ergebnisse der Ödlanderschließung sind nur schätzungsweise bekannt. Die viel gehörte Schätzung von 70- bis 80 000 Hektar seit 1919 erschlossenen Flächen Ödlands, einschließlich der durch Kultivierung vom Hof aus erschlossenen, dürfte den Tatsachen etwa entsprechen.

Gesondert vom zahlenmäßigen, nicht gerade ungünstigen, ist das wirtschaftliche Siedlungsergebnis zu betrachten. Der bevölkerungspolitische Erfolg der ländlichen Siedelung nach 1919 entspricht nicht den gehegten Erwartungen. Alle Siedlungsarbeit hat nicht verhindern können, daß zum Beispiel Kleinbauernverbände in Westdeutschland die überseeischen Ansiedlungsmöglichkeiten eingehend untersuchten, weil sie in ihrer Landnot keinen Rettungsweg mehr sahen als den der geschlossenen Auswanderung. Und im Hannoverschen fanden sich 1924 und 1925 Bauerngemeinden, in denen über die Hälfte des Jungvolks mangels geeigneter Ansiedlungsmöglichkeiten in der Heimat während der letzten 3, 4 Jahre Deutschland den Rücken gekehrt hat. Sozialpolitisch haben Anlieger- und Landarbeitersiedelung in den Fällen ihrer Durchführung günstig gewirkt. Trotzdem sind mit verstärkter Siedelung auch hier noch günstigere Ergebnisse zu erhoffen. Am stärksten

umstritten ist das wirtschaftliche Ergebnis der Siedelungsarbeit. Zwar schlagen sich die Verfechter des Großbetriebs- und des Kleinbetriebsgedankens nicht mehr über die wirtschaftlichen Folgen der Neusiedelung herum, um die wirtschaftlichen Folgen der Ansiedlersiedelung dagegen geht ein scharfer Meinungsstreit. Es ist zuzugeben, und verschiedene Erhebungen haben es bestätigt, daß in Einzelfällen die Anliegersiedelung zunächst zu Ertragsverminderungen auf den übereigneten Flächen geführt hat. Positive Spitzenleistungen liegen nach den gleichen Erhebungen jedoch in mindestens dem selben Umfang vor wie die zugestandenen negativen, so daß hier ein Ausgleich stattfindet. Im Durchschnitt werden die Anliegerflächen mittelwertig bewirtschaftet. Da die Anliegerflächen stets der wirtschaftlichen Arrondierung der bisherigen Kleinstellen dienen, ist mit gutem Recht anzunehmen, daß, auf lange Sicht betrachtet, auch bei der Anliegersiedelung ein wirtschaftlicher Erfolg in Form einer allgemeinen erheblichen Erzeugungssteigerung in den vergrößerten Betrieben nicht ausbleiben wird. Die Möglichkeit einer gleich starken Roh- und Absatzerzeugung im landwirtschaftlichen Groß und Kleinbetrieb ist ernsthaft nicht mehr zu bestreiten.

KÖNNEN und wollen die deutschen Siedelungsunternehmen überhaupt mit größeren neuen Verfahren beginnen, so ermöglicht die starke Senkung der Bodenpreise in Deutschland ihnen ihren Landbedarf durch günstige Käufe am freien Markt zu decken. Die Zentralstelle der deutschen Siedelungsgesellschaften hat diese Lage zum Anlaß genommen die Enteignung von Land für Siedelungszwecke mehrmals für überholt und unzweckmäßig zu erklären; man würde vom Enteignungsrecht des Reichssiedelungsgesetzes keinen Gebrauch mehr machen.⁴ Diese Stellungnahme der bedeutendsten Träger der deutschen Siedelungsarbeit ist überaus gefährlich. Der Güter- und Pachtmarkt wird sich hoffentlich bald wieder bessern. Dann kann das Enteignungsrecht für die Siedelungsarbeit gar nicht entbehrt werden, will man in großzügiger Form weiter gesunde Siedelung treiben. Ebenso ist die Enteignungsmöglichkeit auch heute noch als Druckmittel bei der Beschaffung von Ödland für Siedelungszwecke nötig. Gegner jeder Siedelungsarbeit greifen mit Freuden die Erklärung der Siedelungsgesellschaften auf und setzen ihre Arbeit gegen die Siedelung, von Siedelungsfreunden so ungewollt unterstützt, mit neuer Kraft fort. Die Enteignung von Land für Siedelungszwecke soll und darf gewiß nur ultima ratio sein. Als solche muß sie aber im Interesse einer Siedelungspolitik auf weite Sicht erhalten bleiben. Wenn ihrer zeitweise entraten werden kann, gut. Darüber viel zu sprechen braucht man aber nicht, denn unnötiges Reden kann dem Siedelungswerk nur schaden.

Die Anwendung des Verfahrensrechts der ländlichen Siedelung hat manche Mängel an ihm aufgedeckt. Die in den materiellen Bestimmungen des Reichssiedelungsgesetzes vorgesehenen Landlieferungsverbände hätten formell geschaffen werden müssen. Es ist jedoch bedauerlich, daß Preußen nicht, wie in der Regierungsvorlage des Ausführungsgesetzes zum Reichssiedelungsgesetz ursprünglich vorgesehen war, von der Ermächtigung in § 12 Absatz 2 des Reichssiedelungsgesetzes Gebrauch gemacht und von vorn herein bereits die Arbeit der Landlieferungsverbände anderen Stellen über-

4) Siehe unter anderm *Freiherr von Gayl* Verzicht auf Enteignung für Siedelungszwecke, im Archiv für innere Kolonisation 1925 Seite 59 und folgende.

tragen hat, etwa den Siedelungsgesellschaften oder den Landeskulturbehörden. Über kurz oder lang wird man zu einer solchen Übertragung der Geschäfte doch kommen müssen, wenn bei einer Änderung der Konjunktur auf dem Gütermarkt die säumige Aufgabenerfüllung durch die Landlieferungsverbände wieder in die Erscheinung tritt. Auch die Organisation der Landeskulturbehörden läßt zu wünschen übrig. Heute ist jede Sonderbehörde, die den Verwaltungsapparat des Staates zersplittert und damit verteuert, eine unnötige und unerwünschte Belastung. Ursprünglich zur Erledigung vorübergehender Spezialaufgaben entsprechend deren Erfordernissen eingerichtet, hatten die Auseinandersetzungsbehörden ihre Berechtigung als Sonderverwaltung. Als ihre Aufgaben sich zu erschöpfen drohten, gab man ihnen Ende des 19. Jahrhunderts ein neues Arbeitsgebiet bei der Rentengutsbildung. Trotzdem ging ihre Bedeutung vor dem Krieg immer mehr zurück. Mit Recht sah man die ihnen gelassenen Aufgaben als zum Gebiet der allgemeinen Landesverwaltung gehörig an und bereitete demgemäß die Eingliederung der General- und Spezialkommissionen in die allgemeine Landesverwaltung vor. Der Krieg verzögerte die Durchführung des Plans, und 1919 wurden dann aus den besonderen Auseinandersetzungs- die *«wieder besonderen»* Landeskulturbehörden, die zwar eine neue Organisation zeigten, nach den bis heute gemachten Erfahrungen aber trotz der neuen Form sich innerlich weder verjüngt haben noch sonst lebenskräftiger geworden sind. Bei der kommenden großen Verwaltungsreform Preußens wird die Aufhebung der Landeskulturverwaltung als Sonderbehörde und ihre organische Eingliederung in die allgemeine Landesverwaltung eine große Rolle spielen. Alle krampfhaften letzten Versuche die Sonderstellung der Landeskulturverwaltung doch zu retten und womöglich noch weitere Verwaltungszweige der allgemeinen Verwaltung ihr anzugliedern werden die notwendige und natürliche Entwicklung zur völlig einheitlichen Landesverwaltung nicht mehr aufhalten. Siedelungshemmend wirken unter den Verfahrensvorschriften über das gesetzliche Vorkaufsrecht die, die die Anwendung des Vorkaufsrechts nur auf die subjektiv-gemeinnützigen Siedelungsunternehmen beschränken und selbst bei Käufen und Verkäufen, die vor einem Urkundsbeamten aus § 34 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichssiedelungsgesetz abgeschlossen sind, eine Anwendung des gesetzlichen Vorkaufsrechts durch die Landgesellschaft zulassen. Die Ausführungsanweisung III zu den Siedelungsgesetzen müßte tunlichst entsprechend geändert werden. Unpraktisch und ungerecht ist auch die Bestimmung der Ausführungsanweisung IV, wonach die Anliegersiedelung in jeder Gemeinde einmalig und abschließend zu regeln sei. Unpraktisch ist sie, weil sie nach den bisherigen Erfahrungen durch die behördliche Aufforderung zur Antragstellung Landbegehren bei Leuten hervorruft, die sonst kaum derartige Wünsche gehabt hätten, die aber bei Ablehnung ihrer Anträge verbittern, in ihrer Verbitterung andere aufreizen und die Gemeinde nur schwer wieder zur Ruhe kommen lassen; ungerecht, weil nach dem einmaligen Verfahrensabschluß allen nicht vergrößerten Stellen die Möglichkeit einer Entwicklung im Weg der Ansiedlersiedelung genommen ist. Die Stellenbesitzer müssen "Springer" werden, also ihre angestammte Stelle verkaufen und eine größere Neusiedlerstelle übernehmen, wenn sie vorwärts wollen. Diese kleine Auslese von verfahrensrechtlichen Mängeln mag genügen; es findet sich tatsächlich noch eine ganze Reihe weiterer.

Die Verfahrenstechnik im ländlichen Siedlungswesen könnte ebenfalls Änderungen vertragen. Bisher hat sie auf die landsmannschaftliche Eigenart der Siedler nur wenig Rücksicht genommen. Ganz mechanisch sind Typengehöfte errichtet worden, die der Siedler beim Aufziehen auf die Stelle fertig vorfand, und die er vielleicht äußerlich, niemals aber, um innerlich mit ihnen zu verwachsen, in der Gesamtanlage seinen Lebensgewohnheiten entsprechend ausgestalten konnte, ohne sich große Kosten aufzuladen. Die Geldnot hat nach dem Krieg hier ungewollt eine gewisse Abhilfe geschaffen. Die Siedlungsunternehmen mußten sich bei der Gebäudeerrichtung auf das Allernotwendigste beschränken und schufen so eine Anlage, die der Siedler bei wachsendem Wohlstand wenigstens teilweise nach seinen eigenen Wünschen ausbauen kann. In diesem Punkt wäre es für die Siedler und die Wirtschaft am besten, wenn man sich auf die Siedelungstechnik Friedrichs II besänne, der die gesamte Durchführung des Stellenaufbaus und der Stelleneinrichtung dem Siedler überließ und ihm nur die Baumaterialien usw. zur Verfügung stellte. Diesem alten Verfahren ähnlich ist das weiter oben erwähnte, vom Hannoverschen Kleinbauernbund angewandte Siedelungsverfahren. Auch Chludowo zeigt eine gewisse, dem friderizianischen Verfahren verwandte Linie. Allerdings ist es im Fall der Gebäudeerrichtung durch den Siedler wichtig, daß dieser wirklich zweckmäßig baut. Es wäre Aufgabe einer Bauberatung dafür zu sorgen, daß bei einer solchen Verfahrensdurchführung die Erfordernisse einer sparsamen Normenwirtschaft in Bauteilen ebenso berücksichtigt werden wie die individuellen Wünsche des Siedlers. Ein Musterbeispiel für gute Arbeit auf diesem Gebiet ist die Bauberatung durch die beiden Wohnungsfürsorgegesellschaften Westfälische Heimstätte in Münster und Niedersächsische Heimstätte in Hannover, die beide ausgezeichnete Gehöftbauten entworfen haben. Sehr im argen liegt es mit der Stellengröße der neugebildeten Siedlungshöfe. Die Zusammenstellungen über die Siedlungsergebnisse vor und nach dem Krieg haben gezeigt, daß die Stellengröße sich zwischen 9 und 12 Hektar im Durchschnitt bewegte. Die Siedlungsunternehmen müßten nun mehr als bisher auch größere Stellen auslegen, damit gesunde typische Wirtschaftsformen des Westens auch in größerem Umfang nach Ostdeutschland übertragen werden können. Besonders notwendig ist die Übertragung der westdeutschen bäuerlichen Weidewirtschaft, zum Beispiel in die Luche Ostelbiens. Damit könnten auch westdeutsche Bauernsöhne wesentlich leichter als Siedler herangezogen werden. Und diese würden gute Wegweiser zu einer Intensivierung in den Bauernwirtschaften Ostelbiens sein können. Bei der Ödlandneusiedlung wäre mehr als bisher darauf zu achten, daß selbstkultivierende Siedler möglichst während zweier Jahre noch neben der Neusiedlerstelle, die sie in Kultur bringen, ihre alte Pacht- oder Eigentumsstelle bewirtschaften. Dieses Verfahren stärkt die wirtschaftliche Kraft des Siedlers, erleichtert ihm die Verfahrensdurchführung und läßt eine Bewirtschaftung der Flächen ohne Raubbau am jungen Boden zu. Hier hat der Hannoversche Kleinbauernbund den Weg gewiesen.

Selbst wenn alle bisher gerügten Mängel des Verfahrensrechts und der Verfahrenstechnik behoben würden, erreichte wahrscheinlich die Siedlung noch nicht den Umfang, der im Interesse unserer darniederliegenden Wirtschaft und unserer bedrückenden Sozial- und Bevölkerungsverhältnisse erwünscht ist. Hier könnte nur eine ganz durchgreifende Verfahrensreform helfen, die

die ländliche Siedlungsarbeit etwa wie folgt gestaltet: Das Reich und die Länder, eventuell auch Gemeinden und Gemeindeverbände erwerben am stagnierenden freien Markt mittels aller verfügbaren Gelder möglichst umfangreiche zur Siedelung geeignete Flächen. Dieses Vorgehen würde einmal den Bedarf an Siedlungsland beschleunigt decken, dann aber den Gütermarkt beleben und so den bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben in der Mehrzahl wieder auf die Beine helfen. Unabhängig vom Umfang der demnächst verfügbaren Menge Siedlungslandes wäre eine große Siedlungsplanung durchzuführen, die vor allem auch für eine Sicherung der Absatzmöglichkeiten für die geplanten Siedlungen zu sorgen hätte. In den Auswanderungsgebieten Westdeutschlands müßte man die Auswanderer durch die öffentlichen Auswandererberatungsstellen auf die Siedlungsmöglichkeiten im Osten Deutschlands aufmerksam machen, um ihre wertvolle Menschenkraft und ihr Kapital dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft zu erhalten, die beider dringend bedürfen. Auch die gesamte Lehrerschaft wäre in den Dienst der Siedlungspropaganda zu stellen. Die Siedlungsunternehmen hätten auf den zu besiedelnden Flächen nur die Planaufteilung und die Vermessung durchzuführen, außerdem die Herbeischaffung der Wegebesserungs- und der Baumaterialien. Im übrigen ist die Aufgabe der Unternehmen auf Bauberatung und sonstige Anweisung der Siedler beschränkt, falls diese das Unternehmen darum angehen. Die Siedler errichten sich in Einzel- oder Gemeinschaftsarbeit die notwendigsten Gebäude selbstständig. Für 6 Jahre befreie man sie von allen Lasten und Abgaben, um ihnen die Einrichtung auf der neuen Scholle zu erleichtern. Lebendes und totes Inventar müssen sie in ausreichendem Umfang aus den elterlichen Stammbetrieben mitbringen. Diese müßten außerdem verpflichtet werden in unvorhergesehenen Notfällen die Siedler mit Betriebsmitteln aus dem alten Hof weiter zu unterstützen. Das Verfahren wäre auch bei Höfen möglich, die kein Überschußinventar haben. Diese Höfe könnten zur Beschaffung des Inventars der Siedler Geld gegen hypothekarische Sicherung aufnehmen und sich auf diese Weise als Paten der Siedler betätigen. Ebenso könnte die mittelalterliche Gepflogenheit der Dorfpatenschaften mit Erfolg wieder zum Leben erweckt werden. Für die Verdrängten muß das Reich eventuell die Patenpflichten übernehmen. Zur Bezahlung der vom Reich, von den Ländern, den Gemeinden und den Gemeindeverbänden erworbenen Ländereien könnten neben Barmitteln eventuell auch besondere Siedlungsrentenbriefe verwandt werden. Der Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Rentenbriefe wäre von den Siedlern zu tragen. Die Siedler müßten ihre Stellen nicht bar bezahlen, diese müßten vielmehr in Renteneigentum an die Siedler ausgegeben werden, wie es unter anderm in sehr guter Form die dänische Siedelung kennt. Diese Art der Stellenausgabe würde auch den Kreis der für die Ansiedlung in Betracht kommenden Bauernsöhne erheblich erweitern. Unter den Siedlern hätte stets eine sorgfältige Auswahl unter besonderer Rücksichtnahme auf die allgemeine wie fachliche Ausbildung stattzufinden.

So etwa durchgeführt könnte die deutsche ländliche Siedelung die ihr gestellte Aufgabe erfüllen das deutsche Volk wieder zurück zum Boden zu führen, zu der Grundlage, auf der allein sich eine gesunde Wirtschaft mit starker Industrie aufbauen kann. Allerdings gehören zu solchem Werk wirklich tatkräftige Menschen.



HILTGART VIELHABER · FRANZ VON ASSISI

Mensch, was du liebst, dazu wirst du verwandelt werden.

Gott wirst du, liebst du Gott, und Erde, liebst du Erden.
Angelus Silesius



Am 3. Oktober begeht die katholische Kirche den 700. Todestag Franz von Assisis. Sie feiert ihn als den großen Heiligen. Die übrige Welt, die aus der Kunst und aus der Geschichte sein Leben kennt, neigt sich ehrfurchtsvoll vor der Größe seines Menschentums. Denn Franz war einzig. In einer Zeit, in der ein jeder, zur Selbstverteidigung allein schon, auf Macht und möglichst großen Wohlstand bedacht war, entsagte er jubelnd seinen irdischen Glücksgütern, wies er voller Leidenschaft die Macht zurück, die seinem Orden vom Papst gegeben werden sollte. Alles dies nur, weil er Christus liebte, ihm gleich sein, gleichsam aus seinem Geist heraus leben und handeln wollte. Denn ohne Mittel, ohne Dach über dem Kopf, ohne irgendwelche Ablenkung durch irdischen Besitz glaubte er einzig das wirken zu können, was er zu wirken wünschte. Dem, der nichts hat, erschließen sich die Herzen der Notleidenden ohne jeden Rückhalt. Er ist einer von ihnen. Wer keine Heimat hat, ist überall und nirgendwo zu Hause. Die Guten freuen sich ihn zu beherbergen, und die Hartherzigen werden durch die milde Demut seines Verzichts erweicht. Der heilige Wahnsinn, den diese Idee bedeutete, greift so um sich, daß die Kirche damit rechnen muß, Sie tut alles, um diese Bewegung in ihren Hafen zu lenken und sie nicht zu den Ketzersekten übergehen zu lassen. Dem heiligen Dominicus, der mit Mord und Brand die Ketzer verfolgt, bleibt nichts übrig als die werbende Idee der absoluten Armut auch für seinen Orden aufzunehmen. Und nun werden die Länder des westlichen Europas, in denen Kaiser und Papst um die weltliche Obergewalt streiten, in denen die Burgen die Städte und, innerhalb der Städte, die Parteien einander bekämpfen, von den Jüngern des Franziskanergeistes durchzogen, die Gewalt und Reichtum für nichts achten und nur in Liebe dienen wollen. So groß war die Macht ihrer Demut, daß sie Gönner und Jünger warben, wohin sie kamen.

Was wirkte nun zusammen, um ein religiöses Genie wie Franz von Assisi zu erzeugen? Umbrien, seine Heimat, ist von jeher das Land religiöser Inbrunst gewesen. Jacopone da Todis liebeflammende Strophen an Jesus und die Madonna sind der bekannteste Niederschlag jener Stimmung. Aber die Mutter Franz von Assisis, Pia, deren kindliche Einfalt die Chronisten erwähnen, stammte aus französischem Geblüt. Unbewußt übertrug sie dem Sohn jene tiefen Strömungen religiösen Erlebens, die damals Frankreich durchfluteten. Nirgends blühten die Waldenser und Albigenser so üppig wie in der Provence. Wie sie die Heiligen in ihrer Gottesverehrung ausschalten, weil sie ihrer nicht bedürfen, tut es auch Franz. Nur einmal in seinem Testament erwähnt er die Madonna, und fast wie eine offizielle Instanz. Sonst wendet er sich über alles fort stets direkt an Christus selbst. Sein Vater, Pietro di Bernardone, war ein wohlhabender Kaufmann, der nach damaliger Sitte seine kostbaren Stoffe selbst durch die Länder begleitete. Häufig hielt er sich in Frankreich auf. Sabatier spricht von der Kulturmission dieser Kaufleute, die oft von Schloß zu Schloß, von Ort zu Ort Träger neuer Ideen waren. Wie schon gesagt, war gerade die Provence

eine Hauptstätte der christlichen Revolution im Mittelalter. Hier, wo mit dem starken griechischen Einschlag, der lange noch in der Sprache der Provençalen durchklang, der kühne und subtile Geist der antiken Philosophen nachwirkte, lag es nahe, daß man sich gegen das Nivellierende des katholischen Dogmas auflehnte. An der Pariser Universität hatte einst Abälard gewirkt. Aber auch der große Heilige Bernhard von Clairvaux und die berühmten Äbte von Cluny waren Franzosen gewesen. So kam von hier eine Fülle entgegengesetzter Eindrücke. Anderes noch trug Pietro heim, was zuerst die stärkste Wirkung auf den Sohn ausübte: die französischen Sagen von Kaiser Karl und König Artus' Tafelrunde. All dies trat nach einander in der Entwicklung seines Sohnes hervor.

Als Pietro di Bernardone im Jahr 1182 aus Frankreich zurückkam, fand er den neugeborenen Sohn. Seine Gattin hatte ihn mit frommem Sinn Johannes taufen lassen. Er aber nannte ihn Francesco, den Franzosen. Der Name wurde gleichsam das Symbol seiner geistigen Abstammung. Nun zeigt sich zuerst, dem Alter und den Zeitläuften entsprechend, die Vorliebe für das Ritterliche bei Franz. Er sucht es den jungen Edelleuten an Prunk und Kühnheit gleichzutun. Aber auch die tiefste Bedeutung ritterlicher Gesinnung geht ihm später auf: die Rücksicht des Stärkern auf das Zarte und Gefährdete und die pflichtgemäße Hilfsbereitschaft für alle Leidenden. Doch vorerst stellt ihn sein heiteres Naturell an die Spitze aller jugendlichen Festereien. Da trifft ihn das Schicksal. In den politischen Kämpfen seiner Vaterstadt Assisi mit Perugia wird er als Geisel fast ein ganzes Jahr im Gefängnis gehalten. Seine Kameraden klagen und empören sich. Er bewahrt auch hier den wundervollen Frohsinn. Und doch wird wohl in dieser Gefangenschaft der erste Grund zu seiner Wandlung gelegt. Bald nach der Heimkehr befällt ihn ein schweres Siechtum, und als er langsam in das Leben zurückwächst, hat dieses ein anderes Gesicht für ihn gewonnen. Wer dem Tod ins Auge schaut, lernt leicht auf flüchtige Freuden dieses Daseins verzichten. Es folgen Wochen einsamer Wanderung, zu denen sich bald ein Kamerad gesellt. Dazwischen die stille Zwiesprache mit dem Kruzifix in San Damiano. Eines Tages scheucht er einen Bettler aus dem väterlichen Laden; nachher läuft er ihm nach und schenkt ihm alles Geld, das er bei sich führt. Ihm graut ursprünglich vor den Aussätzigen, den Verfeimten, die man stets möglichst weit außerhalb einer jeden Stadt unterbrachte. Franz sucht sie auf, wäscht ihre Wunden, pflegt sie liebevoll. Alles zeugt davon, wie heiß er mit sich selber kämpft.

Und nun kommt das Entscheidende. Das Leben, wie er es zuvor gelebt, wird ihm ein ständiger Vorwurf, den er nicht länger ertragen kann. Er lädt die Genossen von einst noch einmal zu einem ritterlichen Fest, und hier teilt er ihnen mit, daß er sich nun mit der süßen Dame Armut vermählen werde, der er fortan in Treuen dienen will. Mit vollen Händen schenkt er allen Armen, bis sein Vater entrüstet beim Bischof von Assisi klagt. Da legt Franz alles ab, was er von seinem Vater noch an sich trägt, bis er ganz nackt vor ihm dasteht: Er wolle, was er braucht, nur von seinem himmlischen Vater empfangen. Er lebt nun seinen selbstgewählten Pflichten, der Pflege der Kranken, der Predigt vom Evangelium der Armut.

Bald beginnt freilich auch bei ihm die schmerzliche Spannung zwischen seelischer Lust und klar erkanntem Weg. Er sehnt sich einzig nach der

Zwiesprache mit Gott in der Einsamkeit. Aber Christi Worte »Folge mir nach« weisen ihn auf den Dienst an der Menschheit. Es sind die Kämpfe, die uns in allen Bekenntnissen orthodoxer und katholischer Mönche immer wieder entgegentreten. Es finden sich die ersten Jünger, und Franz nimmt sie freudig gleich als solche auf. Denn darin zeigt sich die »weiße Seele des Mittelalters«, wie Huysmans sagt, daß der Umschwung von Sünde zur Tugend urplötzlich erfolgt, nicht langsam und von tausend praktischen Erwägungen beeinflußt, wie bei uns, sondern im Augenblick und vollkommen. Später, als die Kirche im Jahr 1224 endlich der 3. Ordensregel die Genehmigung gewährte, wurde, wie bei den übrigen Orden, auch bei den Franziskanern das Novizenjahr eingeführt. Franz, der überall in unmittelbare Verbindung mit dem Innersten jedes Menschen trat, hatte diese Probezeit verworfen. Er ging singend über Berge und durch Täler, predigte den kleinen Vögeln und zähmte die menschenfeindlichen Tiere durch die Sanftheit seiner Stimme. Seine Demut wirkte niemals knechtisch sondern nur als noch vertieftes Zeichen seiner grenzenlosen Liebe. Der Eindruck seiner Persönlichkeit, die äußerlich klein war und nur durch die Intensität der dunkeln Augen wirkte, war überall gleich stark, in Italien wie später auch im Orient, wie wir durch Cäsar von Speyer wissen.

Die Kurie wandelte Franzens Werk so, daß es sich hemmungslos dem Gefüge ihrer Hierarchie einpaßte. Das Leid um die Verwischung der ursprünglichen Idee hat langsam dann den Heiligen verzehrt. Aber welcher Reiz lag auf den ersten Jahren seiner Brüderschaft. Der völlig Arme mußte natürlich ein Feind jedes Klosterbesitzes für seine geistliche Familie sein. Nur leicht gezimmerte Hütten entstanden um die Portiunculakirche, die ihm die Benediktiner überlassen hatten. Jeder der Franziskusbrüder war gehalten ein Handwerk zu pflegen; mancher vermietete sich auch als Knecht. Aber aller geistige Heimat blieb die kleine Kirche. Hier trafen sie in Zwischenräumen, regelmäßig zum Pfingstfest, immer wieder Franz, der sonst, das Evangelium der Armut und der Liebe predigend, von Ort zu Ort wanderte. Auch der Papst wurde von der Reinheit seines Wesens hingerissen, versagte sich seinen Wünschen nicht. Er gab ihm vorläufig mündlich die Zustimmung zu dem Bestand der Brüderschaft, den *frati minori*, wie Franz sie nannte. Auch gewährte er die Predigt überall dort, wo sich der Bischof nicht dagegen stellen würde.

Dann kommt, von Franzens Predigt hingenommen, das junge Edelfräulein Clara de' Sciffi und bittet um Aufnahme in die Brüderschaft. Franz empfindet die verwandte Art und empfängt sie gleich als Schwester. Wieder überlassen ihm die Benediktiner eine Kirche, San Damiano, und Franz weist sie Clara und den Frauen, die ihr folgen, als Wohnstätte an. Die Nonnen arbeiteten dort ebenso wie die Brüder bei der Portiuncula. Es bildete sich jene zarte Kameradschaft zwischen den Geschlechtern, wie sie nur im gemeinsamen Dienst an einer Idee möglich ist. Später, als Franz einmal seelisch und körperlich niedergebrochen war, hat ihm die Pflege seiner geliebten Clarissinnen, der anfeuernde Zuspruch Claras, neue Lebenskraft gegeben. Als schönster Dank für diese Genesung entstand sein Sonnengesang (»Gepriesen seist du Gott für unsern Bruder Sonne«), in dem die Wonne an der Kreatur zum Loblied auf den Schöpfer wird. Seine Jünger sangen es auf allen Wegen.

Aber immer mehr, je größer die Schar der Franziskaner wurde, sah Franz das reine Ideal der absoluten Armut verraten. Trotz seinem ausdrücklichen Verbot begann man Franziskanerklöster zu errichten. Das widersprach dem tiefsten Sinn der frati minori, die als die geringsten Brüder und unscheinbarsten Handlanger des Göttlichen auf dieser Erde keine feste Heimat haben sollten. Franz sehnte sich immer inbrünstiger in die Einsamkeit zur ungestörten Zwiesprache mit Gott. Oben auf dem Alvernaberg war es, wo er nach Tagen rückhaltloser Vertiefung in die Passion Christi die Wundmale seines Herrn empfing wie eine Anerkennung seiner Nachfolge, wie eine innigste Liebkosung. Bald darauf ließen seine physischen Kräfte nach. Er erblindete fast gänzlich. Ein Blutsturz folgte dem andern. Aber 2 schwere Jahre waren ihm noch beschieden. Seine Anhänger und die Vertreter der Kirche hüteten seinen Leib als die kostbarste Reliquie der Zukunft. Man brachte ihn so in den Bischofspalast in Assisi, und erst nach inständigen Bitten wurde er in die geliebte Portiuncula überführt. Hier verliefen die letzten Tage in tiefer Harmonie mit seinen ersten Jüngern. Einmal verlangte er noch nackt auf nackten Fußboden gelegt zu werden, um seiner süßen Dame Armut bis in den Tod seine Treue zu beweisen. Als er seinen Brüdern den letzten Segen erteilte, gedachte er nicht nur der anwesenden und der lebenden überhaupt, sondern sein Liebesuberschwang umfaßte alle, die je in ferner Zukunft einmal seiner großen Franziskanerfamilie zugehören sollten. Als es zum Abend des 3. Oktober 1226 ging, kam die Erlösung. In die große Stille hinein klang nur der Jubel der Lerchen, die sich, einer großen Wolke gleich, auf dem Dach der kleinen Hütte niedergelassen hatten.

In seinem Testament, das Franz wenige Wochen vor seinem Tod verfaßte, hatte er seinen Willen schlicht und eindeutig dargelegt. Er forderte von seinen Anhängern die freiwillige und absolute Armut, ein arbeitsames Leben und den Dienst am Menschen durch Predigt und Liebeswerk. Dieses Testament blieb, trotz Verfolgung und Umdeutung, uns erhalten. Es wirkt heute noch fort: über alle Schranken, die Menschen und Völker zwischen sich aufrichten können.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Greulich †

Am 8. November 1925 starb, wie hier schon in den Rundschauen Sozialpolitik und

Gewerkschaftsbewegung berichtet wurde, Herman Greulich in Zürich. In ihm verkörperte sich die Arbeiterbewegung des Schweizerlandes, das ihm zur eigentlichen Heimat geworden war. Alle ihre Teile hatten ihre Entwicklung und ihren Geist in erster Linie ihm zu danken. Bis fast zum letzten Augenblick seines 83-jährigen Daseins hatte er niemals aufgehört aus den Tatsachen der Wirklichkeit die politischen Konsequenzen zu ziehen.

Den Sozialistischen Monatsheften, für die er gelegentlich auch schrieb, war er darum stets ein treuer Freund, er fühlte sich mit ihnen geistig verbunden.

Greulich wurde am 9. April 1842 in Breslau geboren. Sein Vater war ein armer trunkstüchtiger Kutscher. Seine charakterfeste Mutter gab dem begabten Knaben an Anregung, was ihr möglich war. Früh schon mußte er sich das Brot selbst verdienen. Er wurde Buchbinderlehrling, leistete 14 Stunden täglich harte Arbeit, fand nachts dennoch Zeit sich weiterzubilden. Sobald er ausgelernt hatte, ging er auf die Wanderschaft. In Württemberg war er in einen Arbeiterverein eingetreten, in dem er nicht lange darauf die Führung über-

nahm. 1865 wurde er zum Vereinstag deutscher Arbeitervereine nach Stuttgart delegiert. Dort machte er Eindruck durch seine feurige Rednerkraft. Man riet ihm nach der Schweiz zu gehen; er siedelte sich dort an und heiratete bald eine junge Genossin, die ihm Lehrerin gewesen war. Nach der Tagung der Internationale 1866 in Genf bildeten Karl Bürkli und Herman Greulich eine Sektion in Zürich. Unter den Arbeitern der Schweiz begann um diese Zeit reges politisches Leben. Die ersten Gewerkschaften entstanden, zum großen Teil unter Führung Greulichs. Die Sozialdemokratie schuf sich ein erstes Organ, die Zürcher Tagwacht, deren Redaktion ebenfalls Greulich übernahm. Auch der Genossenschaftsbewegung widmete er sich mit höchstem Eifer. Schwere Kämpfe hatte die Sozialdemokratie mit dem von Bakunin geführten Anarchismus auszukämpfen. Der erste gewaltige Erfolg des organisierten Proletariats war die Annahme des Fabrikgesetzes 1877. Aber die Tagwacht ging wieder ein; der von ihm ins Leben gerufene Arbeiterbund löste sich 1880 ebenfalls auf. Harte Not war damit für den Führer angebrochen. Erst 1887, mit dem Wiederaufleben des Arbeiterbundes und der Wahl Greulichs zum Arbeitersekretär (durch ihn wurde dieser Name populär) gewann er festen Boden. Jahrzehnte heißen agitatorischen Ringens folgten. Er wurde Arbeitervertreter im Zürcher Kantonsrat, in der Versammlung der Gemeinden, im Großen Stadtrat, dann endlich 1902 Nationalrat. Der Arbeiterinternationale war Greulich das getreueste Mitglied. Er brachte auch 1897 den Arbeiterschuttkongress in Zürich zustande, dem 1900 die Gründung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz folgte.

- Greulichs Leichenbegängnis wurde zu einer großartigen Trauerkundgebung. Die Reden, die an der Gruft gehalten wurden, zusammen mit anderen Erinnerungsworten, sind von der Partei in einer Gedenkschrift veröffentlicht worden.

Nemec † Ein halbes Jahr nach Greulich, am 25. Mai 1926, starb in Prag noch einer derjenigen, die Schöpfer der Sozialdemokratie ihres Landes waren: Anton Nemec. Er ist 68 Jahre alt geworden. Gleich Greulich stammte er aus armen Proletariatskreisen; er war der Sohn eines Webers in Brünn. Ein paar Jahre durfte er das Gymnasium besuchen. Dann kam die Lehrzeit in einer Buchdruckerei. Es dauerte nicht lange, bis der junge Buchdrucker in seiner Gewerkschaft an erster

Stelle stand. Ebenso lebhaft beteiligte er sich an der politischen Bewegung der tschechischen Arbeiterschaft. Ihr erstes politisches Organ: die *Rownost*, wurde von ihm redigiert, noch mit so geringen Mitteln, daß er daneben seine Berufstätigkeit weiterführen mußte. 1894 ging er als Redakteur des sozialdemokratischen Blattes *Delnické Listy* nach Wien, um dort zugleich die tschechische Arbeiterschaft zu organisieren. Um diese Zeit entwickelten sich bereits die nationalen Konflikte zwischen den tschechischen und den deutschen Sozialdemokraten im frühern Österreich. Nemec vermittelte stets zwischen beiden, wie bei ihm überhaupt das internationale Gefühl besonders ausgeprägt war. In Wien stellten ihn die Arbeiter in der 5. Kurie gegen Lueger auf. Er unterlag nach einem heißen Wahlkampf. Erst 1907 glückte es ihm als Delegierter eines Prager Proletarierbezirks ins Parlament einzuziehen. Er war schon 1897 wieder nach Prag gegangen, als Redakteur des *Pravo Lidu*, des ersten tschechischen Parteiorgans. Nach dem Krieg gehörte Nemec der tschechischen Nationalversammlung und dem Landesausschuß an. Er repräsentierte die tschechische Partei auch fast ständig auf den internationalen Kongressen; lange Jahre war er Mitglied des Exekutivkomitees der Internationale.

Wie Greulich, so zeichnete sich der tschechische Sozialistenführer durch universales Interesse und vielseitige Bildung aus; er galt als einer der ausgezeichnetsten Stilisten und Journalisten, und nicht nur in seiner tschechischen Muttersprache sondern auch im Deutschen. Ihm haben auch Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung viel zu danken.

Tschechidse † Am 7. Juni vollzog sich in Paris eine Tragödie: Nikolaj Tschechidse machte einen Selbstmordversuch, der nach einigen Tagen zu seinem Tod führte. Das Schicksal der russischen Freiheitskämpfer, das Schicksal des ganzen russischen Volkes spiegelt sich in diesem Ende eines taterfüllten Menschenlebens.

Tschechidses Name wurde zuerst 1907 der Öffentlichkeit bekannt, als er als Vertreter der Tifliser Arbeiterschaft in die Duma gewählt wurde. Bald spielte er dort eine bedeutende Rolle. Bis 1917 war er ununterbrochen Führer der sozialdemokratischen Dumafraktion. Es war selbstverständlich, daß 1917, nach der sozialistischen Revolution in Rußland, Tschechidse die maßgebende Tätigkeit als Vorsitzender der Arbeiter- und Sol-

datenräte übernahm. Er führte sie mit der ihm eigenen Kraft und Ruhe durch. Dann kam der 7. November, der Sturz des Sozialismus. Tschcheidse ging mit Zeretelli und anderen Georgiern nach Georgien zurück, um eine unabhängige sozialistische Republik aufzubauen. Von 1918 bis 1921 war er dort Präsident der Konstituierenden Versammlung. Im Februar 1921 wurde Georgien von den Bolschewisten erobert. Tschcheidse und seine Freunde gingen ins Exil. In Georgien herrschte der bolschewistische Terror; jede leiseste Freiheitsregung wurde in den Kerkern erstickt. 1924 brach die lange zurückgehaltene tiefe Erregung des georgischen Volkes in einem Aufstandsversuch los. Er wurde niedergeschlagen. Um von weiteren revolutionären Versuchen abzuschrecken, veranstalteten die Bolschewisten ein Gemetzel, dem etwa 6000 Aufständische zum Opfer fielen, die Führer des Sozialismus, Arbeiter, Bauern, während die anderen in den Gefängnissen verschwanden. Vergeblich suchte Tschcheidse die Hilfe der europäischen Demokratie, des internationalen Sozialismus für die gepeinigten Opfer anzurufen. Alles versagte. Tschcheidse konnte diesen Untergang seines Werkes nicht verhindern. So endete er selbst sein Leben. Er wurde auf dem Père Lachaise beigesetzt. An seinem Grab standen neben den französischen Genossen auch Krenskij und Zeretelli. Renaudel gelobte in seiner Grabrede, daß der Sozialismus nicht eher ruhen werde, bis das russische Volk wieder seinen Ketten entrissen sei.

Internationale Am 10. und 11. April veranstaltete das Exekutivkomitee der Sozialistischen

Internationale eine Tagung in Zürich, an der Vertreter aller Nationen und Richtungen teilnahmen, ebenso die Internationale der sozialistischen Jugend und das Internationale Frauenkomitee.

Hauptpunkt war die Stellungnahme der Internationale zum Völkerbund. Louis de Brouckère hatte ein eingehendes Exposé darüber entworfen. Er glaubt nicht, daß sich eine direkte Arbeiterfraktion im Völkerbund schaffen lasse, doch sollten die sozialistischen Delegierten stets eine Verständigung unter einander herbeiführen, um einheitlich vorgehen zu können. Er verwirft alle ständigen Ratsmandate. Die Entwaffnungsfrage sei sehr kompliziert. Eine wirkliche Entwaffnung dürfe sich nicht nur auf die Landheere erstrecken; um sie effektiv zu machen, müßte der Völkerbund auch sämtliche Nationen umfassen. Wie wolle man sich

ferner gegenüber der Tatsache verhalten, daß man jetzt mit Leichtigkeit innerhalb weniger Wochen ein großes Volksheer an Stelle der früheren stehenden Heere aufstellen könne? Eine von einer Kommission (mit de Brouckère, Engbjerg, Hermann Müller, Renaudel, Brockway) ausgearbeitete Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie fordert: Der Völkerbund müsse demokratisiert und zu einem alle Nationen umfassenden Organ ausgestaltet werden; Entscheidungen in allen wichtigen Fragen seien durch sein Plenum, nicht durch den Rat zu treffen. Die Sitze im Rat seien durch Wahl zu verleihen. Die sozialistische Internationale solle weiter die Möglichkeit der Demokratisierung des Völkerbunds studieren; ebenso die Entwaffnungsfrage. Den Bericht zur Kolonialfrage erstattete Vliegen. In Stuttgart habe man bekanntlich, wenn auch mit sehr knapper Mehrheit, jeden Kolonialbesitz verworfen; dieser Standpunkt lasse sich nicht mehr aufrechterhalten, es seien vielmehr positive Richtlinien für die koloniale Politik der betreffenden Nationen aufzustellen. Cramp wies auf die Wichtigkeit der Kolonialfrage für England hin. Die Labour Party werde in nächster Zeit eine Serie von Broschüren herausbringen, deren 1. sich mit Afrika befasse. Longuet betonte, daß man in letzter Zeit in verschiedenen Kolonialländern die Befreiungsbestrebungen der Eingeborenen teilnehmend verfolge und an einigen Punkten, so in Tunis, eigene Preßorgane für sie geschaffen habe. Eine Kommission hauptsächlich aus Vertretern solcher Nationen, die keine Kolonien besitzen, wurde gebildet.

Man sprach dann über die Beziehungen der sozialistischen Internationale zur bolschewistischen. Die Independent Labour Party hatte wieder einmal den Versuch gemacht mit den Bolschewisten zwecks Vereinigung in Verbindung zu treten, mit dem gewohnten Resultat einer Abweisung seitens Sinowjews. Brockway verteidigte seine Partei damit, daß ohne Teilnahme der Russen weder die Entwaffnungs- noch die Orientprobleme zu lösen seien. Cramp, der Vertreter der Labour Party, will die bolschewistischen Machthaber nicht mit dem russischen Volk identifiziert sehen, das sie gerade von jeder Vereinigung mit dem internationalen Proletariat fernhielten. Adler legte ein Memorandum vor, das die Ablehnung jeder Annäherung an den Bolschewismus motiviert. Renaudel vermißte darin die Erklärung, daß der Sozialismus in sämtlichen Fragen der nationalen und internationalen Politik in schärfstem Gegensatz zu der russischen

Regierung stehe; es wäre die Aufgabe der sozialistischen Internationale gewesen längst der Flut der Propagandaschriften, mit denen der Bolschewismus die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen suche, mit prinzipiellen Veröffentlichungen entgegenzutreten. Zeretelli machte auf die Gefahr aufmerksam, die darin liege eine Annäherung, wie Otto Bauer es wollte, nicht grundsätzlich, sondern nur wegen der Antwort der Bolschewisten abzulehnen. Der Antrag der Independent Labour Party wurde darauf gegen 2 Stimmen dieser Partei mit 1 der polnischen Unabhängigen zurückgewiesen.

Die Exekutive trat dann noch einmal am 28. und 29. August in Zürich zusammen. Diskutiert wurden wieder die Stellung der Arbeiterinternationale zum Völkerbund, die durch die Angriffe der französischen Parteilinken gegen die Mitarbeit Paul Boncours in dem "bürgerlichen" Völkerbund besonders akut war, die internationale Aktion für den Achtstundentag, die Organisation eines internationalen Frauenkomitees und einiges Unwichtigere. In der Diskussion zum 1. Punkt vertrat Bracke den erwähnten Standpunkt der französischen Parteimehrheit, der der theoretisch längst überwundenen unfruchtbaren politischen Abstinenzerei entstammt. In glänzender Rede lehnte sich de Brouckère dagegen auf, während das österreichische Vermittlertum in Otto Bauer seinen Redner fand. Diese beiden Genossen erhielten den Auftrag zur Ausarbeitung einer Resolution, die dann angenommen wurde. Sie fordert die Mitarbeit im Völkerbund, aber in engem Kontakt des Delegierten mit seiner Partei, und weist die Parteien an selbst die Völkerbundprobleme zu studieren.

Die Resolution zur Achtstundentagsfrage wendet sich scharf gegen die Dekrete der italienischen Regierung über Erhöhung der Arbeitszeit, ebenso gegen die englischen Gesetze zur Verlängerung des Arbeitstags im Bergbau, rühmt die durch die belgische Arbeiterpartei erreichte Ratifikation des Washingtoner Abkommens in Belgien und fordert die deutschen, französischen und englischen Parteien auf die höchste Anstrengung zur Erreichung des gleichen Ziels zu machen. Die Bildung eines internationalen Frauenkomitees wird in die Wege geleitet. Zum Vorsitzenden der Kolonialstudienkommission wurde Vliegen gewählt.

England: Independent Labour Party Am 4. April wurde in Whitely Bay der 34. Parteitag der Independent Labour Party eröffnet, der von ungefähr 500 De-

legierten besucht war, unter denen aber die namhaftesten Vertreter der Partei, vor allem MacDonald, fehlten. Der Vorsitzende Jowett zeichnete in seiner Eröffnungsrede die Aufgaben, die nach seiner Meinung die Partei in nächster Zeit zu erfüllen habe. Es sei hohe Zeit von propagandistischen Worten zu Taten überzugehen. Vor allem andern habe die nächste Arbeiterregierung, stehe die Parlamentsmehrheit hinter ihr oder nicht, die Forderungen des von Brailsford und Clifford Allen aufgestellten neuen Parteiprogramms (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 178) zu verwirklichen, wonach ein für ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung und die notwendigen Kulturbedürfnisse ausreichender Minimallohn und eine nach der Anzahl der Kinder abgestufte Familienunterstützung zu gewährleisten und, um dies zu können, Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr, Banken, Kraftherzeugung, Bergwerke, Grund und Boden zu vergesellschaften sind. Der 2. Kongreßtag war ganz der Diskussion dieses Programms gewidmet. Man forderte, daß eine Kommission den Minimallohn festsetze, Brailsford verlangte, daß die Preise einer Kontrolle unterstehen sollten, da sonst jeder beliebige Minimallohn durch deren Erhöhung aufgewogen würde. Gegen dieses Programm erhoben sich verschiedene Stimmen: John Beckett suchte zu zeigen, daß es undurchführbar sei, und Shinwell wies darauf hin, daß dies schon die Trade Unions bei ihren Kämpfen um einen Minimallohn hätten einsehen müssen. Archibald meinte, die kapitalistische Gesellschaft sei noch lange nicht so tot wie viele Genossen zu glauben schienen. Trotz diesen Einwänden wurde das Programm mit der Minimallohnklausel im wesentlichen fast einstimmig angenommen. Am 3. Tag besprach man den Kampf gegen den Krieg. Eine von Brockway vertretene Resolution proklamiert, daß beim Ausbruch eines Krieges kein Parteimitglied sich zum Dienst stellen dürfe. Ein Ausschuß aus Arbeiterabgeordneten solle die politischen Aktionen kontrollieren, die Trade Unions hätten Truppen- und Munitionstransporte zu unterbinden und ähnliches mehr. Fand auch die letzte Forderung keine Annahme, so war doch auch in der Kriegsfrage die Stellung des Parteitags völlig unpolitisch, daher ohne unmittelbare Bedeutung. Übrigens hat die Independent Labour Party mit Beschlüssen solcher Art so gut wie gar keinen Einfluß auf die parlamentarische Aktion der Labour Party, der sie angehört.

Frankreich

Am 23. Mai wurde in Clermont-Ferrand der 23. Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs eröffnet. In der letzten Rundschau (in diesem Band Seite 177) wurde über den außerordentlichen Parteitag berichtet, der im Januar tagte, um über die Frage der Mitwirkung in der Regierung zu entscheiden. Jetzt stand dieses Thema zwar nicht offiziell zur Erörterung, es beherrschte aber wieder die Verhandlungen, und wie damals dokumentierte sich der Riß, der durch die französische Partei geht, so scharf, daß viele eine neue Spaltung befürchten. Sachlich stehen sich 3 Richtungen gegenüber: die von Blum, Bracke, Faure, Compère-Morel und Zyromski geführte Mehrheit, die radikale Linke, die Maurin vertrat, und die reformistische Minderheit, der neben Renaudel Grumbach, Gaston Lévy usw. angehören. Das Stimmenverhältnis ist aus der Abstimmung über die Resolution Blum ersichtlich; es fielen 2249 Stimmen für, 166 gegen sie. 685 Delegierte der Minderheit übten Stimmenthaltung.

Die Minderheit gab eine motivierte Erklärung über ihre Anschauungen ab, die nur in kleinem Kreis verlesen wurde. Sie betonte, daß die Gruppe trotz abweichender Meinungen in ihren politischen Aktionen stets der Parteiparole folgen werde. Den Gewerkschaften und Genossenschaften müsse bei allem Kontrollrecht der Partei allerdings weitestgehende Handlungsfreiheit gewahrt bleiben. In der Politik stehe die Partei jetzt in der kritischsten Situation. Der Wahlsieg vom 11. Mai 1924 habe Hoffnungen im Proletariat geweckt, die angesichts der erzwungenen politischen Abstinenz der Kammerfraktion nicht befriedigt worden sind. Diese Abstinenzpolitik, die an Untätigkeit grenze, stehe in absolutem Widerspruch zu den Aufgaben, die die Partei in den Geschicken des Landes und als Führerin der Arbeiterklasse zu lösen habe. An ihr wäre es alle Kräfte der Demokratie zur erfolgreichen Lösung der Reparationsprobleme und zur Begründung des europäischen Friedens heranzuziehen.

Die Mehrheitsresolution proklamiert, wie der Parteitag von Grenoble, eventuelle Regierungsunterstützung seitens der Sozialdemokratie, doch unter voller Wahrung ihrer Handlungsfreiheit, ohne dauernde Koalition oder Regierungszusammenschluß mit anderen Parteien.

Inzwischen gingen die Ereignisse in Frankreich weiter ihren Weg. Eine Regierungskrise folgte der andern. Aber

wer immer ein Kabinett zu bilden unternahm: ob Briand, ob Herriot, ob Poincaré, die Sozialisten verharrten in ihrer Passivität. In der Vie Socialiste erhob Renaudel einen leidenschaftlichen Warnungsruf an den französischen Sozialismus sich endlich seiner Pflicht bewußt zu werden und selbsttätig handelnd in die Geschicke des Landes einzugreifen. Er erinnert an den Ausspruch eines noch vor kurzem "radikalen" Genossen, daß die Sozialisten bald "nicht mehr mitzählen" würden.

Ein neuer, für die Mehrheit geradezu beschämender "Fall" entstand wegen der Mitarbeit des sozialistischen Völkerbundsdelegierten Paul-Boncour. Die Permanente Verwaltungskommission beschloß auf einen Antrag Brackes, daß Parteimitglieder nicht Vertreter bürgerlicher Regierungen im Völkerbund sein dürfen. Eine Reihe führender Parteimitglieder bestritt ihr das Recht in solch prinzipiellen Fragen Entscheidungen zu treffen. Ebenso verurteilte das Protestschreiben die systematische politische Enthaltung der Partei und fordert für die Parlamentsfraktion für außergewöhnliche Fälle das Recht eigener Entscheidung. Renaudel erklärte angesichts dieses Falls sein Mandat für die Exekutive der Internationale niederlegen zu müssen, da er sich dort unmöglich zum Wortführer eines derartigen Beschlusses seiner Partei machen könne. Es sind aber Bestrebungen im Gang diesen Konflikt beizulegen.

Totenliste

Am 3. Januar wurde in Pottendorf bei Wien der in der Silvesternacht dort von politischen Feinden ermordete Ordnungsbmann *Julius Walter* unter gewaltiger Beteiligung der Wiener Arbeiterschaft zu Grabe getragen.

Am 28. Januar starb im hohen Alter von 80 Jahren *Heinrich Scheu* in Sterenberg bei Zürich. Er war einer der Mitbegründer der österreichischen Sozialdemokratie, deren Führung er übernommen hatte, als sein Bruder, *Andreas Scheu*, 1869 zu Kerker verurteilt worden war. Auch *Heinrich Scheu* mußte aber bald, verfolgt, Österreich verlassen. Er flüchtete nach London, um später dauernd in der Schweiz Aufenthalt zu nehmen. Hier ernährte er sich durch Arbeiten in seinem ursprünglichen Beruf als Xylograph, betätigte sich auch nebenbei in der Schweizer Parteipresse.

Am 28. März starb der einstige Sozialdemokrat und spätere Kommunist *Emil Eichhorn*, im Alter von 61 Jahren. Er wurde beim Novemberumsturz 1918 Po-

lizeipräsident in Berlin. Er war auf diesem Posten scharfen Angriffen ausgesetzt; nach dem Sturm auf das Polizeipräsidium legte er den Posten nieder.

Einer der Führer des Sozialismus in den Vereinigten Staaten, *Meyer London*, starb, 60 Jahre alt, am 7. Juni in New York durch einen Unglücksfall. London war in Polen geboren. Lange Zeit war er der einzige sozialistische Abgeordnete im Bundsparlament.

An einem Herzleiden starb am 26. Juni *Karl Marchionini*, im Alter von 51 Jahren. Er war viele Jahre als Parteiredakteur in verschiedenen Zeitungen, zuerst in der Königsberger Volkszeitung, nach 1917 in der Leipziger Volkszeitung tätig. Besonders bekannt wurde sein Name in der Diskussion der Agrarfrage, in der er die vermeintlich radikale Richtung vertrat.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juli erlag *Max Grunwald* in Berlin einem Herzleiden. Er wurde am 6. Oktober 1873 in Stolzenhagen in Pommern geboren, studierte ursprünglich Medizin, ging aber bald zur Nationalökonomie und zur Journalistik über. Von 1901 bis 1903 war er Redakteur der Erfurter Tribüne und dann fast ein Jahrzehnt Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Eine Zeitlang war er auch Archivar des Parteiarchivs und Stadtverordneter. Besonderes Interesse hatte Grunwald stets für die Bildungsarbeit in der Partei. Er hat schöne kleine Bücher für sie geschrieben. Er selbst war Jahre hindurch ein sehr geschätzter Lehrer an der Arbeiter- und Gewerkschaftsbildungsschule. Während des Krieges war Grunwald im Kriegspresseamt, nach dem Zusammenbruch Pressechef im Reichswirtschaftsministerium. In besonderer Weise ist der Name Max Grunwalds mit der Bewegung der sozialistischen Akademiker verknüpft. Schon als Stettiner Gymnasiast trat er mit dem Berliner sozialistischen Studentenverein, der 1892 im geheimen gegründet war, in Verbindung. Dem 1. Kongreß deutscher sozialistischer Akademiker, der am 20. Oktober 1895, natürlich nicht öffentlich, in Berlin abgehalten wurde, war Grunwald ein Mitorganisator und einer der eifrigsten Teilnehmer. An der Zeitschrift *Der sozialistische Akademiker*, die im Jahr 1895 zu erscheinen begann, und die sich dann 2 Jahre später in die *Sozialistischen Monatshefte* verwandelte, hat Grunwald als studentischer Berichtserstatter aus Jena unter dem Namen *Eozoon* mitgearbeitet. Später änderte sich seine Stellung zu dem Organ, da Grunwald in dem um die Jahrhundert-

wende beginnenden Revisionismusstreit sich ganz und gar auf die Seite der "Radikalen" stellte. Und er war es gerade, der auf dem Parteitag in München /1902/ jene Debatte über die Sozialistischen Monatshefte entfesselte, die auf die Vernichtung der Zeitschrift hinielte, in Wirklichkeit aber dahin führte, daß sich nun erst recht alle geistig aktiven Elemente der Partei, die auf eine produktive Politik der Arbeiterklasse hinarbeiteten, um sie scharten. Die persönlichen Beziehungen Grunwalds zum Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte, die schon im Studentenverein angeknüpft worden waren, blieben auch während der ganzen radikalen Epoche Grunwalds trotz schärfster sachlicher Gegnerschaft unverändert bestehen. Im Weltkrieg, der so manchem derer, die guten Willens waren, die Augen geöffnet hat, vollzog sich dann auch die geistige Annäherung Grunwalds an die Sozialistischen Monatshefte. Sie ging so weit, daß er im Jahr 1915 die Bearbeitung der Rundschau *Geistige Bewegung* für sie übernehmen konnte. Er hat sie aus äußeren Gründen nicht fortführen können, blieb aber nun der Sache stets nahe. Die Sozialistischen Monatshefte sind durch den Tod Grunwalds, der sie durch ihre ganze Entwicklung als Freund, Feind und Freund begleitet hat, aufs schmerzlichste getroffen. Sie werden ihm ein dauerndes gutes Andenken bewahren.

Dem Eisenbahnverbrechen bei Leiferde am 19. August fiel *Ernst Mehlich* zum Opfer. Er war zuletzt Reichs- und Staatskommissar für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. In diesem nicht immer leichten Amt, das er als Nachfolger Severings übernahm, konnte er viel für die Interessen der Arbeiterschaft wirken, nicht zuletzt als Schiedsrichter und Schlichter in Lohnstreitigkeiten. Die Reise, die ihm den Tod bringen sollte, machte er in dienstlichen Angelegenheiten. Mehlich, der nur 44 Jahre alt wurde, war ursprünglich Buchdrucker und arbeitete seit 1907 als Redakteur an Arbeiterblättern. Von 1910 an leitete er bis zur Staatsumwälzung die Dortmunder Arbeiterzeitung. Seit 1919 war er Mitglied der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung, die ihn zum Vorsteher wählte.

Kurze Chronik Während der Ostertage, am 5. und 6. April, hielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei *Hollands* ihren 30. Parteitag in Rotterdam ab. Vliegen, seit langen Jahren der Vorsitzende der Partei, trat seines hohen Alters wegen zurück; an seine

Stelle wurde Henri Polak berufen. Der Parteitag beschäftigte sich vor allem mit einem Antrag des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Stenhuis, der eine Verschmelzung von Partei und Gewerkschaften anstrebte, da seiner Meinung nach der Sozialismus nur mit Hilfe politisch orientierter Gewerkschaften durchführbar sei. Stenhuis' Antrag stieß aber auf lebhaften Widerspruch, nicht nur bei den Parteiführern sondern auch bei Gewerkschaftern, und wurde abgelehnt. $\diamond$ In Pittsburg tagte vom 1. bis zum 3. Mai eine Jahreskonferenz der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten. Nach den Berichten macht die Partei Fortschritte, sie fängt auch an in die Südstaaten einzudringen. Organisationen bestehen in 39 unter den 48 Einzelstaaten. Die Partei besitzt ein neues Wochenblatt, den American Appeal, den Debs redigiert. Nach der Debatte über die Prohibitionsfrage wurde eine Resolution angenommen, die im häuslichen Gebrauch leichte Weine und Bier zugelassen sehen will. Eine weitere Resolution erklärt sich gegen den Ausschluß "farbiger" Arbeiter aus den amerikanischen Gewerkschaften, die nicht nur ein Unrecht gegen diese sei sondern sie auch dahin treibe als Streikbrecher aufzutreten. $\diamond$ Zu Pfingsten hielt der neu begründete Verband sozialdemokratischer Akademiker seine erste Hauptversammlung in Weimar ab. Der Vorsitzende, der Staatsanwalt Marx /Heidelberg/, hielt das einleitende Referat, in dem er die Gründe der Bildung des Verbandes auseinandersetzte. Der belgische Genosse de Man sprach über die Intellektuellenfrage. Er stellte es als möglich hin, daß sich ein besonderer geistiger Sozialismus gleich dem englischen Fabiertum bei uns herausentwickle, da für den Intellektuellen der Schwerpunkt seines sozialistischen Glaubens anders als beim Arbeiter liege. $\diamond$ Am 28. April wurde Wilhelm Bock 80 Jahre alt. 1884 zog er als Vertreter des Wahlkreises Gotha in den Reichstag ein, dem er seitdem mit nur kurzen Unterbrechungen angehörte. Bock ging aus der Gewerkschaft hervor. Er war ursprünglich Vorsitzender der Schuhmachergewerkschaft und Redakteur ihres Fachblatts. Politisch war Bock einer der Eisenacher. Noch heute arbeitet er rüstig in der Partei mit. $\diamond$ Am 20. Juli wurde Edouard Anseele, gegenwärtig noch belgischer Verkehrsminister, 70 Jahre alt. Anseele ist nicht nur einer der bedeutendsten Führer und Mitgründer der belgischen Arbeiterpartei, auch die belgischen Genossenschaften verdanken ihm mit erster

Linie ihren Aufbau und ihre Entwicklung. Er hat den berühmten Genter Vooruit geschaffen. Seit 1900 gehört Anseele dem Parlament an. Geistig steht Anseele den Sozialistischen Monatsheften nahe, an denen er früher auch viel mitgearbeitet hat, bis die deutsche Invasion in Belgien 1914 zum Schmerz der Zeitschrift diese Verbindung unterbrach. $\diamond$ Am 11. September feierte die Partei den 75. Geburtstag Hermann Molkenbuhrs, der in geistiger Frische und vielseitiger Tätigkeit noch immer für sie wirkt. Molkenbuhrs Lebensweg war der den jüngeren Genossen jetzt fast schon sagenhafte jener Kämpfergeneration aus der Aufstiegszeit des Sozialismus, der Arbeiterführer, die sich aus eigener Kraft, unter schwerstem geistigen und materiellen Ringen zu einer bedeutenden politischen Stellung hinaufgearbeitet haben. Nur mit dem ausgerüstet, was er auf der elenden Volksschule seines Heimatorts Wedel in Holstein gelernt hatte, bildete er sich selbst weiter, trat schon sehr früh in die damals noch junge Arbeiterbewegung ein, wurde Delegierter zum Gothaer Einigungskongreß, mußte dann die Tücken des Sozialistengesetzes erfahren, das ihn aus dem Hamburger Gebiet vertrieb, und begann 1891, nach einem kürzern Aufenthalt in Amerika, eine redaktionelle Tätigkeit im Hamburger Echo. 1904 wurde er in den Parteivorstand gewählt. Von 1890 bis 1924 war Molkenbuhr im Reichstag der von allen anerkannte und hochgeschätzte Führer und Berater vor allem in sämtlichen sozialpolitischen Fragen. Molkenbuhrs Name gehört auch in der Internationale zu den bekanntesten. Von 1899 an fehlte er kaum je auf einem ihrer Kongresse.

Literatur

Das Leben Errico Malatestas schildert Max Nettlau /Berlin, Verlag Der Syndikalist/. Es ist ein ziemlich umfangreiches Buch, das nach allen möglichen versteckten Quellen in Zeitschriften, Zeitungen, Büchern und eigenen Unterhaltungen mit Malatesta und anderen Anarchisten die Geschichte oder Abrisse aus der Geschichte des italienischen Anarchismus der letzten 50 Jahre gibt. Malatesta, 1853 geboren und noch lebend, war bekanntlich ein Schüler Bakunins. Er führte ein äußerst unruhiges Dasein, meist im erzwungenen Exil. Seine literarischen Arbeiten sind in italienischen, spanischen und französischen Zeitungen zerstreut. Nettlau regte ihn an seine Lebenserinnerungen selbst zu schreiben und hofft, daß dies noch geschehen

wird. Sie würden einen Schatz vergessener interessanter Tatsachen aus der Freiheitsbewegung Europas und Amerikas für die Geschichte aufbewahren. $\diamond$ Einen Auszug aus den Lebenserinnerungen *Wjera Figners* stellt das 10. Bändchen der Malikbücherei /Berlin, Malikverlag/, betitelt Das Attentat auf den Zaren Alexander II, dar. In glutvoller Lebendigkeit steigen in diesen Erinnerungen die heroischen Szenen der sogenannten Nihilistenzeit herauf, die mit das Gewaltigste an Selbstaufopferung, revolutionärer Energie und leidenschaftlichem Überzeugungsmut, freilich auch an abscheulichem Bruderverrat, in sich bargen, was wir in der Menschengeschichte kennen. Sich selbst erwähnt die Verfasserin, die 20 Jahre lang in den Kerkern der Schlüsselburg geschmachtet hat, kaum je. Das ist diesen selbstvergessenen Kämpfern und Kämpferinnen natürlich. Fast wie ein anderes Geschlecht muten sie uns deutsche Sozialdemokraten an. Sie waren die ersten großen Wegbahner einer neuen Zeit. Sie opferten sich für die Freiheit Rußlands, für die Freiheit des Menschengeschlechts. Fast alle endeten auf dem Schaffot, in Sibirien, in Wahnsinn und Verzwweiflung. Diese wirklichen Revolutionäre waren weltweit verschieden von den Bolschewisten, die die Nutznießer ihrer Taten wurden und in der Unterdrückung der Revolution die zaristischen Methoden weit übertreffen. $\diamond$ In dem Strom kommunistischer Literatur erscheint nur wenig Nennenswertes; das meiste stellt Wiederholungen der bekannten kommunistischen Propagandalitaneien dar. Das über 300 Seiten starke Buch *Die Sozialdemokratischen Parteien* /Hamburg, Carl Hoym/ bildet eine Ausnahme, da es eine ganze Reihe tatsächlicher Angaben über Geschichte, Größe, Zusammensetzung (Spaltung in Einzelfraktionen usw.) und Programme der sozialistischen Parteien Europas und Amerikas bringt. Sind diese Angaben auch nur knapp und natürlich in kommunistischem Sinn schwarz und weiß schattiert, so gibt das Ganze doch einen interessanten Überblick. Immer wieder überrascht die verschwindend geringe Entwicklung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Die Erklärung liegt in der oft festgestellten wirtschaftlichen Eigenheit Amerikas, der fluktuierenden Bevölkerung, vor allem dem dort noch von jedem einzelnen Arbeiter erhofften persönlichen Aufstieg in höhere soziale Sphären. Das Buch soll nur ein erster Versuch eingehender Einzelstudien über die Parteien sein; weitere sollen in nächster Zeit folgen.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

Landwirtschaftliche Genossenschaften - Die alljährlichen Tagungen der großen deutschen Genossenschaftsverbände ver-

dienen im Hinblick auf das schwere Depressionsjahr 1925 und die trotz Anzeichen leichter Besserung ohne Zweifel schwere Zukunft der deutschen Volkswirtschaft ein besonderes Interesse. Dies gilt vor allem von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren Geschick mit der seit der Stabilisierung allgemein ersten Lage der deutschen Landwirtschaft untrennbar verbunden ist und andererseits einen Rückschluß auf die durchschnittliche Lage der einzelnen Landwirte zuläßt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit sollte die Öffentlichkeit die Ergebnisse der Tagung der *Raiffeisengenossenschaften* zu Hamburg, vom 21. bis zum 24. Juni, verfolgen. In Hinblick auf die Sanierungsaktion der Deutschen Raiffeisenbank wird der 23. Juni 1926 als »der bedeutungsvollste Tag in der geschichtlichen Entwicklung der Deutschen Raiffeisenbank« gefeiert. Zur Sanierung der Bank hat die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ihren beim drohenden Zusammenbruch der Bank, an deren Existenz sie selbst ein großes materielles Interesse hat, zunächst auf 20 Millionen bemessenen Kredit in einen Überbrückungskredit in Höhe von 40 Millionen umgewandelt. Die Bedingungen sind für die Raiffeisenbank günstig. Der Kredit läuft unkündbar bis Ende 1938. Der Zinsfuß ist veränderlich und soll stets verhältnismäßig niedrig sein. Feste Tilgungsraten sind nicht gefordert. Die Tilgung soll nach Maßgabe der jährlichen Überschüsse der Bank geleistet werden. Unmittelbar ist also die Rettung der Bank der Preußenkasse zu verdanken, nicht der eigenen Kraft des Raiffeisentums. Ob die Preußenkasse besondere Absichten mit dieser Großtat eines Kredits in 1½facher Höhe des Aktienkapitals der zu sanierenden Bank verfolgt, ist nicht ersichtlich. Aber natürlich verlangt die Preußenkasse Sicherheiten, und zwar Bürgschaften der einzelnen Raiffeisenvereine in insgesamt der vollen Höhe des 40 Millionen-Kredits. Bis zum 23. Juni hatte die überwiegende Mehrheit der Vereine bereits 33½ Millionen Mark Bürgschaft übernommen. Die zögernde Minderheit scheint noch gewonnen zu werden. In dieser Bürgschaftsleistung erblickt das Raiffeisentum die »Hamburger Genossenschaftstat«. Eine so hohe Bürgschaft bauerlicher Vereine ist zweifellos ein Zeichen genossen-

schaftlichen Geistes und genossenschaftlicher Kraft. Immerhin darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Raiffeisenvereine materiell vorläufig überhaupt nicht in Anspruch genommen werden und natürlich auch für die Zukunft das nämliche hoffen. Ob es der Bank gelingen wird den großen Kredit ohne Inanspruchnahme der Bürgschaften in den nächsten 12 Jahren zu tilgen, ist nicht ganz unzweifelhaft. Zur Feststellung der Verantwortlichkeit der falschen Kreditgebarung der Bank, die zu der schweren Krise geführt hat, wurde auf Beschluß der Generalversammlung, auf der mit 145 116 Stimmen 14 591 630 Mark Aktienkapital vertreten waren, eine Untersuchungskommission eingesetzt. Wichtiger ist der andere Beschluß, der dem Vorstand des Generalverbands der deutschen Raiffeisengenossenschaften, also der Gesamtheit der Verbandsdirektoren, weitgehende Kontrollbefugnisse über die laufende Geschäftsführung der Bank einräumt. Neben, ja über dem Aufsichtsrat soll diese Kontrollinstanz den Bankvorstand überwachen dürfen, daß die Bank keinerlei Spekulationsgeschäfte betreibt und vor allem nur an Mitglieder des Generalverbandes Kredite gewährt. Bei vielleicht geringer Aktualität verdienen die übrigen Verhandlungen der Raiffeisentagung nicht minderes Interesse. Der 44. Generalverbandstag der deutschen Raiffeisengenossenschaften befaßte sich naturgemäß mit der Notlage der deutschen Landwirtschaft und den erfolgversprechenden Maßnahmen genossenschaftlicher Selbsthilfe. Die Organisation ist im Geschäftsjahr 1925 um 119 Genossenschaften gewachsen. 6104 Raiffeisenvereine war der Bestand am 31. Dezember 1925. Besonders erfolgreich waren wenigstens der Tendenz nach im vergangenen Jahr die Molkereigenossenschaften des Verbandes. Von den Prinzipien, die sie verfolgen, verspricht man sich auch sonst viel für die Bewegung: Zusammenschluß, Rationalisierung, Qualitätsware. Der ehemalige Reichsminister Hermes forderte daher auch in seiner großangelegten Rede Standardisierung und Technifizierung. In dieser letzten Hinsicht wurde die starke Zunahme der Elektrizitätsgenossenschaften mit Befriedigung festgestellt. Als besondere Aufgabe der nächsten Zukunft wurde herausgestellt: die Kredite der Golddiskontbank mit Hilfe des Generalverbands mehr als bisher den mittleren und kleineren Landwirten zugänglich zu machen. Die noch bestehenden kurzfristigen Kredite, die aus den laufenden Jahreserträgen nicht

gedeckt werden können, sollen nach Möglichkeit durch Heranziehung besonderer Realkreditgeber (öffentliche Sparkassen usw.) in langfristige Kredite umgewandelt werden. Dagegen sollen die Genossenschaften wieder freie Hand zur Gewährung kurzfristiger Betriebskredite bekommen. Die durch die Reichsbank ermöglichte Erntelombardierung wurde auf dem Generalverbandstag lebhaft begrüßt, und ihre Ausnutzung empfohlen. Die Genossenschafter können so flüssige Betriebsmittel erhalten, ohne die Ernte verschleudern zu müssen. Daß diese Gefahr sonst besteht, ist ohne Zweifel mit eine Folge des noch reichlich unorganisierten Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Der in seiner Begrüßungsrede namens des Zentralverbands deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann vorgetragene Hinweis auf diese Aufgabe verdient daher erneute Beachtung. Kaufmann betonte die Schwierigkeiten, die der Erfüllung dieser Aufgabe entgegenstehen. Aber es verspricht großen Erfolg für beide Parteien, wenn es gelingt die genossenschaftlichen Organisationen der Erzeuger und der Verbraucher zu planmäßigem Hand in Hand Arbeiten zusammenzubringen, wie es anderswo schon mit Vorteil geschehen ist. Der Geschäftsberichterstatter klagte über die hohe Doppelbesteuerung des Umsatzes (bei den Genossenschaften und noch einmal bei den einzelnen Genossen). Auch wurde mehrfach ein erhöhter Zollschatz für die Landwirtschaft gefordert. Aus den Gesellschaftsversammlungen der übrigen Raiffeiseninstitute sei unter anderem der im Jahr 1925 gegen die Vorjahre stark gehobene Umsatz der Gesellschaft mit beschränkter Haftung W. Bierschenk in Hamburg, die die genossenschaftlichen Zentralwarenanstalten des Raiffeisentums mit ausländischen Futtermitteln beliefert, hervorgehoben, ferner die grundsätzliche Billigung der Getreidehandelsgesellschaft durch die Wirtschaftskonferenz des Wirtschaftsverbands der Raiffeisenschen Warenanstalten in Berlin. Bemerkenswert ist auch, daß die Aktiengesellschaft Raiffeisen Lebensversicherungsbank im Jahr 1925 ihren Bestand nahezu verdoppelt hat; ihre Prämieneinlagen sind um mehr als das Doppelte gestiegen, die Prämienréserven und Prämienüberträge haben sich sogar vervierfacht. Der Jahresüberschuß beträgt 127 460 Mark, die ganz den Versicherten zugute kommen. Finanziell gesehen schnitt dagegen die Sachversicherungsgesellschaft des Raiffeisentums, die Raiffeisen Allgemeine Versicherungsgesell-

schaft, weniger günstig ab. Sie mußte im Jahr 1925 für zahlreiche und große Brandschäden aufkommen. Sie hat immerhin noch mit einem kleinen Gewinn abgeschlossen und auf jeden Fall ihren Zweck erfüllt. Die an Stelle der alten Pensionskasse, die in der Inflationszeit eingegangen war, gegründete Neue Pensionskasse Raiffeisen von 1924 hatte am 31. Dezember 1925 insgesamt 778 Mitglieder, darunter 68 weibliche. Der aus Zinsen, Eintrittsgeldern und Beiträgen gebildete Überschuß betrug 611 472 Mark. Die Gelder werden mündelsicher angelegt. Mit einem Vermögen von mehr als 2 Millionen Mark verfolgt diese genossenschaftliche Wohlfahrtseinrichtung das Ziel den Raiffeisenbeamten einen sorgenlosen Lebensabend zu sichern und ihre Hinterbliebenen zu versorgen. Die Kasse nimmt seit der Neugründung einen starken Aufschwung und versucht jetzt die alten Anwartschaften der bei der alten Pensionskasse Versicherten wieder voll aufleben zu lassen. Ein Beweis echt genossenschaftlicher Gesinnung.

Richtet man den Blick nicht ausschließlich auf die Vorgänge bei der Raiffeisenbank, so muß man aus dem Verlauf der Hamburger Raiffeisentagung den Eindruck gewinnen, daß das deutsche Raiffeisentum auf dem Weg ist nach Kräften zur Überwindung der Notlage der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Landwirte, beizutragen, soweit diese Krise eben beim Anhalten der ungünstigen Konjunktur auf dem Weltmarkt durch tatkräftige und zielbewußte innere wirtschaftliche Reformen gemildert werden kann.

Das selbe gilt, ja in höherem Grad, auch vom *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften*. Denn einmal stehen hinter ihm heute 26 013 Genossenschaften, zum andern ist er von einer so gefährlichen Krise wie das Raiffeisentum in seiner Zentralbank verschont geblieben. Der Reichsverband veranstaltete seinen 39. Genossenschaftstag am 15. und 16. Juni zu Rostock. Aus dem dort gegebenen Geschäftsbericht für 1925 geht hervor, daß der Jahresumsatz der genossenschaftlichen Zentralkassen, in Höhe von 27,8 Milliarden Mark, eine ganz gewaltige Steigerung gegenüber den 17,2 Milliarden von 1924 aufweist; die Jahresumsatzmengen der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften des Verbandes umfassen 111 Millionen Zentner, gegen 91 im Vorjahr. Im übrigen behandelte dieser Genossenschaftstag naturgemäß die gleichen allgemeinen Fragen wie eine Woche später die Raiffeisen-

tagung, besonders die Fragen des Personal- und Realkredits, die Erntelombarbierung und die Rationalisierung. Unter dem Gesichtswinkel der Produktivität der Volkswirtschaft interessierten am meisten die Berichte und Verhandlungen über landwirtschaftliche Genossenschaften als Träger landwirtschaftlichen Fortschritts und Verwertung von Molkereierzeugnissen durch Molkereizentralgenossenschaften. Es wurde auf der Tagung eine Reihe von Resolutionen angenommen. Eine verlangt angemessene Vertretung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im endgültigen Reichswirtschaftsrat, eine andere fordert mehr Verständnis für und Rücksichtnahme auf die ländlichen Genossenschaften bei Gesetzgebung und Verwaltung. Am bemerkenswertesten ist die erste Resolution, die unter andern die wichtige programmatische Feststellung enthält: Der Reichsverband »erklärt sich seinerseits bereit die Bestrebungen für eine in der heutigen Zeit so notwendige Vereinheitlichung« des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens »zu unterstützen«.

Konsumgenossenschaften

Von großer Bedeutung für die deutsche Genossenschaftsbewegung ist natürlich der vom 14. bis zum 16. Juni in München abgehaltene 23. ordentliche Genossenschaftstag des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine*. Diese Zentrale des modernen deutschen Konsumgenossenschaftswesens verkörpert in sich den praktischen sozialistischen Geist, ist untrennbar mit der Geschichte des aufbauenden Sozialismus verbunden; wie die Genossenschaftsbewegung ja auch am Beginn der Parteikämpfe um den Revisionismus stand. Auf der Tagung dieses Jahres waren 1013 Delegierte (davon 816 stimmberechtigte) anwesend. Unter den ausländischen Gästen sah man zum erstenmal nach dem Krieg wieder Vertreter aus Frankreich und Belgien. Im Anschluß an diese Tagung fand am 17. Juni die Generalversammlung der *Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* statt. Auf die einzelnen Verhandlungspunkte dieser Münchener Tagung einzugehen erübrigt sich. Denn alles Wesentliche aus den Geschäftsberichten ist hier bereits von Heinrich Kaufmann in seinem Artikel Die deutschen Konsumgenossenschaften im Aufbau (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 299 und folgende) vorweggenommen und eingehend dargestellt worden. Der *Reichsverband deutscher Konsumvereine* hat nebst der zu dieser Konsum-

genossenschaftlichen Richtung gehörenden Großeinkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft deutscher Konsumvereine seinen Sitz von Düsseldorf wieder nach Köln verlegt, in die Gebäude des ehemaligen Proviantamts des 8. Armee korps. Alles in allem hat der Reichsverband jetzt doppelt so viel Raum zur Verfügung wie bisher in Düsseldorf. Er kommentiert diesen Fortschritt mit den Worten: »Es ist kein schlechtes Zeichen, wenn die Räume einer großen Bewegung immer wieder zu klein werden.«

Italien

Lage und Entwicklung der Genossenschaften unter der Herrschaft des Fascismus erscheinen von außen widerspruchsvoll und undurchsichtig; auf keinen Fall sind sie so eindeutig, wie sie die internationale Genossenschaftspresse und viele große Tageszeitungen hinstellen. An der Unterdrückung der alten und früher so erfolgreichen italienischen Konsumgenossenschaften ist nicht zu zweifeln. Es erübrigt sich ihre Leiden hier noch einmal zu schildern. Im Organ des Internationalen Genossenschaftsbundes wird darüber regelmäßig berichtet. Bekannt ist, daß die Resolutionen, Appelle und Noten dieses Bundes an die Adresse der fascistischen Gewalthaber in Italien vergeblich geblieben sind. Andererseits meldete die Presse, daß der italienische Minister rat am 18. Mai dieses Jahres bei der Herausgabe der Anwendungsbestimmungen für die Genossenschaftsgesetzgebung das Ende des liberalen Staates und den »Beginn des genossenschaftlich geordneten Fascistenstaats« angekündigt hat. Auch sonst sickern ab und zu Nachrichten durch, die darauf schließen lassen, daß in der italienischen Genossenschaftsbewegung noch Leben pulsiert. Besonders bemerkenswert ist zum Beispiel eine genossenschaftliche Neugründung vor etwa einem halben Jahr in Rom, die für die gesamte Genossenschaftswelt, sachlich betrachtet, von Bedeutung und großem Interesse ist. Es handelt sich um die Banca nazionale di credito agricolo e di assicurazione, società anonima cooperativa, also um eine Verbindung von Kredit- und Lebensversicherungsinstitut auf ländlich genossenschaftlicher Grundlage.

Es klappt somit ein scheinbarer Widerspruch zwischen der Unterdrückung der alten Konsumgenossenschaftsbewegung und der zum Teil schöpferischen Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens. Er erklärt sich aus den Grundsätzen des Fascismus. Bei Befol-

gung seiner Ziele muß dieser allerdings alle Genossenschaften unterdrücken, die bewußt oder unbewußt parteisozialistische Tendenz haben. Die Mittel dieser Unterdrückung wird man nach den sonst in der Welt geltenden kulturellen Maßstäben aufs schärfste verurteilen müssen, das Ziel der fascistischen Politik kann der außenstehende Beobachter dagegen zunächst werturteillos hinnehmen. Nun entspricht es gerade dem Ziel des Fascismus die ländlichen Produktions- und Kreditgenossenschaften sowie zum Teil die städtisch-kleinbürgerlichen Genossenschaften und ausgesprochen fascistische Arbeiterproduktivgenossenschaften zu fördern. Es handelt sich um den Versuch unter Ausnutzung moderner Produktions- und Betriebstechnik einen berufsständisch organisierten Staat entstehen zu lassen. Soweit Genossenschaften dieser Absicht dienen können, werden sie unterstützt und sogar zielbewußt ins Leben gerufen. Dieser Zusammenhang ist auch genossenschaftstheoretisch von Bedeutung. Denn er bestätigt die Theorie, daß die Produzentengenossenschaften der herrschenden Gesellschaftsordnung gegenüber indifferent sind und also ganz entgegengesetzten Wirtschaftssystemen dienstbar gemacht werden können.

In einem ständisch organisierten Staat steht das Prinzip der Gebundenheit über dem der Freiheit. Selbstverwaltung der Stände wird zwar bewußt gefördert, aber nur bis zu der Grenze der übergeordneten Gesamtidée. Dem entspricht es folgerichtig, daß die italienischen Genossenschaften unter starker unmittelbarer Staatsaufsicht stehen und sich einen fascistischen Staatskommissar nicht anders als Gewerkschaften und Kommunen gefallen lassen müssen. Bei den zerschlagenen und verkümmerten noch bestehenden Konsumgenossenschaften kann man daher nahezu von einer staatlichen Verwaltung reden. Die gegenwärtige Lage des italienischen Genossenschaftswesens zeigt, formalrechtlich betrachtet, insofern eine gewisse Verwandtschaft mit der Verfassung der russischen Genossenschaften in den ersten Jahren nach dem bolschewistischen Staatsstreich, wie überhaupt Bolschewismus und Fascismus in formaler Hinsicht manche Ähnlichkeiten aufweisen. Ein solcher staatlicher Einfluß widerspricht dem herkömmlichen Genossenschaftsbegriff. Dennoch wird man gut tun die italienischen Genossenschaften, auch die ganz ausgesprochen fascistischen (und das sind ja heute in Italien die allermeisten) noch als Genossenschaften anzusprechen. Denn es handelt

sich um die selben sozialen Organisationen, die anderswo, wenn auch mit nicht unwesentlich anderer Verfassung, eben als Genossenschaften begriffen werden. Auch wer den Faschismus grundsätzlich ablehnt und bekämpft, darf die Tatsachen der genossenschaftlichen Wirklichkeit in Italien nicht mit wegwerfender Handbewegung als "selbstverständlich" völlig antigenossenschaftliche Erscheinungen erledigen. In Wahrheit gibt es in Italien noch ein Genossenschaftswesen, und es wird, gerade so wie in allen anderen Ländern, bewußt oder unbewußt, mit oder wider Willen, den Charakter der Volkswirtschaft beeinflussen.

Kurze Chronik Auf der *Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* in Breslau ist das Genossenschaftszelt besonders sehenswert. In ihm haben sich die beiden großen Spitzenverbände des deutschen Genossenschaftswesens, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, mit ihren schlesischen Unterverbänden zu einer gemeinsamen Ausstellung zusammengefunden. $\diamond$ Die *Hamburger Produktion* hatte im Geschäftsjahr 1925 einen Gesamtumsatz von 43,6 Millionen Mark (35,4 im Vorjahr). Davon entfielen auf 150 allgemeine Verkaufsstellen 19,2, auf 69 Schlächterläden 11,7, auf 58 Brotläden 4,9, auf 3 Kaufhäuser 1,9, auf 2 Fleisch- und Feinkostläden 1,2 und auf 3 Möbelläden 0,8 Millionen Mark. Die Mitgliederzahl betrug 118 000. Die Geschäftsanteile beliefen sich auf 1,0, die Reserven auf 1,7 und die Spareinlagen auf 11,3 Millionen Mark. $\diamond$ Der *Baseler Allgemeine Konsumverein* erlebte bekanntlich im September 1925 seinen 60. Geburtstag. Kürzlich erschien nun der 60. Jahresbericht dieser mit gutem Grund weltberühmten Konsumgenossenschaft. Das allgemeine Waren-geschäft hatte danach im Jahr 1925 einen Umsatz in Höhe von 14,2 Millionen Franken (gegen 13,9 im Vorjahr); es folgt das Milch-geschäft mit 13,1 (13,1), das Schlächtereigeschäft mit 9,4 (8,6), das Bäckereigeschäft mit 4,1 (3,8), das Weingeschäft mit 3,0 (2,8), das Schuhwarengeschäft mit 2,9 (2,6), das Obst- und Gemüsegeschäft mit 2,4 (2,2), das Brennmaterialgeschäft mit 1,5 (1,3), das Haushaltsgütergeschäft mit 10,1 (0,9), das Biergeschäft mit 0,8 (0,6), das Manufakturwarengeschäft mit 0,6 (0,6) und das Mineralwassergeschäft mit 0,2 (0,2) Millionen Franken. Der Gesamtumsatz betrug also 53,3 Millionen. Basel

hat etwa 140 000 Einwohner im Stadtgebiet, 220 000 im ganzen Kanton. $\diamond$ In *China* hat 1924 eine moderne Genossenschaftsbewegung begonnen. Die 15 im Mai 1925 bestehenden ländlichen Kreditgenossenschaften gewähren ihren Genossen Kredit zu 12 %, gegenüber den Wucherzinsen von 80 bis 400 %, die bis dahin üblich waren. Für das Riesereich sind 15 moderne Genossenschaften verschwindend wenig, aber sie sind ein verheißungsvoller Anfang. $\diamond$ In *Indien* bestehen heute etwa 55 000 Genossenschaften aller Art; im Jahr 1920 waren es erst etwa 40 000. Besonderes Interesse verdienen die Genossenschaften zur Bekämpfung des Malariafiebers in Bengalen, die seit 1918 an Zahl und Kraft rasch zugenommen haben. $\diamond$ Zum *Gedächtnis der Rochdaler Pioniere* wird der ursprüngliche Laden der Pioniere in der Krötengasse zu Rochdale wiederhergestellt. Das Haus gehört dem Britischen Genossenschaftsverband.

Literatur

Eine bemerkenswerte Erscheinung in der Genossenschaftsliteratur ist die von Ernst Grünfeld herausgegebene Sammlung *Soziale Organisationen der Gegenwart* /Halberstadt, H. Meyer/. Von den 6 bisher veröffentlichten Bänden der Sammlung behandeln 5 genossenschaftswissenschaftliche Fragen. Im 1. Band, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, gibt Hans Müller eine vorzügliche Darstellung dieses wichtigen Zweigs der genossenschaftlichen Bewegung. Da der Verfasser als langjähriger ehemaliger Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes ein gut Teil eigener Geschichte schildert, hat diese Geschichtsschreibung den Vorzug großer Lebendigkeit. Der 2. Band bringt die ersten 4 Kapitel des Werkes von Sidney und Beatrice Webb, Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten, übersetzt von Jeannette Cassau; der 3. Band das 5. Kapitel des Werkes der Webbs in der Übersetzung von August Müller. Mit bekannter Meisterschaft geben die Webbs zugleich eine Darstellung aller wesentlichen Einzelheiten der Wirklichkeit und wohlabgewogene Urteile über Sinn und Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Auch das Problematische wird gründlich erörtert. Im 4. Band behandelt Alfred Oppenheimer das Thema Die Funktionäre des deutschen Genossenschaftswesens nach der historisch-statistischen und der soziologischen Seite hin. Die Aus-

führungen über den Anteil der Akademiker scheinen etwas zu wenig kritisch. Bekanntlich hindert nicht nur der Klassengegensatz die Akademiker ihrerseits an der Mitarbeit an der konsumgenossenschaftlichen Bewegung; sie finden vielfach verschlossene Türen, auch wenn sie sich rückhaltlos zur Verfügung stellen wollen. Der 5. Band ist noch nicht erschienen. Er wird von Willy Krebs bearbeitet und soll die Entwicklung der Genossenschaften in Zahlen behandeln. Im 6. Band Konsumgenossenschaften und Klassenkampf mit einem Vorwort von Ferdinand Tönnies, untersucht Reinhard Weber, der Bearbeiter dieser Rundschau, das Neutralitätsprinzip der konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung, bewußt oder unbewußt, zum Gesamtbereich des Klassenkampfes gehört. Vollkommene Neutralität gegenüber der geltenden Ordnung und den in ihr herrschenden Klassen ist den Konsumgenossenschaften daher auch beim besten Willen nicht möglich, dagegen liegt es durchaus in ihrem Interesse und in ihrem ökonomischen Wesen die konfessionelle, die parteipolitische und die gewerkschaftliche Neutralität so streng wie irgend möglich zu wahren. Ausführlich und verständnisvoll wurde der Inhalt des Buches von Max Quarc in der Kölner Sozialpolitischen Vierteljahresschrift und von Simon Katzenstein in der Bücherwarte besprochen. < Beachtung verdient auch die Schrift *Bruno Zschätzsch* 'Die Gemeinwirtschaft als gesellschaftliches Verfassungssystem' / Greiz, Verlag Die Gemeinwirtschaft/. Der Verfasser mißt den Genossenschaften entscheidende Bedeutung bei. Sein Begriff der familialen Genossenschaft dürfte sich als fruchtbar erweisen. Der Verfasser zeigt sich durchaus als selbständiger Denker. Leider ist seine Ausdrucksweise nicht überall gleichmäßig klar. < Ein vorzügliches Werk ist *Kiyoshi Ogata*s Buch *Die Genossenschaftsbewegung in Japan* /Berlin, R. L. Prager/. Vor allem gibt der Verfasser eine wohl nahezu lückenlose und gutgegliederte Darstellung des Materials. Der Europäer ist überrascht über die vielseitige Gestaltung des modernen japanischen Genossenschaftswesens, das zum Teil aus uralten Wurzeln hervorgewachsen ist. Interessant ist besonders auch das anscheinend einigermaßen geglückte Experiment das deutsche Genossenschaftsgesetz ziemlich unverändert auf eine so ganz anders geartete Kultur zu verpflanzen.

WISSENSCHAFT

Anthropogeographie / Max Hodaan

Rasse und Kultur

Die Beziehungen, die mutmaßlich zwischen Körperbau und seelischem Ausdruck bestehen, versucht an der Hand eines nicht allzu großen Materials aus Mittel- und Südeuropa *Ludwig Ferdinand Clauß* herauszuarbeiten (Rasse und Seele. eine Einführung in die Gegenwart /München, J. F. Lehmann.). Die Arbeit hat nach den Worten des Verfassers »nichts mit den herkömmlichen physiognomischen Lehren zu tun«. Vielmehr handle es sich darum den »Stil« einer rassischen Gruppe in dem gleichen Sinn zu erfassen, in dem wir uns um intuitive Erfassung der innern Bedingtheit der Gotik und des Barocks bemühen. »Keines Menschen leiblichen Rassenstil können wir voll bestimmen, solange wir diesen Menschen nicht im lebendigen Spiele seines Ausdrucks gesehen haben, denn erst die Gebärde und der Wechsel der Gebärde bringt Ausdrucksbahnen zur Geltung, die sonst verdeckt und unerkennbar sind.« In dieser Richtung bringt das Buch sehr wertvolles Bildmaterial. Eine fruchtbare Anregung liegt auch in dem Versuch die Beziehungen zwischen Landschaft und seelischem Gruppenausdruck klarzustellen. Ob die Ergebnisse, zu denen Clauß kommt, nicht noch der Revision bedürfen, bleibe dahingestellt. Hervorzuheben ist, daß er sich von den überheblichen Konstruktionen der Germanomanie freizuhalten bemüht, wie sie die politisch-anthropologische Schule und ihre Nachfolger lieben. Clauß betont, es läge ihm fern vom Standpunkt einer bestimmten rassischen Bedingtheit aus andere rassische Bedingtheiten werten zu wollen und damit diese Kultur »zur Normalkultur und zum überartlichen Wertmaßstab« zu erheben. Trotzdem hält er sich von Bemerkungen nicht frei, die politisch in einer sehr peinlichen Weise benutzt werden können, ohne daß dafür wissenschaftliche Rechtfertigung gegeben ist. So, wenn ihm »der Marsch ins Feld ein freudiger Aufbruch« ist, den die »ostischen« Elemente der deutschen Bevölkerung nicht mitfühlen können: »Der ostische Mensch ist der geborene Pazifist.« Ergo: Wir müssen versuchen »durch nordische Gattenwahl und also durch Ausleserichtung auf das Nordische zu das ostische Blut aus dem Körper unseres Volkes zu verdrängen«. Bei aller Anerkennung der wertvollen Anregungen des Buches, die für die Charakterforschung wichtig werden können, muß auf diese Konsequenzen hingewiesen

werden, da sich die Arbeit des Kreises der Forscher, die sich um die von Walter Scheidt und Böttries Freiherr von Münchhausen herausgegebene neue Zeitschrift *Volk und Rasse* (München, J. F. Lehmann) gruppieren, keineswegs in so vorsichtig abgesteckten Bahnen bewegt wie das, was Clausz zu sagen hat. Das 1. Heft bringt eine kleine Persiflage der achtundvierziger Revolution unter dem Titel *Der richtige Berliner Anno 48*. Die Königstreue dieses "richtigen" Berliners als »Beitrag zur deutschen Volkskunde« verbindet sich recht hörbar mit dem Hinweis, den Heinrich Heine unvergänglich als Ausdruck der deutschen Spießbürgerseele formulierte: »Ausländer, Fremde sind es zumeist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion ...«.

Die Forderung der Reinhaltung des "nordischen Typus" als bevölkerungspolitisches Axiom erscheint übrigens in einem ganz sonderbaren Licht, wenn wir erfahren, daß dieser nordische Typus selbst das Produkt einer Rassemischung ist. Wenn sich die zweifellos sehr fleißigen und scharfsinnigen Überlegungen des Privatdozenten an der Prager Deutschen Universität *Fritz Paudler* (Die hellfarbigen Rassen und ihre Sprachstämme, Kulturen und Urheimaten /Heidelberg, Carl Winter/) als richtig erweisen, müssen wir in Zukunft zwischen 3 hellfarbigen Rassebestandteilen unterscheiden, die für die vorgeschichtliche Besiedelung Nordeuropas in Frage kommen. Wilser war der Meinung, die »germanische« Rasse habe sich aus der vorgeschichtlichen Cro-Magnon-Rasse entwickelt. Paudler glaubt nun nachweisen zu können, daß dies nicht richtig ist. Vielmehr existiere die Cro-Magnon-Rasse heute noch in reiner Form weiter (Langschädel mit Breitgesicht); also könne die nordische Rasse nicht ihre Nachfolgerin sein sondern müsse als Mischprodukt aus Bestandteilen der Cro-Magnon-Rasse und einer andern hellhäutigen Gruppe aufgefaßt werden. Die Cro-Magnon-Rasse spricht Paudler als »vorgermanische« Rasse an, mit der sich die Träger des indogermanischen Sprachstamms bei der »Indogermanisierung Europas« vermischt hätten. Es scheinen sich so Beziehungen zwischen diesen hellhäutigen Menschen indogermanischer Sprache und der bandkeramischen Kulturstufe einerseits, der Cro-Magnon-Rasse und der Megalithkultur andererseits zu ergeben. Die Heimat jener Träger der indogermanischen Sprachen setzt Paudler in den Nordwesten des Schwarzen Meers, ihr isoliertes Wirken fiele also ins Neolithikum

Osteuropas. Die Wanderung nach dem Westen und damit jene Mischungsvorgänge, die Voraussetzung für die Entstehung der »germanischen Kultur« geworden sein sollen, datiert Paudler auf die Mitte der Bronzezeit, also Mitte des 2. Jahrtausends vor Christus. Neben diesen beiden hellhäutigen Gruppen kennzeichnet er noch eine 3. als »finnische Rasse«, deren sprachliche Beziehungen, wie bekannt, auf Zusammenhang mit den uralischen Völkern im Osten deuten, die aber rassisch ebenfalls als Mischprodukt aufzufassen sei. Es wird sich erweisen, was sich vor der endgültigen Kritik der prähistorischen Anthropologie und der Sprachwissenschaft von diesen zweifellos bemerkenswerten Arbeitshypothesen halten läßt.

Was an all den aufgeworfenen Problemen von aktuellem Interesse ist, bleibt einmal die Fragestellung der Ausdrucks-kunde: Was kann man mit der Clausz'schen Methode charakterologisch feststellen? Und weiter: Welche Bedeutung hat die Rassenmischung für die kulturelle Entwicklung der Menschheit?

Zur ersten Frage liegt ein durchaus künstlerisch gesehenes, aber auch dem Anthropologen bedeutungsvolles Material in der hervorragenden Sammlung von *Aktphotographien* vor, die Peter Landow unter dem Titel *Das Weib als 1. Band der Sammlung Natur und Kultur* /Berlin, Buchverlag der Gesellschaft zur Verbreitung klassischer Kunst/ herausgegeben hat.

Für die andere Frage ist auf die Neuaufgabe des verdienstvollen Werkes *Ignaz Zollschan* Das Rassenproblem /Wien, Wilhelm Braumüller/ zu verweisen. Wenn auch bei Zollschan das Problem des Judentums im Mittelpunkt der anthropologischen und kulturwissenschaftlichen Betrachtung steht, so greift sein Buch in seinen allgemeinen Erörterungen doch weit über dieses Spezialproblem hinaus. Dabei erscheint es wichtig, daß der Verfasser in gewisser Weise mit den nordischen Rassenforschern übereinstimmt: »Die Geschichte hat manche Beispiele für die Unmöglichkeit bei erfolgreicher Kreuzung verschiedener rassenfremder Nationalitäten zu einem lebendigen kulturtüchtigen Staat zu gelangen, mochte auch jede von diesen Nationalitäten für sich selbst eine hohe Befähigung besessen haben. Und damit kommen wir auf den richtigen Kern aller Rassentheorie. Das Buch Chamberlains *Die Grundlagen* des 19. Jahrhunderts wurde mit einer Vehemenz bekämpft wie nur wenig andere Werke, und zwar in der Mehrzahl der

Fälle mit gutem Grund. Der Angelpunkt, der Kern seines Systems aber, nämlich der Hinweis auf die veredelnden Wirkungen der Rassenreinheit und auf die verheerenden Wirkungen des Rassenchaos, ist unzweifelhaft gut.« Man darf natürlich, und darin liegt ja die Gefahr, auf die bei der Besprechung der Claußschen Untersuchungen hingewiesen wurde, den Begriff der Rassenreinheit in einem Milieu wie Deutschland nicht zu eng fassen, denn in dem für uns geltenden Sinn (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 333) gibt es in diesem Gebiet eben keine "reinen" Rassen mehr, sondern nur mehr oder weniger ausgeprägte Merkmale der einen oder anderen früher gesondert existierenden Rassenbestandteile. Und gegenüber allen "Rassenpolitikern" sei darauf hingewiesen, daß gerade jene Art, die ihnen als Adel, also ausgeprägteste Form der nordischen Rasse erscheint, daß jene hochgewachsenen, blonden, blauäugigen Typen keineswegs an der Spitze oder auch nur in den vorderen Reihen der Menschen marschieren, die kulturschöpferisch für Deutschland bedeutungsvoll geworden sind.

Auf die Spezialuntersuchungen des Zollschanischen Werkes soll hier nicht eingegangen werden. Es sei erwähnt, daß ungemein interessantes Material für die Beurteilung der kulturellen Bedeutung des Judentums besonders in religionsgeschichtlicher Beziehung geboten wird, und daß der Statistiker reiche Zahlenreihen zur Frage der jüdischen Wanderungen finden wird.

Vergessene Länder

Die älteste geschichtlich beglaubigte Kunde einer menschlichen Kultur haftet an den Gegenden, die das Mittelmeerbecken umgeben, an jener sonnenüberstrahlten Landschaft, in deren Menschen- und Pflanzenwelt uns das ungemein lebensvolle und wundervoll ausgestattete Werk des Schweizer Botanikers *Martin Rikli* Von den Pyrenäen zum Nil /Bern, Ernst Bircher/ hineinführt. Wenn auch dem Studium des so charakteristischen Pflanzenbildes der Randländer des blauen Meeres das Hauptinteresse des Verfassers und seiner Mitarbeiter gehörte, so finden wir doch auf den meisten Seiten des Buches Hinweise auf die sich aufdrängenden Zeugen der Vergangenheit. Der Bearbeiter dieser Rundschau hatte im vorigen Jahr selbst Gelegenheit auf den Trümmern von Karthago zu weilen. Die Gedanken schweiften an solchen Stätten zwangsläufig in die Vergangenheit, und manchmal ist man in Gefahr,

trotz aller Farbenpracht südlicher Tage, trotz allem flimmernden Zauber südlicher Nächte, ein wenig melancholisch zu werden, wenn man die Dokumente des Auf- und Absteigens der Kulturen durch die Jahrtausende hin in solch greifbarer Nähe vor sich hat und vor ein paar Stein- oder Sandhügeln mit trostlosen Grassteppen steht, aus denen hier und da ein Fundament, eine Mauer, allenfalls eine Säule alter Zeit aufragt. Und doch zwingt es den Forscher auch an den ödesten Stellen dem Woher und Wohin der Überreste nachzuspüren, um, vielleicht mit bewundernswertem Scharfsinn, aus wenigen Bruchstücken den Zusammenhang früherer Zeit und ihrer weltbewegenden Schicksale der denkenden Mitwelt wieder lebendig zu machen.

Auf diese Weise ist es in den letzten Jahren, insbesondere als Frucht der Arbeit des Erlanger Archäologen *Adolf Schulten*, gelungen ein Rätsel seiner Lösung näher zu bringen, das schon seit 2000 Jahren die Phantasie und die gedankliche Kraft der Kulturhistoriker und Geographen beschäftigt hatte. Bei Platon finden wir in zweien seiner Dialoge, im *Timaos* und im *Kritias*, die Kunde von einer Insel jenseits der Säulen des Herkules, auf der ein metallreiches Volk in erstaunlichem Wohlstand gelebt habe: das Volk von Atlantis. Die Kunde von diesem Volk taucht in der Literatur des Altertums vielfach auf, nur der Name jener Gegend wechselt. Es scheint nun so gut wie sichergestellt, daß nicht nur die Namen Atlantis und Tartessos, oder wie die Bibel sagt Tarschisch, identisch sind, sondern daß in der Stätte, an der Schulten seine Nachforschungen angestellt hat, im Mündungsgebiet des Guadalquivir, die Stelle des alten Tartessos und damit die der ältesten der bedeutenden Handelszentren auf dem europäischen Kontinent gefunden ist. Ein Zentrum, das an Alter und Kulturhöhe mit Ägypten wetteifern durfte.

Der bekannte Altertumsforscher *Richard Hennig* hat in einem ungemein anregenden und mit reichem Quellenmaterial versehenen Band Von rätselhaften Ländern /München, Delphinverlag/ das bisher vorliegende Ergebnis der Atlantisforschung zusammengefaßt. Danach erscheint es nunmehr verständlich, weshalb die Kunde von dieser reichen Metropole schon zu Platons Zeiten so verschwommen wurde, daß man sie für reine Fabel hielt. Das anscheinend selbständige Kulturzentrum, das eine eigene, noch nicht entzifferte Schrift hervorgebracht hat, wurde um 800 vor Christus ein Raub

der Phönizier, deren geopolitischer Expansionstrieb es ihnen nahelegte die Stelle an den Küsten vor der Gibraltargegen zu besitzen, die für das Metallmonopol der damaligen Kulturwelt entscheidend gewesen zu sein scheint. Überdies ging über Tartessos auch ein Teil des alten Bernsteinhandels, dessen Fundland im Altertum nicht die Samlandküste sondern die Elbmündung war, die Mündung des ebenfalls lange gesuchten Flusses Eridanus. Hennig macht durchaus wahrscheinlich, daß wir in der Elbe das geographische Äquivalent jenes antiken Begriffs haben. Als die Assyrer Tyros, das Stammland der Phönizier, unterwarfen, wurde Tartessos frei. Dunkle Kunde davon überliefert die Bibel im Buch Jesaja. Luther hat das dort gebrauchte Tarschisch irrigerweise mit »aufs Meer bezüglich« übersetzt. Richtig verstanden heißt die Stelle: »Überströme dein Land gleich dem Nil, du Volk von Tarschisch, es beengt dich keine Fessel mehr.« Die häufige Erwähnung der Tarschischschiffe in der Bibel spricht für die Bedeutung der Tartessosflotte im Mittelmeer und Atlantischen Ozean. In der Folgezeit, 660 vor Christus, gelangte ein Grieche persönlich nach Tartessos. Gegen 530 wurde die Stadt von den Karthagern zerstört. Und von 509 ab erlischt die genaue Kunde alles dessen, was jenseits der Säulen des Herkules geschah, denn 509 wurde die Gibraltargegen für alle nichtkarthagischen Seefahrer durch den ersten römisch-karthagischen Schiffsfahrtsvertrag gesperrt. Tartessos blieb für die Griechen eine verlorene, sagenhafte Welt, Atlantis war "versunken". Die Forschungen des Archäologen und Historikers werden durch geologische Untersuchungen an der Guadalquivirmündung ergänzt und bestätigt, die der Tübinger Professor Otto Jessen 1922 vorgenommen hat, und über die in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1925 berichtet wird. Diese neue Kunde antiker Kultur vom Westrand der damals bekannten Erde läßt nun auch ein ganz neues Licht auf eine Frage der antiken Geographie fallen, die häufig der Anlaß zu phantastischen Mutmaßungen war. Hennig zeigt, insbesondere gestützt auf die Beschreibung der sonst den Mittelmeergriechen von Augenschein völlig unbekannten Erscheinung von Ebbe und Flut und die Erwähnung umfangreichen Werftbetriebs in der Homerischen Schilderung vom Phäakenland, daß nichts näher liegt als die Annahme einer geographischen Identität auch von Scheria mit Tartessos und Atlantis.

War Tartessos als Stadt im Vorland der metallreichen Sierra Morena und als Durchgangsstation für den britannischen Zinn- und den germanischen Bernsteinhandel eine im Westen der Alten Welt handelspolitisch ungemein wichtige Stelle, so hören wir im Osten bei allen Reichtum suchenden Nationen vom sagenhaften Goldland Ophir. Ophir scheint das Hinterland der afrikanischen Sofalaküste, also das Innere von Mozambique gewesen zu sein; und der berühmte, im 1. Buch der Könige und im 2. Buch der Chronik beschriebene gemeinsame Zug der Phönizier und Israeliten nach Ophir erweist sich unter wirtschaftsgeographischer Kritik, im Zusammenhang der damals gegebenen technischen Möglichkeiten, nach Hennig, als ein Kriegs- und Beutezug. Immerhin soll man die technischen Möglichkeiten früherer Zeitläufte gerade hinsichtlich der Seefahrt nicht zu gering einschätzen. Es liegen Quellen vor, aus denen sich ergibt, daß beispielsweise schon vor Christus zur Zeit der Handynastie einigermaßen regelmäßiger Seeverkehr zwischen Abessinien und China bestand, obschon noch bis zu Marco Polos Zeit die europäische Welt kaum eine Vorstellung davon hatte, daß man China anders als zu Land erreichen könne. Wenn wir weiter bedenken, daß jenes unbekannte "Land der Finsternis" Wüst, das arabische Schriften des Mittelalters vielfach als äußerste Grenze des arabischen Handelsbereichs erwähnen, im nordrussischen Dwinagebiet gesucht werden muß, daß man im Ostseegebiet massenhaft arabische Silbermünzen findet, daß also die Angaben Adams von Bremen im 11. Jahrhundert über die 14 Tage in Anspruch nehmende Segelverbindung zwischen Jumne ("Vineta", vor der Peenemündung) und Ostrogard (Nowgorod) historisch sind, daß von dem reichen Nowgorod Handelsverbindung nach Kiew und den Chalifenreichen ging, wenn man sich all diese Möglichkeiten früherer Kontinentdurchquerungen und Seebeziehungen vergegenwärtigt, so erscheinen auch jene merkwürdigen Erscheinungen nicht mehr so dunkel, die auf dem amerikanischen Kontinent das Interesse der Ethnologen bannen. Man braucht die autochthone Entwicklung der großen vorcolumbischen Kulturen Südamerikas und Mexicos nicht zu bestreiten, es bleibt eine Reihe von Ähnlichkeiten zwischen präcolumbischen Bräuchen und der Symbolik des christlichen Kulturkreises immerhin auffallend genug. Ebenso besteht eine Reihe ungeklärter ethnischer Beziehungen zwi-

schen der Westküste der Neuen Welt und der asiatischen Ländermasse. Es ist wahrscheinlich, daß sowohl von Osten wie auch von Westen her fremde Einflüsse auch *vor* Columbus auf Amerika gewirkt haben. Wenn auch die Entstehung der großen Kulturen der Azteken, der Maja und der Inka keineswegs geklärt ist, wenn auch manche der gigantischen Bauwerke, die wir heute als Zeugen jener zerstörten Welt bestaunen, schon in Trümmer lagen, als die Spanier die mittelamerikanischen Gebiete eroberten; so viel darf man annehmen, daß in prähistorischer Zeit, noch *vor* Übergang der betreffenden Menschengruppen zum Ackerbau, der amerikanische Kontinent von Osten her besiedelt worden ist. Aber auch in historischer Zeit haben Beziehungen zwischen Asien und Amerika und zwischen Europa und Amerika bestanden. Man hat in einem indianischen Grabhügel in Vancouver chinesische Münzen vorcolumbischer Zeit gefunden. Schiffbrüchige japanischer und chinesischer Barken werden und wurden mit lebenden und toten Mannschaften verhältnismäßig häufig über den Stillen Ozean getrieben. Von europäischer Seite aus dürften zuerst Basken und Gascogner nach Neufundland gelangt sein, wohl schon im 7. Jahrhundert; vom Ende des 8. Jahrhunderts bis ins 11. Jahrhundert bestand an der nordamerikanischen Ostküste eine ständige irisch christliche Kolonie (Hvitramannaland). Die Normannen unterhielten über Grönland ständige Handelsbeziehungen mit Vinland (wahrscheinlich Massachusetts). Man darf somit nach der Zusammenstellung, die Hennig in seinem Buch gibt, als leidlich gesicherte Besiedelungen Amerikas diese ansetzen: in prähistorischer Zeit von Ostasien her, durch Basken im 7. (?) Jahrhundert, durch Iren im 6. bis 8. Jahrhundert, 982 durch den Normannen Ari Marsson, 999 durch den Normannen Björn Asbrandson, 1000 durch den Normannen Leif Erikson, 1029 durch den Normannen Gudleif Gudlaugsson, zirka 1170 durch den Walliser Madoc, zirka 1285 durch die Normannen Adalbrand und Thorwald, zirka 1380 durch Fischer von den Farøern und den Venetianer Zeno, 1472 durch den Portugiesen Corte-real und den Dänen Scolvus. Als endgültig geklärt kann indessen trotz diesen einigermaßen sicheren Feststellungen, insbesondere im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte der großen präcolumbischen Kulturen, die Vorgeschichte Amerikas keineswegs gelten. Es bleibt hier viel für die Forschung zu tun.

Bevölkerungsprobleme

Das Statistische Amt der Stadt Berlin gibt ein Statistisches Taschenbuch der Stadt heraus (Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft). Aus dem wertvollen Material der 2. Ausgabe entnehmen wir, daß die Anzahl der Geburten in Alt Berlin, die von 1870 bis 1880 zwischen 34,8 (Krieg 1871) und 45,4 geschwankt hatte, während des Weltkriegs auf 10,7^{0.00} herunterging (schlechtestes Jahr 1917). Die Nachkriegsjahre zeigen Zahlen, die noch unter 1917 liegen; 1923 9,6, 1924 10,3. Dabei ist die Säuglingssterblichkeit, wie stets bei starkem Geburtenrückgang, gesunken. Sie betrug für Groß Berlin 1924 9,5 % der Lebendgeborenen, während die allgemeine Sterblichkeit 11,7^{0.00} der Gesamtbevölkerung von damals ausmachte. Das 1925 und 1926 festgestellte Anwachsen der Bevölkerung geht auf das Konto einer ziemlich ungehemmten Zuwanderung, die für die Wohnverhältnisse der Stadt die schwersten Bedenken mit sich bringt. Die Schwierigkeiten der Inflation in den städtischen Anstalten dürfen als überwunden gelten, wie die Zahlen der Säuglingssterblichkeit etwa im Waisenhaus zeigen: Von je 100 aufgenommenen Säuglingen starben 1913 12,9, 1922 13,8, 1923 9,3, 1924 7,6. Bevölkerungspolitisch wichtig ist die Geburtenstatistik des Jahresberichts der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin für 1925. Wir finden Leistungen für den Fall einer Geburt in 4764 Fällen verzeichnet, für den Fall einer Fehlgeburt in 5150 Fällen. Selbstverständlich liegt hier nicht degenerative Entwicklung der Gebärfähigkeit vor, sondern in den weitaus meisten Fällen gewollte Unterbrechung der Schwangerschaft, die unter dem Druck der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit keine noch so strenge Gesetzgebung hindern kann. Immerhin ist diesen Zahlen gegenüber die Frage des Schutzes der schwangeren Frauen mehr als dringend. Die Erhebungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben ergeben, daß in der deutschen Textilindustrie ständig ungefähr 90 000 schwangere Frauen beschäftigt sind. Diese Frauen haben während der Arbeit zum Teil Lasten bis zu 50 Pfund zu heben oder zu ziehen. Unter 1110 kontrollierten Entbindungen waren nur 309 mit normalem Verlauf. 72,16 % haben demnach nur mit teilweise schwersten Störungen das Kind zur Welt gebracht. Es ist bezeichnend, daß die Mammutausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen in Düsseldorf in der Gewerbehygienischen Abteilung nichts über den Schutz der Schwan-

geren bringt. (Diese Ausstellung fordert überhaupt zu scharfer Kritik heraus (siehe die Ausführungen des Bearbeiters dieser Rundschau in der Urania 1925-1926 Seite 352 und folgende).) Unter dem Druck der bevölkerungspolitischen Vorgänge sandte der preußische Minister für Volkswohlfahrt am 19. Februar dieses Jahres einen Runderlaß an die Regierungspräsidenten heraus, der sich für die Einrichtung von ärztlich geleiteten Eheberatungsstellen ausspricht. Charakteristisch ist, daß in diesem Runderlaß, fußend auf Verhandlungen im Landesgesundheitsrat, betont wird, daß diese Eheberatung keineswegs etwa zur Auskunfterteilung über empfangnisverhütende Mittel benutzt werden dürfe. Wer praktisch Eheberatung auszuüben hat, weiß aber, daß die Frage nach der Verhütung unerwünschten Kinderzuwachses bei der Bevölkerung die Frage ist, mit der sie in die Beratungssprechstunde kommt.

Wertvoll auf dem Gebiet der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind die von den preußischen Regierungsdienststellen neuerdings wieder in Umlauf gesetzten Merkblatthefte, die den Geschlechtskranken vom behandelnden Arzt zu seiner Aufklärung auszuhändigen sind. In diesem Zusammenhang soll eine sehr gute Zusammenstellung erwähnt werden, die als 3. Beiheft zum Reichsgesundheitsblatt herausgegeben wurde: Johannes Breger Die soziale Bedeutung der Geschlechtskrankheiten. Diese illustrativ aufgearbeitete Statistik internationaler Herkunft bietet ein ausgezeichnetes Material für Belehrung über die soziale Tragweite der venerischen Seuchen.

Kurze Chronik Das Berliner Museum für Völkerkunde ist nach völliger Neuorganisierung wieder eröffnet worden. Die Aufstellung darf fast durchgängig als gelungen bezeichnet werden. Insbesondere dürfte es kaum eine andere Sammlung geben, die an Großartigkeit der Abteilung an die Seite gestellt werden kann, die die Ergebnisse der deutschen Turfanexpeditionen nach Chinesisch Turkestan zeigt. $\diamond$ In Okmulcy (Oklahoma) wird ein Museum für indianische Altertümer eingerichtet. $\diamond$ Zwei völkerkundlich bemerkenswerte Filme liefen in Deutschland. Der eine, von dem in den Rundschau Bewegungskunst und Verkehr schon die Rede war, zeigt die Durchquerung Afrikas mit Tankautos (französische Citroën-expedition 1925) von Colomb-Béchar am Nordrand der algerischen Sahara über den Tschadsee nach Mozambique. Aus-

gezeichnete Tanzaufnahmen der zentralafrikanischen Eingeborenentämme vermitteln einen Begriff davon, welche überragende Rolle der Rhythmus im Leben dieser Menschen spielt. Leider sind die geradezu blöden Titel der deutschen Ausgabe des Films geeignet den Wert reichlich zu beeinträchtigen. Der andere Film (Auf Tierfang in Abessinien) führt mit der Expedition des Berliner Zoologischen Gartens ins Gebiet der Galla- und Somalistämme. Dieser Film ist eine wissenschaftlich wie filmtechnisch hervorragende Leistung. $\diamond$ Die Pariser Akademie der Wissenschaften hat den Cuvierpreis für Mineralogie und Geologie dem Wiener Geologieprofessor Leopold Kober für sein Werk Bau und Entstehung der Alpen zuerkannt. $\diamond$ Als Nachfolger Rudolf Martins wurde Theodor Mollison, bisher ordentlicher Professor an der Medizinischen Fakultät der Universität Breslau, auf den Lehrstuhl der Anthropologie der Universität München berufen.

Literatur

Durch ihre hervorragende Ausstattung zeichnet sich eine Arbeit aus, die die ältere Madeleinekultur in der ober-rheinischen Tiefebene bei Freiburg zum Gegenstand hat: August Padberg Das altsteinzeitliche Lößlager bei Munzingen /Augsburg, Benno Filser/. Es handelt sich um eine sorgfältige Sichtung der Lößfunde unter Heranziehung aller Vergleichsmöglichkeiten und Berücksichtigung der geologischen Unterlagen. Für die Rekonstruktion des paläolithischen Wirtschaftslebens ist die Arbeit von erheblicher Bedeutung. $\diamond$ Die Geschichte der Feuererzeugung schrieb Gustav Klemm (Vom Feuertier zur Ofenglut, 3. Band der Kulturkunde für Familien und Schulen /Dresden, C. Heinrich/). Das Bändchen, mit vielen Abbildungen versehen, eignet sich vor allem zum Unterricht in Schulen. Es fehlt die Darstellung der Jannetschen elektrischen Feuermaschine von 1791 (Oxford und Sammlung Götz in Berlin). $\diamond$ Einen guten Einblick in unsere Kenntnisse der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse germanischer Vorzeit vermittelt der 4. Band der Arbeit Walter Schulz' Vorzeit /Leipzig, Curt Kabitzsch/. Eine große Reihe von Abbildungen und Literaturangaben erleichtert das Verständnis. $\diamond$ Das Problem des künstlichen Menschen, des Homunculus, in seinen verschiedenen geschichtlichen Erscheinungsformen untersucht unterhaltsam Desiderius Papp in seinem Buch Der Maschinenmensch /Wien, Steinverlag/.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt**Weber**

Max Weber, der rastlos um Erhellung und begreifendes Verstehen geschichtlicher Zusammenhänge ringende Soziologe, der philosophische Geist, der die Grenzen zwischen wissenschaftlich Beweisbarem und persönlichem Werturteil aufs schärfste zu ziehen suchte und doch in dieser wertenden Stellungnahme und in dem durch sie bedingten Handeln die entscheidende Grundkraft des Menschen sah, tritt in der Biographie, die Marianne Weber jetzt, ein halbes Jahrzehnt nach seinem Tod, veröffentlicht (Tübingen, J. C. B. Mohr/ in lebendiger Anschaulichkeit hervor. Mit intimer Einfühlung, die aber nirgendwo einen Zug partieller Voreingenommenheit für den geliebten Mann verrät, ist das Bild gezeichnet. Eine Biographie, die, psychologisch seltsam fesselnd, zugleich vorzüglich geeignet erscheint in das Lebenswerk des Verstorbenen auch solche Leser einzuführen, denen es bisher fernlag. Um Max Weber gruppiert sich in dem Buch eine Reihe geistig bedeutender, bekannter, aber auch rein privat durch die Güte ihres Wesens erfreuender Menschen. So vornehmlich die ebenso lebensfrische wie selbstlose Mutter, die im Alter, nach dem Tod des Gatten, des Charlottenburger Stadtrats Weber, als die 6 Kinder aus dem Hause sind, ihre immer sorgende Liebe dem Dienst der Armen zuwandte und durch ihre Initiative auch in der städtischen Armenverwaltung zu mancherlei erheblichen Besserungen den Anstoß gab. Sie litt unter dem Eindruck, daß Max, ihr Ältester, dessen früh erwachender Verstand jede Frömmigkeit abzulehnen schien, sich vor ihr verschließe. Um so inniger gestaltete sich das Verhältnis später. Max Weber wendet sich auf der Universität juristischen Studien zu. Gelegentlicher Aufenthalt bei dem Straßburger Geschichtsprofessor Baumgarten, einem Verwandten mütterlicherseits, greift in die Entwicklung des Studenten entscheidend ein. Die Kritik, die der Gelehrte an dem Bismarckschen Regiment übt, verschärft des Jüngern Interesse für politische Fragen. Im Jahr 1892 kann er sich mit einer Arbeit über die Agrargeschichte der römischen Kaiserzeit an der Berliner Universität habilitieren. Um diese Zeit kommt Marianne Weber, seine Großnichte, nach Berlin, geleitet von dem Verlangen selbständig zu werden, etwas zu lernen, ihre Kräfte auszubilden. Sie wird dann später die Gattin Max Webers.

Mit außerordentlicher Anspannung wirft sich der junge Dozent, der 1894 einen Ruf als Professor der Nationalökonomie nach Freiburg und wenige Jahre später nach Heidelberg erhielt, auf die Bewältigung seiner weitreichenden Vorlesungspflichten. Doch ohne daß sich seine Kräfte darin absorbieren. Mit intensivem Interesse verfolgt er die politische Entwicklung. Daß er von dem nationalliberalen, alle Schwankungen des Bismarckschen Kommandos mitmachenden Standpunkt des Vaters, des Stadtrats, abbrückt und mit den sozialen Tendenzen, wie sie damals in bürgerlichen Formen durch die Kathedersozialisten und Friedrich Naumann vertreten wurden, Fühlung sucht; daß er sich andererseits gegen Übergriffe der staatlichen Bureaucratie auf das Gebiet der freien und vorurteilslosen Forschung energisch zur Wehr setzt, erscheint bei einem Mann von seiner Sinnesart und seinem Verantwortungsgefühl selbstverständlich. Doch seltsam berührt dabei die Zähigkeit, mit der er bei seinem schon damals formulierten und bis zum Tod festgehaltenen Programm bleibt: daß alle realistisch orientierte Politik ihr letztes und höchstes Ziel in der Erhaltung und Fortbildung des nationalen Machtstaats vorgeschrieben finde. Daß einem derartigen Machtstaat indessen doch nur Wert zugesprochen werden kann, wofern er zugleich als Mittel zur Erreichung anderer, vom bloßen nationalen Machttrieb unabhängigen Ziele gedacht wird; etwa als Vorbedingung und Weg zu einer besseren Ordnung des sozialen Lebens, hat er anscheinend nicht wahrhaben wollen. »Die Leidenschaft für den sozialen Machtstaat quillt bei ihm«, so äußert sich die Lebensgefährtin, »aus einem angeborenen, durch keine Reflexion antastbaren Instinkt.« Er hielt eine solche Stellungnahme mit den demokratisch-liberalen Tendenzen, die er verfißt, für innerlich vereinbar, hebt aber immer unumwunden mit schärfstem Nachdruck hervor, daß sie zu der Lehre Jesu und dem Evangelium in diametralem Gegensatz stehe. Und gewiß gehört die Entscheidungheit, mit der er das tat, bei der kompromißlerischen Unwahrhaftigkeit des offiziellen Staatschristentums, zu den hervorstechendsten und sympathischsten Wesenszügen seiner aufrechten Persönlichkeit. Ebenso hat er gewiß mit seiner Überzeugung recht, daß Werturteile, die in weitem Umfang den Individuen ihre Stellungnahme in Leben und Denken bestimmend vorschreiben, letztthin weit über das Gebiet des Intellekts hinausweisen, und daß der

einzelne mit seinem Verstand wohl prüfen kann und soll, ob er, was er in seinem Werturteil im Grunde meint, in der Formulierung auch klar und widerspruchsfrei zum Ausdruck bringt, doch vor dem Wahn sich hüten muß, als ließen sich grundsätzlich andere Gesichtspunkte des Wertens logisch-wissenschaftlich widerlegen. Indes, die Eigenwilligkeit, mit der Weber an jenem seinem Ideal des nationalen Machtstaats hängt, trübt seinen Blick in einem Maß, daß er, wie noch Äußerungen aus seinen letzten Lebensjahren bezeugen, den Pazifismus schlechthin für ein mit der realpolitischen Erfassung der Welt Dinge unvereinbares Programm hält. Er will da nur ein krasses Entweder-Oder gelten lassen: entweder den Grundsatz der Bergpredigt vom Hinhalten der Backe im persönlichen und öffentlichen Leben, also Verzicht auf jede Form der Gewalttätigkeit, oder aber Klarheit darüber, daß in einer Welt, die sich durch dieses Gesetz nicht gestalten läßt, der Krieg nur eine unter anderen Kampfformen, »vielleicht nicht die gemeinste ist«. Er fragt sich gar nicht, ob der Friedensgedanke (ebenso wie der des Sozialismus) nicht etwa aus weltlich dringenden Notwendigkeiten und Interessen der europäischen Gesellschaft fließe und eine Aufgabe bezeichne, ohne deren Lösung sie selbst dem Untergang entgegenreiben müßte. Doch freilich, aus dieser seiner prinzipiellen Verwerfung des Pazifismus ist selbstverständlich keineswegs der Schluß zu ziehen, daß er sich nicht heute, wenn er noch lebte, mit aller seiner Energie für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der immerhin doch auf dem Weg zum dauernden Völkerfrieden liegt, eingesetzt hätte. Leere nationalistische Posen und Drohungen, hinter denen keine Macht steht, sind seinem realistischen Sinn stets aufs äußerste verhaßt gewesen.

Die Arbeit des jungen Dozenten wandte sich bald politischen und sozialen Fragen zu. Großes Aufsehen machten seine im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik geleitete Enquete über die Lage der ostelbischen Ländarbeiter und vor allem die Schlußfolgerungen, die er in seinem Vortrag darüber zog. Im Namen einer wirklich nationalen Politik greift er die preussische Regierung aufs heftigste an. Statt darauf hinzuwirken, daß der Osten deutschen Arbeitern und Bauern und ihrem dem Polentum überlegenen Lebens- und Kulturstand erhalten werden, habe man, um dem Großgrundbesitz billige Arbeitskräfte zuzuführen, alle Tore dem

Zustrom polnischer Wanderarbeiter geöffnet und so zugunsten einer privilegierten Schicht das allgemeine Volks- und Staatsinteresse geschädigt. Zahlreiche Arbeitsziele und -pläne drängen sich in seinen Geist. Da aber, bald nach seiner Berufung nach Heidelberg im Jahr 1898 etwa, bricht schweres Verhängnis über den Schaffensfrohen herein. Die Nerven versagen plötzlich ihren Dienst. Er, der Meister des lebendig anregenden Wortes, fühlt sich plötzlich außerstande die vorgeschriebenen Vorträge zu leisten. Er bittet um Entlassung aus dem Dienst. Doch auch der langgestreckte Urlaub, durch den man ihn dem Amt zu erhalten sucht, stellt ihn nicht wieder her. Erst nach einem halben Jahrzehnt, das er zum großen Teil auf Reisen zubringt, kann er, wenn auch durch mannigfache Rückschläge immer wieder unterbrochen, eine schriftstellerische Produktion, sofern sie an keine bestimmten Termine geknüpft ist, von neuem aufnehmen. Um so bewunderungswürdiger ist die Leistung, die er seinem schwankenden Gesundheitszustand in der letzten Periode seines Lebens abringt.

Die Mehrzahl dieser seiner Arbeiten erschien in dem von Jaffé, Sombart und ihm begründeten Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. So die Abhandlung über die proletarische Ethik und den Geist des Kapitalismus, die, gewiß in mannigfacher Hinsicht von Marx' ökonomischer Geschichtsauffassung angeregt, in der Art ihrer kulturell-psychologischen Betrachtungsweise durchaus eigene Bahnen einschlägt. So die tief eindringenden Aufsätze über die Methoden der Soziologie und die Rolle, die hier der Herausschälung typischer Zuständlichkeiten zufällt, ferner die während der Kriegszeit veröffentlichten Untersuchungen über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Die als Beitrag zum Handwörterbuch der Staatswissenschaften entworfene und dort abgedruckte Abhandlung über die Agrarverhältnisse des Altertums eröffnet, auf die Verarbeitung eines ungeheuren Materials gestützt, ganz neue Perspektiven. In einem gewissen Gegensatz zu Marx betont er hier in erster Reihe die Einwirkung politikerkriegerischer Verhältnisse auf die gesellschaftliche Struktur. Die Studien für die beiden letztgenannten Werke, weiter fortgeführt, bilden dann zugleich die Grundlage, auf der er, nach Zusammenfassung strebend, sein großes Schlußwerk Wirtschaft und Gesellschaft schrieb, das, von ihm selber nicht mehr durchgesehen, nach seinem Tod in dem von Mohr verlegten

Grundriß der Nationalökonomik herauskam. Ein Vermächtnis, dessen Reichtum der Soziologie noch auf viele Jahre fruchtbarste Anregung geben wird.

Weder die Krankheit noch die ihr abgerungene wissenschaftliche Arbeit vermochten Weber zum Einsiedler zu machen und der Gegenwart zu entfremden. Ihm ist es Bedürfnis unmittelbar auf Menschen einzuwirken, sich mit ihnen auch im lebendigen Gespräch auseinanderzusetzen. Die Schilderung des Verkehrs im Heidelberger Haus, insbesondere auch mit der Jugend, die sich unter dem Einfluß der Schriften Freuds für allerhand Ideen sexueller Ungebundenheit begeistert, ist äußerst interessant. Aber auch die Schroffheit seines Auftretens, wenn ihm das Recht verletzt erscheint, wird nicht verschwiegen.

Seine Sorge um die Machtstellung Deutschlands spiegelt sich in den Briefen an politische Freunde und den vernichtenden Urteilen über Wilhelm II wider, der, wie er bald nach dessen Thronbesteigung schreibt, Politik vom »Standpunkt eines originellen Leutnants« treibe. In der Kriegszeit und den ersten Friedensjahren kulminiert seine politische Tätigkeit. Da sein Körper ihm ein Mitmarschieren unmöglich macht, übernimmt er zunächst die Organisation des Lazarettwesens in Heidelberg, später wendet er sich, zusammen mit Somary, in einer Denkschrift an die Parteiführer des Reichstags, hält Vorträge, schreibt für die Frankfurter Zeitung. Nach der Umwälzung beteiligt er sich eine Zeitlang am Heidelberger Arbeiter- und Soldatenrat und freut sich der Einsicht, die er dort findet, wirbt für die neugegründete Demokratische Partei, beteiligt sich an den Beratungen über den von Preuß ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, in den sein Antrag auf ein Enqueterrecht der Minoritäten im Reichstag und auf die Volkswahl des Reichspräsidenten eingeht. Sein Verlangen das Kriegsarchiv zu öffnen hat Erfolg. Kautsky, Montgelas und Schücking werden mit der Herausgabe des Materials beauftragt. Auch will Weber, unter Zurückstellung seiner wissenschaftlichen Arbeiten, eine demokratische Kandidatur für die Nationalversammlung annehmen, ein Projekt, das leider an der Ungeschicklichkeit und Querköpfigkeit der über die Rangordnung der Kandidatenliste entscheidenden Bezirksversammlung in die Brüche ging. Nunmehr entschließt er sich, nachdem er bereits im Sommer 1918 auf Einladung der Wiener Universität dort Vorträge gehalten und sich überzeugt hat, daß seine Kräfte

dazu reichen einem Ruf nach München zu folgen. Sein Erfolg ist glänzend. In Scharen drängen sich die Studenten zu seinen Vorlesungen, so schonungslos er, wo Gelegenheit es fordert, vom Katheder her der nationalistic-fanatischen Verhetzung der Studenten entgegentritt, die sich bis zur Verherrlichung des Mordes an Eisner steigert.

Weites Wirken noch scheint seinem Mannesalter vorbehalten. Da, in der Mitte seiner fünfziger Lebensjahre, reißt ihn der Tod hinweg. Eine tückische Zufallsgrippe, die ihn im Sommer 1920 überfällt und zur Lungenentzündung führt, schließt den beredeten Mund, der noch so vieles hätte künden sollen.

Bildungsarbeit Seit Januar erscheint unter dem Titel *Die Bücherwarte*, Zeitschrift für sozialistische

Buchkritik, herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, eine neue Monatsschrift mit einer Beilage Arbeiterbildung /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, der weiteste Verbreitung in Parteikreisen zu wünschen wäre. Das Programm ist weitgesteckt. In kurzen, sachlich gehaltenen Notizen wird auf die wichtigsten Neuerscheinungen in den verschiedensten Gebieten, die für sozialistische Arbeiter und Arbeiterbibliotheken in Frage kommen, hingewiesen. Jedes Heft wird von einem größeren Artikel eröffnet, so die Julinummer durch einen sehr dankenswerten Aufsatz Heinrich Cunows über zusammenfassende Darstellungen der Wirtschaftsgeschichte.

In der verdienstvollen von Karl Diehl und Paul Mombert herausgegebenen Sammlung *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie* /Karlsruhe, G. Braun/ liegt ein 200 Seiten umfassendes, von Diehl eingeleitetes Doppelbüchlein Valuta vor. Der reiche Inhalt bringt Ausführungen über Ricardo und andere englische Autoren aus den Jahrzehnten der englischen Bankrestriktion, Auszüge aus der Denkschrift über Deutschlands Wirtschaftslage im Jahr 1925, Ausführungen Helfferichs und Casels; am Schluß sind die wichtigsten Gesetze zur Stabilisierung der entwerteten deutschen Währungen auszugsweise mitgeteilt.

Als parallele Serie gibt der Verlag Braun neuerdings auch eine Sammlung *Ausgewählte Lesestücke aus dem Gebiet der Soziologie* heraus. Franz Oppenheimer und Gottfried Sakmann leiten die Zusammenstellung. Das 1. Bändchen, das die Reihe der herangezogenen Autoren mit Comte und Spencer eröffnet, führt

den Titel Begriff der Gesellschaft in der allgemeinen Soziologie, das 2. nennt sich Begriff der Gesellschaft in der deutschen Sozialphilosophie. Hier kommen Kant, Fichte, Hegel, Marx, L. von Stein, von neueren unter anderen Wilhelm Wundt, Rudolf Stammier, Ferdinand Tönnies, Georg Simmel und Max Weber zu Wort.

Totenliste Im Januar starb in Oberhof *Ludwig Pohle*, der Ordinarius der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft und Mitdirektor des Staatswissenschaftlichen Seminars an der Leipziger Universität, 57 Jahre alt. Er war aus Frankfurt, wo er an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, später an der neu begründeten Universität als Dozent der Nationalökonomie wirkte, 1919 als Nachfolger Karl Büchers nach Leipzig berufen worden. In seiner Schrift Deutschland am Scheidewege /1902/ trat er, im Gegensatz zu der Brentanoschen Richtung, für eine schutzzöllnerische Politik Deutschlands ein und bekämpfte später im Sinn des heute sogenannten Neoliberalismus den Kathedersozialismus. Von 1910 bis 1921 redigierte er die früher von Julius Wolf geleitete Zeitschrift für Sozialwissenschaft.

Im Februar verschied in Paris der Gründer des Institut International de Sociologie und der Revue Internationale de Sociologie *René Worms*, ein überzeugter Verfechter der Lehre Comtes.

Einer der ältesten und berühmtesten Vertreter der deutschen Nationalökonomie, *Georg Friedrich Knapp*, starb am 19. Februar in Darmstadt, im Alter von 84 Jahren. Er wirkte 4½ Jahrzehnte, bis 1918, an der Straßburger Universität. Von grundlegender Bedeutung ist sein 2bändiges Werk Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens /1887/, das mit dokumentarischer Gründlichkeit der auf diesem Gebiet üppig wuchernden patriotisch schönfärberischen Legendenbildung ein Ende bereitete. Eine wertvolle Ergänzung des Buches bildeten die 4 Vorträge Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit /1891/. Unter seinen sonstigen Arbeiten, die größtenteils Fragen der Statistik behandelten, ragt sein jetzt in 3. Auflage veröffentlichtes Werk Staatliche Theorie des Geldes hervor, das trotz seiner mehr juristisch als ökonomisch orientierten Argumentation im Ringen nach präzisen Begriffsbestimmungen fruchtbare Anregungen für ein tieferes Eindringen in den fundamentalen Fragenkreis der Theorie des Geldes bietet.

In Holland starb im März der Jesuitenpater *Heinrich Pesch*, ein Kölner von Geburt, der in zahlreichen Schriften vom katholischen Standpunkt aus das Verständnis der sozialen Fragen zu fördern suchte. Von ihm stammt unter anderem ein 5bändiges Lehrbuch der Nationalökonomie.

Am 22. Mai starb in Prag, in seinem 70. Lebensjahr, der Professor für politische Ökonomie an der Deutschen Universität *Robert Zuckerkandl*. Er ist als einer der Vertreter der sogenannten Grenznutztheorie bekannt geworden.

Kurze Chronik Die Handelshochschule Berlin stellt zum 1. Oktober 1927 die folgende *Preisaufgabe*: »Wie erfolgt die Kapitalbildung in modernen Volkswirtschaften? Welche Faktoren beeinflussen ihre Höhe? Welche Einflüsse haben darauf insbesondere Konjunkturbewegungen, Einkommensverteilung, Währungspolitik, Marktorganisation, namentlich monopolistischer Art, usw.?« Im Zusammenhang mit der theoretischen Untersuchung hätte die Untersuchung der Kapitalbildung Deutschlands oder einer andern führenden Volkswirtschaft nach dem Krieg zu erfolgen. Die Universität Greifswald hat als 3. Preisaufgabe der Rubenowstiftung das folgende Thema festgesetzt: »Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der industriellen Unternehmungen, ein Versuch zur Lösung der Arbeiterfrage.« $\diamond$ In Düsseldorf ist ein *Institut für technische Arbeiterschulung* eröffnet worden, zu dem die Anregung von einer Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Hüttenleute ausging. Das Institut ist als Fachschule gedacht, in der geeignete Werkingenieure von Lehrkräften des Instituts und der Kölner Universität unterrichtet werden sollen. Neben den kaufmännischen und technischen Direktor soll in großen Betrieben später ein Direktor treten, dessen Tätigkeit sich unter anderem auf die Ausgestaltung der sozialen Einrichtungen in den Fabriken, die Familienfürsorge, die Fürsorge für alle Arbeiter, die Berufsausslese der anzustellenden Arbeiter und Lehrlinge, die Ausbildung der Facharbeiter und die Lehrlingsschulung zu richten haben würde. $\diamond$ In Frankfurt wurde ein *Institut für Konjunkturforschung* eingerichtet, das, ähnlich wie ein schon in Berlin bestehendes, die Schwankung der Konjunkturen verfolgen und zu erklären suchen soll. Die Leitung übernimmt Eugen Altschul. $\diamond$ In München wurde eine *Gesellschaft für Zeitgeschichte und Publizistik* ge-

gründet, die Dokumente unmittelbarer Vergangenheit für Zwecke der Forschung und der publizistischen Verwertung sammeln will. $\diamond$ Zum Nachfolger Max Seerings an der Berliner Universität wurde der Kieler Professor *Friedrich von Gottl-Ottilienfeld* bestimmt. Die wenigen von ihm publizierten Schriften sind wesentlich methodologischer Art. Sie handeln über das Dogmatische im Wertgedanken und über die Grenzen der Geschichte. $\diamond$ Zum Honorarprofessor an der Universität Berlin wurde *Julius Hirsch* ernannt, der als Dozent an der Handelshochschule Köln und dann an der dortigen Universität wirkte, im Jahr 1919 den Posten eines Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium übernahm und durch aktuelle wirtschaftspolitische Arbeiten, besonders durch seine Darstellung amerikanischer Wirtschaftszustände, auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Er wird über Handels- und Verkehrswesen im Rahmen der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre lesen. $\diamond$ Der Ordinarius für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik an der Universität Freiburg *Goetz Briefs* folgt einem Ruf an die Technische Hochschule Berlin. Außer seinen Kriegsschriften Das Preisprüfungswesen im Kriege /1917/, Die Hauswirtschaft im Kriege, Das Organisationsproblem usw. und verschiedenen Abhandlungen über wirtschafts- und gewerbepolitische, finanzwirtschaftliche und steuertechnische Probleme hat er auch eine bemerkenswerte Auseinandersetzung mit Oswald Spengler über dessen Buch vom Untergang des Abendlandes veröffentlicht. $\diamond$ Das durch den Weggang Willi Priorns in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln erledigte Ordinariat der Betriebswirtschaftslehre ist *Ernst Walb* aus Freiburg übertragen worden. $\diamond$ An der Universität Frankfurt *habilitierten* sich für Betriebswirtschaftslehre Jakob Fritz aus Nürnberg mit einer Arbeit Finanzierung und Steuer in der Goldmarkeröffnungsbilanz unter besonderer Berücksichtigung der angrenzenden Bilanzen und Alfred Isaac mit einer Arbeit Betriebswirtschaftliche Statistik; an der Universität Hamburg Alfred Herrmann, der in Kiel über Zeitungswesen sowie Land- und Seekriegsgeschichte las.

Literatur

Unter dem recht willkürlich gewählten Namen Soziologie veröffentlicht *Eugen Rosenstock* einen Band, den er des nähern Die Kräfte der Gemeinschaft nennt /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ Es

ist darin von allem Möglichen die Rede. Der 2. Hauptabschnitt nennt sich zum Beispiel Die Brechungen der Wirklichkeit (Reflexionen), der 3. Die Entgegnungen auf die Wirklichkeit (Aktivum), das Schlußkapitel Metaphysik, Romantik, Utopie, einer der Unterteile darin gar Die Mythen um die Zahl 4 und die Metaphysik. Nach irgendeiner verständlich präzisierten Problemstellung und Gedankenentwicklung, die in das Wesen der wirklichen Soziologie hineinleuchten würde, wird man vergebens suchen. $\diamond$ Von *Robert Liefmann* ist im Teubnerschen Verlag in Leipzig im Anschluß an seine hier früher besprochenen Grundsätze der Volkswirtschaftslehre eine kurzgefaßte Allgemeine Volkswirtschaftslehre erschienen. $\diamond$ In 2. Auflage liegen nun *Jakob Strieders* wichtige Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen: Monopole, Kartelle und Aktiengesellschaften im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit /München, Duncker & Humblot/ vor. Sie wurden zum Teil erweitert, so durch einen Abschnitt über ein bisher unbekanntes Kupfersyndikat der Firmen Fugger und Menlich wie über die Stellung der Fugger zu dem Projekt einer mitteleuropäischen Zinnmonopolisierung im 16. Jahrhundert.

KUNST

Musik / Max Bulting

Musikfeste? Der Allgemeine Deutsche Musikverein hielt vom 25. bis zum 29. Mai sein 56. Tonkünstlerfest ab. Der Magistrat der Stadt Chemnitz nahm ihn in lebenswürdigster Weise auf, die Bevölkerung im ganzen schien gar nicht beteiligt, jedenfalls nicht mehr als wenn irgendeine andere Organisation ihre jährliche Tagung abgehalten hätte. Das Fest war von ein paar hundert auswärtigen Teilnehmern besucht. Wenn nicht gleichzeitig die Dirigenten und die Musikkritiker Jahresversammlungen abgehalten hätten, wären es beträchtlich weniger gewesen; denn dann hätten auch viele ausübende Musiker gefehlt, die nur der Dirigenten und Kritiker wegen anwesend waren. Gegen all das ist nicht viel einzuwenden. Die Berufstätigkeit der Musiker ist heute in so hohem Maß gewerbliche Angelegenheit, daß eine Fachmesse durchaus notwendig erscheint. Nur stört es, daß die grundsätzlichen Absichten der Tonkünstlerfeste dazu in so starkem Widerspruch stehen. Der Allgemeine Deutsche Musikverein ist keine Berufsorganisation sondern eine

Vereinigung von Musikfreunden, die dem deutschen produktiven Schaffen helfen will. Nun ist gar kein Zweifel, daß die Aufführungsmöglichkeiten für neue deutsche Werke heute sehr groß sind; aus vielen Gründen ist man in allen größeren Musikstädten ohne weiteres geneigt Neues aufzuführen. Der Allgemeine Deutsche Musikverein muß sich also sehr hüten hier Überflüssiges zu tun. Will er seine Veranstaltungen zu einem deutschen Fest erheben, dann müssen seine Darbietungen wichtig genug sein. In Wahrheit ist es aber so: Den weiteren Kreisen sind die Feste nicht wichtig genug, um Zeit und Geld dafür zu opfern; die Berufsmusiker geben schließlich beides hin, um ihre gewerblichen Beziehungen an Ort und Stelle fördern zu können. Wenn nun nach außen immer gerade der Charakter eines Festes deutscher Kunst betont wird, so ist das der Wirklichkeit gegenüber eine Unwahrhaftigkeit, die den feinfühligsten Menschen verletzen muß. Man kann die Messe mit dem Fest durchaus verbinden. Dann soll man Zeit für die Geschäfte lassen und nicht ein 5 Tage langes überreiches Programm aufstellen; damit nicht gerade in den Konzertpausen oder im Foyer während der Aufführungen die Geschäfte abgeschlossen werden. Dem eigentlichen Fest aber soll man dadurch helfen, daß es durch Besonderheit und Qualität der Aufführungen die Augen aller deutschen Musikfreunde auf sich zieht. In Chemnitz war keine einzige Aufführung so, wie wir es in den gewöhnlichen Veranstaltungen größerer Musikstädte gewohnt sind. Gerade durch die Güte und geistig einwandfreie Interpretation der Werke könnte man mit einem Schlag das künstlerische Niveau der Feste außerordentlich heben. Ob man dann mit einer Neuheit experimentiert oder einer ältern Gesinnung zu selten schöner Aufführung verhilft; man schafft einen Festwert. Nur das Beste ist für ein Fest gut genug, nicht aber sind es drittklassige Darbietungen, wie wir sie auf fast allen Festen der letzten Jahre hatten. Schließlich muß unter diesen Umständen die Jury nach noch engeren Gesichtspunkten wählen. Man gönnte es gern allen Autoren in Chemnitz aufgeführt und damit besonders hervorgehoben zu werden. Aber die Toleranz, mit der man unter verschiedensten Gesichtspunkten Werke auf das Programm setzt, führt zu nichts. Solange Kompositionen bekannter Künstler gebracht werden, die ohne jede Schwierigkeit überall (und dann besser) aufgeführt werden können, ist das Interesse aller nicht im

Festort wohnenden Musikfreunde zu gering. In Chemnitz führen sogar viele Dirigenten noch während des Festes nach Hause; selbst sie waren nicht angeregt alle Programme mitanzuhören. Der Musikausschuß müßte sich nicht nur den Autoren sondern dem gesamten deutschen Musikleben gegenüber verantwortlich fühlen, und es sollte für ein Werk eine ganz hohe Auszeichnung sein in vollendeter Aufführung vor dem wichtigsten Forum der deutschen Musikfreunde erscheinen zu dürfen. Selbst auf die Gefahr hin nur ganz wenige Konzerte zu machen, sollte man von diesem Standpunkt nicht abweichen, solange man das Interesse hat ein Fest zu veranstalten. In Verlegenheit wird man kaum kommen, wenn man die Augen offenhält, wenn man versucht, wirklich wichtige deutsche Aufführungen und Uraufführungen zu bekommen. Freilich, dann muß auch der Festort wieder auf seine künstlerische Leistungsfähigkeit hin genau geprüft werden, und es darf nicht nur die finanzielle Sicherheit eine Rolle spielen. Wenn man all diese Umstände berücksichtigt, dann käme man dazu ein richtiges Zusammentreffen der deutschen Musikerschaft zu organisieren. Diese Tage könnten durch ein paar sehr wertvolle Festkonzerte auch in künstlerischer Beziehung für alle Musikfreunde wichtig werden; denn ohne Ansehen der Richtung würde dann Bestes geboten.

Lendvai

Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist der Name Erwin Lendvais gut bekannt; hat er doch 6 Jahre hindurch, von 1919 bis 1924, diese Rundschau bearbeitet, wobei es ihm, eine Seltenheit in der zeitgenössischen Musikkritik, wesentlich auf eingehende, liebevolle Analyse der einzelnen Werke und damit auf Förderung des Schaffenden, nicht auf Erteilung von Zensuren, ankam. Wenn jetzt über ihn selbst als Schaffenden einige Worte gesagt werden sollen, so geschieht das aus dem Gefühl heraus, daß ihm und seinem Werk unsere Zeit nicht ganz gerecht wird, vielleicht nicht ganz gerecht werden kann. Unser Augenmerk richtet sich leichter auf die Vertreter der reaktionären oder der radikalen Richtungen, die den Kampf um einen herrschenden Stil führen, als auf jene aktualitätsfremden Schöpfer, deren Kunst nicht ohne weiteres von der Menge zum Feldgeschrei erhoben werden kann, und die außerdem oft noch zu feinfühligste Menschen sind, um die Regie ihrer Person für ebenso wichtig

zu halten wie ihr Werk. Zu alledem kommt, daß es für unsere Zeit vielleicht wirklich wichtiger ist über Aktualitäten zu entscheiden als sichere Werte bewußt in Besitz zu nehmen. Sind die Kämpfe um die Zukunft einst vorüber, sind die Entscheidungen gefällt, dann kann man dem gegenüber gerechter sein, was heute, zu bewußt gewertet, Entwicklungen hemmen könnte.

Erwin Lendvai gehört weder zu den Jungen noch zu den Alten; er geht mit entschlossener Aufrichtigkeit den Weg seiner Natur. Gewaltsame Veränderungen weist seine Entwicklung nicht auf sondern ein stetiges Entfalten von einem bereits früh erreichten hohen Niveau. Seine eindringlichsten Werke gehören wohl der Kammermusik und Chorliteratur an. Das Streichtrio Opus 11 machte ihn zuerst weiten Kreisen bekannt, das Streichtrio Opus 16 (A-Moll) sei von den früheren Werken besonders hervorgehoben. Vielleicht eine der besten Arbeiten Lendvais überhaupt sind die vor wenigen Jahren komponierten Sonette der Louise Labé für Sopran und Kammerorchester. Stilistisch und kompositionstechnisch steht auch dieses Werk durchaus nicht auf dem Boden neuer Musikanschauungen. Um so mehr bedeutet es, wenn es Kraft genug hat sich behaupten zu können; es ist eine reine, klangschöne Musik. Groß ist die Zahl der Chorwerke Lendvais, und sein Schaffen auf diesem Gebiet scheint auch am erfolgreichsten zu sein. Wir haben einen ausgesprochenen Mangel an guten neuen Chören. Erwin Lendvais Chöre haben seit seinem Opus 5 (Nippon, Chorsuite für weibliche Stimmen) einen immer weiteren Anhängerkreis gefunden. Ganz besonders hervorzuheben ist der unbestritten große Erfolg der schönen Chorvariationen (Opus 28) auf dem diesjährigen Tonkünstlerfest. Die Chöre sind einfach und klar im Satz, stellen keine zu großen Anforderungen an die Ausführenden. Aber gerade dadurch sind sie sehr wertvoll; denn sie geben den vielen Chorvereinigungen, die heute wieder mit besonderem Eifer arbeiten, gutes Material in die Hand und helfen praktisch damit mehr den Liedertafelton zu beseitigen als alle theoretischen Manifestationen. Lendvai wird sich wohl auch in Zukunft lediglich nach den Forderungen richten, die sein Charakter für weitere Entfaltung seiner Schaffensart aufstellt. An uns liegt es an seinen schönen Werken nicht vorbeizugehen, auch wenn uns der Kampf um die Probleme unserer Tage wichtiger erscheint.

Kurze Chronik Ein internationales Preisausschreiben ist von der Musical Fund Society of Philadelphia für Kammermusikwerke von 3 bis 6 Stimmen veranstaltet worden. Die Preise, die höchsten, die je für einen Kammermusikwettbewerb ausgesetzt wurden, betragen 5000, 3000 und 2000 Dollars. Die Zuschriften sollen an die Veranstalterin, 407 Sansom Street, Philadelphia, gehen. $\diamond$ Das Musikfest der *Internationalen Gesellschaft für neue Musik* findet 1927 zum erstenmal auf deutschem Boden, in Frankfurt, statt. $\diamond$ Den *Foxtrottpreis*, den Paul Whiteman ausgesetzt hatte, gewann Otto Lindemann mit einer Komposition auf einen Text von Otto Stransky und Fritz Rotter „Ich könnt' mich in dich verlieben“. Das Preisrichterkollegium, dem unter anderen Jarnach, Kleiber und Kreisler angehörten, hatte entschieden, daß keine der eingereichten Arbeiten in Hinsicht auf den Stand der deutschen Produktion wertvoll genug wäre, um prämiert zu werden. Die 3 relativ besten Arbeiten wurden als solche bezeichnet. Am Abend des letzten Konzerts erfuhr das Preisrichterkollegium, daß Whiteman von seinem Recht der endgültigen Entscheidung Gebrauch gemacht und eine Arbeit selbst prämiert hatte. Das Richterkollegium war nicht erbaut davon, daß der Hergang dieser Prämiierung nirgends bekannt gegeben wurde. $\diamond$ Eine *Gesellschaft für Akustik und Phonetik* wurde in Berlin ins Leben gerufen. Ihre Ziele sind unter anderem regelmäßige Veranstaltungen künstlerischer und wissenschaftlicher Art, Herausgabe einer Zeitschrift, Errichtung einer Bibliothek, eines Archivs und einer akustischen Mustersammlung, Aufnahme von Platten für die Mitglieder (seltene Kammermusik), Stellungnahme zu allen neuen Erfindungen und Erkenntnissen auf dem Gebiet der mechanischen Tonwiedergabe. Den Vorsitz hat Gustav Leithäuser. $\diamond$ Gleichfalls in Berlin wurde ein *Bund deutscher Musikpädagogen* gegründet. Ordentliche Mitglieder können nur solche Musiker werden, die durch ihre Tätigkeit die musikalische Bildung wesentlich gefördert haben. $\diamond$ In Leipzig wurde ein Kirchenmusikalisches Institut errichtet; zum Leiter wurde Karl Straube bestellt. $\diamond$ Zum Gedenken der 100. Wiederkehr des *Todestags Beethovens* findet in Wien in der Zeit vom 26. bis zum 30. März 1927 eine große Feier statt. Sämtliche in Wien beglaubigten Vertreter ausländischer Regierungen sind eingeladen worden dem Ehrenkomitee beizutreten, dem der öster-

reichische Bundespräsident Hainisch vorsteht. ◊ Am 25. Juli wurde das 50jährige Bestehen des *Bayreuther Festspielhauses* durch ein großes Richard Wagner-Konzert in Weimar gefeiert, da in diesem Jahr keine Festspiele stattfinden. ◊ Am 1. Juni feierte die *Firma Carl Bechstein* ihr 100jähriges Jubiläum.

Literatur

Das neue Buch *Paul Bekkers Musikgeschichte als Geschichte der musikalischen Formwandlungen* (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ ist eine Sammlung von Vorträgen, die der Verfasser im Frankfurter Rundfunk gehalten hat. Inhalt und Stil sind klar und schön, es tut ungemein wohl wertvolle Gedanken in dieser natürlichen Sprache lesen zu können. Einige Kapitel sind nicht ganz mit der Intensität geschrieben, die vor allem den Anfang auszeichnet; was das Buch will, ist gleichwohl in hohem Maß erreicht. Ein Überblick über die europäischen Musikkulturen vom Altertum an betont die Wandlungen, deren das künstlerische Empfinden der Menschen fähig war, Entwicklungen werden nicht geleugnet, aber nicht als Fortschritte im Sinn einer stetigen Wertbesserung angesehen. Musikgeschichte unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten dürfte uns heute doppelt interessieren. Ein Werk deutscher gründlicher Gelehrsamkeit ist das Buch nicht, in gewissem Sinn erfreulicherweise nicht; mit Einzelheiten soll man es darum nicht zu genau nehmen. Aber diese frische Klugheit, diese Objektivität, verbunden mit der überaus angenehmen Form sind seltene Gaben in einem historischen Werk. Das Buch mag jedem empfohlen sein. ◊ Ganz besonders hervorzuheben ist *Romain Rollands Musikalische Reise ins Land der Vergangenheit* (Frankfurt, Rütten & Loening/. Wir haben zweifachen Grund das Buch zu würdigen. Einmal ganz objektiv seiner hohen Qualitäten halber; glänzende, stets fesselnde Schilderung, reiche historische Kenntnis; dazu, als besonderer Wert, die bestimmte Sachlichkeit, die nicht etwa eine gleichgültige Trockenheit ist sondern eine Toleranz des Autors, der infolge seiner wertvollen persönlichen Stellungnahme allen Dingen ehrlich und wirklichkeitsgerecht gegenüber treten kann. Außerdem steht uns der Stoff des Buches heute wieder sehr nahe. Es ist die Zeit des ausgehenden 17. und des beginnenden 18. Jahrhunderts, in der sich, neben der Blüte des Bach-Händelschen Stils, »die Empfindung, der Schönheitssinn, die Form un-

serer modernen Musik« vorbereiten, eine Zeit, in der die Menschen Wandlungen besonders intensiv erleben. Auch heute leben wir in einer solchen Zeit. Und in unseren Tagen spielen viele Fragen eine besondere Rolle, die auch damals wichtig waren. Nur umgekehrt. Was damals von den Mannheimer Symphonikern und anderen als neue Musik aufgeführt wurde, ist heute die alte. Und in unserer jungen Musik lebt in der linearen Technik vieles von dem, was sich im 18. Jahrhundert im kontrapunktischen Stil überlebt zu haben schien. Das Buch zu lesen ist eine große Freude; und es regt nachhaltig an unsere Tage mit vergangenen zu vergleichen. ◊ Kurz zu erwähnen ist ein Buch *Paul Mies'* Skizzen aus Geschichte und Ästhetik der Musik (Köln, P. J. Tonger/. Es wendet sich an »musikliebende, aber nicht musikwissenschaftlich gebildete« Leser und behandelt in knapper, klarer Form interessante Fragen. Einige Überschriften: »Das Konzil von Trient und die Kirchenmusik, Goethes Erbkönig (Studien an verschiedenen Kompositionen), Zum Problem der Tonmalerei und Programmusik (Kuhnau, Beethoven, Liszt, Schumann werden zitiert) und anderes. Das Buch hat in erster Linie pädagogischen Wert. ◊ Wissenschaftlicher und im besondern Umkreis auch eingehender ist *Karl Nef's* Geschichte unserer Musikinstrumente, in der Sammlung Wissenschaft und Bildung (Leipzig, Quelle & Meyer/. Nef spricht von den technischen und akustischen Eigenschaften der Instrumente sehr wenig; er schildert in erster Linie ihre kulturelle Bedeutung. Man wünschte in seiner Darstellung oft die genetischen Momente etwas stärker betont zu sehen; die Darstellung fesselte mehr, wenn die verschiedenen Instrumente als Repräsentanten der Entwicklungsstufen nicht so »aufgezählt« wären. Immerhin steht viel Interessierendes in dem Büchlein. ◊ Ein richtiges Lesebuch haben Walter Kühn und Hans Lebede unter dem Titel *Von Musikern und Musik* herausgegeben (Leipzig, G. Freytag/. Es soll ein »deutsches Buch für Schule und Haus« sein, würde aber wohl mehr nützen, wenn man nicht bloß deutsch geblieben wäre. Die ausgewählten Kapitel stammen sämtlich von ausgezeichneten Schriftstellern, in der Mehrzahl aber sind es Originalaufsätze oder Zitate großer Künstler. Dieses Buch kann in unserer heutigen Jugend den Sinn für Musikgeschichte, auch im Zusammenhang mit dem veränderten Schulunterricht, wecken. Ein Ersatz für die Lesebücher der kaiserlichen Ära.

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baade

Agrarenquete Der Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der durch das Zusammenwirken des Reichstags, des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats und der Reichsregierung eingesetzt worden ist, hat im Juni seine Arbeiten begonnen. Entsprechend dem beispiellos umfassenden Aufgabenkreis, der diesem Ausschuß gestellt worden ist, mußte der erste Schritt der praktischen Tätigkeit die Aufgliederung in Unterausschüsse sein. Neben einem Sonderausschuß für die Industriewirtschaft, für das Geld- und Kreditwesen und einem Ausschuß für die allgemeine Wirtschaftsstruktur sowie einem Ausschuß für die Spezialuntersuchung über die Zusammenhänge von Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung ist auch ein landwirtschaftlicher Sonderausschuß geschaffen worden. Dieser Agrarenqueteausschuß, der 13 Mitglieder aus den Kreisen der Wissenschaftler, der Politiker und der Agrarpraktiker und -organisationsführer umfaßt, hat sich ein Arbeitsprogramm gegeben, das außerordentlich weit gesteckt ist und eigentlich den ganzen Kreis der Fragen in sich schließt, die für die Lage und Entwicklungstendenzen der deutschen Landwirtschaft von Bedeutung sind. Es wird also im kommenden Jahr in Deutschland eine Agrarenquete mit einer umfassenden Zielsetzung stattfinden, wie sie bisher bei uns überhaupt noch nicht und auch in den klassischen Ländern des Enquetewesens, in England und Amerika, nur in sehr viel engerm Rahmen bisher vorgenommen worden ist. Die Dauer der Arbeit ist auf 1 bis 2 Jahre veranschlagt worden. Die ersten Wochen seiner Tätigkeit hat der Ausschuß darauf verwendet sein Arbeitsprogramm im einzelnen auszugestalten und eine große Reihe (etwa 25) Fachgruppen für die einzelnen Probleme seines Aufgabenkreises zu bilden. In den meisten dieser Fachgruppen hat die praktische Arbeit bereits begonnen. Und zwar ist in erster Linie in Fühlungnahme mit hervorragenden Sachkennern auf allen diesen Spezialgebieten der Kreis der in jeder dieser Gruppen zu untersuchenden Fragen vorläufig umgrenzt worden. Darüber hinaus sind für eine ganze Reihe von Einzelgebieten bereits die Methoden der weitem Untersuchung ausgearbeitet, für einzelne Gebiete bereits sogar Fragebogen festgelegt worden, die

an die Kreise hinausgesandt wurden, von denen man eine Aufklärung der zu untersuchenden Fragen erwarten kann: vor allem an Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, an die Genossenschaften und an die Organisationen des Handels. Außerdem hat man eine große Anzahl von Sachverständigen zur Erstattung von persönlichen Gutachten aufgefordert. Es hat bisher den Anschein, als ob es gelungen ist mit dem ganzen Kreis der auf dem Gebiet der deutschen Landwirtschaft arbeitenden Wirtschaftsgruppen und Einzelpersonlichkeiten in eine tätige Zusammenarbeit zu gelangen, so daß in kommenden Monaten, in denen nach Beendigung des vorbereitenden Stadiums an die Erörterung der sachlichen Probleme selbst gegangen werden kann, für unsere Kenntnis der Lage der Landwirtschaft und der diese Lage bedingenden Faktoren vielleicht eine wesentliche Bereicherung zu erhoffen ist.

Stickstoffabsatz Der scharfe Preisdruck, und Kredit

ter dem seit der neuen Ernte wichtige Verkaufserzeugnisse der deutschen Landwirtschaft liegen, hat in den ersten Herbstmonaten des Jahres 1925 die aufsteigende Linie des Kunstdüngerabsatzes jäh unterbrochen. Der Absatz des für die landwirtschaftliche Produktion besonders wichtigen Stickstoffs ist im Düngerjahr 1924-1925 beispiellos gesteigert worden. Mit einem Gesamtabatz von etwa 350 000 Tonnen wurde eine Rekordzahl erreicht, die den Verbrauch der Vorkriegszeit etwa um 75 % übertrifft. Im Herbst 1925 hörte diese Bewegung plötzlich auf. Nach dem Bericht des Stickstoffsyndikats ging in den ersten Monaten des neuen Düngerjahrs der Absatz um nicht weniger als 90 000 Tonnen zurück, so daß im Dezember und Januar sämtliche Läger überfüllt waren. Ein derartiger Umschwung kann nicht nur mit der Preisentwicklung erklärt werden. Der Grund liegt zweifellos vor allem auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kreditwesens. Es ist in dieser Rundschau (1925 Seite 796 und folgende) ausführlich dargelegt worden, daß die seit der Stabilisierung von der Landwirtschaft verlangten und ihr zugeführten Kredite vielfach nicht produktiv verwandt wurden, sondern zur Deckung von Substanzverlusten und Substanzverzehr dienten. Ein großer Teil dieser Kredite, die offensichtlich gefährdet erschienen, ist, zumal von privaten Kreditgebern, im Herbst 1925 aus der Landwirtschaft wieder zurückgezogen worden. Diese Rück-

zahlungen mußten den Erträgen der letzten Ernte entnommen werden und verminderten so die zum Kauf von Produktionsmitteln dieses Jahr zur Verfügung stehenden flüssigen Mittel. Gleichzeitig mit dieser Kreditrestriktion ist eine freiwillige Kreditabstoßung und damit eine Verminderung des flüssigen Betriebskapitals in der Landwirtschaft eingetreten. Nach dem allgemeinen kritiklosen Verlangen, auf dessen Gefährlichkeit an dieser Stelle schon von 2 Jahren hingewiesen wurde, konnte ein Rückschlag nicht ausbleiben. Es ist nicht verwunderlich, daß man nunmehr ins entgegengesetzte Extrem verfiel und in der Ablehnung neuer Kreditaufnahme und in der Rückzahlung aufgenommenen Kredite das Maß des vom Standpunkt nüchterner Rentabilitätsrechnung Richtigen weit überschritt. Jede Zurückzahlung alter Kredite, ebenso jede Weigerung neue Kredite aufzunehmen, die zu einer Einschränkung des Kunstdüngerverbrauchs führt, kann die Lage der Landwirtschaft nicht verbessern. Durch eine falsche Sparsamkeit an dem Punkt, wo der produktive Aufwand das höchste Maß von Rentabilität besitzt (die Rentabilität der Kunstdüngerverwendung beträgt nach ausgedehnten Feldversuchen zwischen 100 und 200 %), kann das Verhältnis zwischen Produktionsaufwand und Produktionserlös nur weiter verschlechtert werden.

In richtiger Erkenntnis dieser Tatsachen hat man nun in den Wintermonaten ernsthafte Anstrengungen gemacht den Kunstdüngerabsatz durch ein besonders weitgehendes Entgegenkommen in der Kreditgewährung zu fördern. Unter Führung der Reichskreditgesellschaft fand sich ein internationales Bankkonsortium zusammen, und es ist ein erheblicher Betrag zur Finanzierung des Stickstoffbezugs unter günstigen Bedingungen bereitgestellt worden. Die Finanzierung bezieht sich auf einen Gesamtbetrag von 135 Millionen Mark Stickstoffbezug. Bei den Stickstoffverkäufen innerhalb dieses Kontingents wird nur ein Drittel Barzahlung verlangt, wobei der Landwirtschaft ein Rabatt von $4\frac{1}{2}$ % auf den geltenden Stickstoffpreis gewährt wird. Für den Rest wird der Landwirtschaft ein kostenloser Wechselkredit eingeräumt. Das Wichtigste ist aber, daß für diese Stickstoffwechsel eine 2- bis 3malige Prolongation, jedenfalls bis zum 1. Dezember 1926, sichergestellt ist.

Nun wird darauf hingewiesen, daß bei dieser Form der Kreditierung die Landwirtschaft mit einem besondern Risiko belastet ist, weil man nicht wissen könne,

ob die Preise des mit erhöhtem Stickstoffaufwand erzeugten Getreides im Herbst 1926 auch den Aufwand rechtfertigen werden. Dieses Bedenken dürfte fürs erste durch die Preisbildung des Getreides nach der Ernte 1926 wohl zerstreut sein, und es ist auch wenig wahrscheinlich, daß die Roggenpreise im Erntejahr 1926 wieder einen so niedrigen Stand erreichen werden wie im vorigen Herbst. Außerdem ist, wie wiederholt erwähnt, einwandfrei festgestellt, daß auch bei sehr niedrigen Getreidepreisen in der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe die Stickstoffverwendung so rentabel ist, daß nicht eine Einschränkung, sondern nur die Aufrechterhaltung und für die übergroße Mehrheit der Betriebe sogar die Steigerung der Stickstoffverwendung die Möglichkeit bietet das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen. Trotzdem ist es erklärlich, daß sich in der Landwirtschaft der Wunsch regt jedes Risiko auszuschalten. Es ist in dieser Beziehung vor allem ein Plan lebhaft diskutiert worden, der von der Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Strelitz durch Vermittlung des Deutschen Landwirtschaftsrats dem Reichsernährungsminister unterbreitet wurde. Dieser Plan lief darauf hinaus eine feste Preisrelation zwischen dem jetzt von der Landwirtschaft zu beziehenden Stickstoff und dem im nächsten Herbst von ihr abzuliefernden Roggen sicherzustellen. Der Landwirt solle seinen Stickstoff nicht in bar oder in Wechseln sondern in auf Roggen lautenden, in der Zeit vom 1. Oktober 1926 bis zum 28. Februar 1927 fälligen Zertifikaten bezahlen. Dabei sollte 1 Zentner Roggen etwa gleich 1 Zentner schwefelsauren Ammoniaks gesetzt werden. Gegen diesen Vorschlag sind nicht nur aus den Kreisen des Getreide- und Kunstdüngerhandels sondern auch aus der Landwirtschaft selber die schwersten Bedenken erhoben worden, und es dürfte durch die eingehende Diskussion festgestellt sein, daß dieser Weg, so verlockend er auf den ersten Blick erscheinen mag, aus schwerwiegenden organisatorischen und technischen Bedenken nicht gangbar ist.

Eine andere höchst wichtige Frage des künftigen Stickstoffabsatzes ist jedoch die Preisgestaltung des Stickstoffs selber. Seit mehr als einem Jahr taucht in der Öffentlichkeit immer wieder die Behauptung auf, daß der gegenwärtige Stickstoffpreis von etwa 1 Mark pro Kilo Stickstoff angesichts der wirklichen Produktionskosten viel zu hoch ist und um 25 bis 30 % gesenkt werden könnte. Das

Stickstoffsyndikat ist diesen Behauptungen in der Presse immer wieder entgegengetreten, indem es darauf hinwies, daß seine Produktionskosten durch die Fracht und durch die hohen Zinsverluste der Lagerhaltung infolge stockenden Düngersabsatzes in die Höhe getrieben werden, und daß der Stickstoffpreis gegenwärtig nicht nur wesentlich unter dem Preis der Vorkriegszeit liege, sondern daß auch trotz dem abnorm tiefen Roggenpreis der Roggen noch immer für Stickstoff eine größere Kaufkraft besitze als vor dem Krieg. Das besagt aber noch nichts über das tatsächliche Verhältnis zwischen den Produktionskosten und den Verkaufskosten des Stickstoffsyndikats. Es ist sehr wohl möglich, daß die technischen Fortschritte der Stickstoffgewinnung aus der Luft so groß sind, daß der Preis noch weit niedriger sein könnte. Eines scheint allerdings aus der bisherigen Diskussion über die Stickstoffpreisbildung klar hervorzugehen, daß nämlich die Produktionskosten bei den verschiedenen der heute angewendeten Verfahren (Kalkstickstoffverfahren, Haber-Bosch-Verfahren und Mont Cenis-Verfahren) außerordentlich verschieden sind, so daß bei einer Senkung des Stickstoffpreises auf die Produktionskosten des rentabelsten Verfahrens unter Umständen ausgedehnte Werkanlagen, die den anderen Verfahren dienen, wertlos werden könnten. Es erscheint dringend notwendig, daß diese Zusammenhänge, an denen die Öffentlichkeit im Interesse der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung das allergrößte Interesse hat, und die durch die starke Beteiligung des Reichs am Stickstoffsyndikat noch in ganz besonderem Maß öffentlichrechtlicher Art sind, baldmöglichst klargestellt werden, und daß der Weg zum produktiven Fortschritt nicht durch Sonderinteressen verbaut wird.

Kartoffelbau Die relativ günstige Witterung des Jahres 1925, verbunden mit einer starken

Steigerung der Stickstoffverwendung, hat bei verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten dazu geführt, daß die Ertragszahlen der Vorkriegszeit in diesem Jahr zum erstenmal wieder erreicht oder gar überschritten worden sind. Das gilt in erster Linie vom Wintergetreide und von den Kartoffeln.

Nach der übereinstimmenden Ansicht aller Fachkundigen weist die landwirtschaftliche Ertragsstatistik der Vorkriegszeit etwas zu hohe Zahlen auf, da die Schätzungen durchweg reichlich optimistisch gewesen sind, während sich seit

den Jahren der Kriegs- und Zwangswirtschaft allgemein die Gewohnheit eingetistet hat die Erträge zu niedrig anzugeben oder einzuschätzen. Wenn auch mit jedem Jahr, das wir uns von den Zeiten der Zwangswirtschaft entfernen, der Anlaß zu einer solchen Entstellung der Statistik geringer wird, und die amtlichen Zahlen daher mit einer stets kleineren Fehlerkorrektur umgerechnet werden müssen, so ist doch auch für das letzte Erntejahr noch bis zu einem gewissen Grad mit dem Vorhandensein dieser Fehlerquelle zu rechnen.

Bei den Kartoffeln ist das Überschreiten der Vorkriegserträge selbst nach der amtlichen Statistik eingetreten, und da auch hier noch immer eine gewisse Entstellung der statistischen Angaben wirksam sein dürfte, so ist die tatsächliche Ertragssteigerung zweifellos noch größer als die Statistik sie erscheinen läßt. Nach den Angaben der Statistik betrug der durchschnittliche Hektarertrag bei Kartoffeln 148,5 Doppelzentner, gegenüber 137,7 in der Vorkriegszeit. Die gesamte Kartoffelernte wird in der amtlichen Statistik auf 41 718 000 Tonnen, gegenüber 37 962 000 im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913, geschätzt. Wir haben also, selbst wenn man den statistischen Fehler außer acht läßt, im letzten Jahr eine Rekordernte in Kartoffeln erzielt, die bis jetzt in der Entwicklungsgeschichte der deutschen Landwirtschaft nur einmal um ein geringes übertroffen worden ist.

Man muß sich diese Tatsache vor Augen halten, um die Preisentwicklung der Kartoffeln im letzten Jahr richtig beurteilen zu können. Bekanntlich sind bei den Kartoffeln die Ernteschwankungen besonders groß, und schon in Friedenszeiten pflegten hohe Kartoffelernten abnorm niedrige Preise im Gefolge zu haben. Das liegt vor allem daran, daß von der gesamten Kartoffelernte nur höchstens 10 bis 12 Millionen Tonnen der direkten menschlichen Ernährung dienen. Der größte Teil der Kartoffelernte dient zur Verfütterung. Da die zur direkten menschlichen Ernährung erforderliche Kartoffelmenge nach oben hin ziemlich fest begrenzt und auch bei der reichlichsten Ernte kaum ausdehnungsfähig ist, und da auch die industriell verarbeitete Kartoffelmenge infolge des geringen Umfangs der betreffenden Anlagen kaum wesentlich vergrößert werden kann, muß die Verfütterung bei unerwartet großen Kartoffelernten den Überschuß zum größten Teil aufnehmen. Nun ist aber auch die Kartoffelmenge, die verfüttert

werden kann, durch den jeweiligen Viehstand der kartoffelbauenden Landwirte und durch die relativ hohen Transportkosten der Kartoffel begrenzt, so daß zusätzliche Kartoffelmengen meist nur unter starkem Preisdruck Absatz zu finden pflegen, indem nämlich die Preise so stark sinken, daß ein Transport der Kartoffeln zu Fütterungszwecken auch nach entfernteren Betrieben lohnt.

Diese Preisentwicklung pflegt in allen Jahren mit reichlichen Kartoffelernten einzutreten. Sie stellt für die auf Kartoffelverkauf angewiesenen Betriebe eine große Gefahr dar und behindert die rasche Ausbreitung der Produktionssteigerung im deutschen Kartoffelbau. Wirksam kann solchen Preiseinbrüchen nur dadurch entgegengetreten werden, daß man die Möglichkeit schafft die Kartoffeln, die im natürlichen Zustand weder gut aufbewahrungsfähig noch gut transportabel sind, in ein transport- und stapelfähiges Futtermittel zu verwandeln. Es kann daher durch einen Ausbau der Kartoffeltrocknereien dem Kartoffelbau eine wirksamere Garantie gegen ruinöse Preise gegeben werden.

Sehr bald nach der neuen Ernte stürzten die Kartoffelpreise gewaltig. Vom 17. August bis zum 27. November gingen nach Berliner Notierungen weiße Kartoffeln von 2,30 Mark auf 1,40 pro Zentner, rote von 2,50 auf 1,50, gelbfleischige von 3,50 auf 1,70 zurück. In frachtmäßig ungünstig gelegenen Gegenden wirkte sich der Preissturz sogar noch viel schärfer aus, so daß manche Landwirte gezwungen gewesen sein sollen ihre Kartoffeln für 80 Pfennig den Zentner zu verkaufen. Daß die Preise eine so katastrophale Entwicklung nehmen konnten, ist übrigens nicht allein von der Seite des Angebots sondern auch von der der Nachfrage zu erklären. Der Kartoffelverbrauch der städtischen Massen hat eben gegenüber den Kriegs- und Inflationsjahren seit der Stabilisierung stetig abgenommen, wie überhaupt jetzt die minderwertigen Nahrungsmittel in wachsendem Umfang wieder durch hochwertige ersetzt werden. Wie groß mengenmäßig der Rückgang im Speisekartoffelkonsum der städtischen Bevölkerung zu veranschlagen ist, läßt sich sehr schwer sagen. Aus Kreisen des Handels ist die Schätzung verbreitet worden, daß der heutige Verbrauch der städtischen Bevölkerung nur noch die Hälfte bis ein Drittel des Bedarfs der Vorkriegszeit betrage. Das dürfte wesentlich übertrieben sein. Aber auch ein Ausfall von nur wenigen Millionen Tonnen, wie er als sicher an-

genommen werden kann, müßte natürlich in Verbindung mit der reichlichen Ernte auf die Preisgestaltung den ungünstigsten Einfluß ausüben.

Die Einwirkung dieses Rückgangs auf das Herbstkartoffelgeschäft ist noch durch einen andern Umstand verschärft worden. Während sich nämlich die städtische Bevölkerung in den Kriegsjahren wohl oder übel daran gewöhnt hatte ihren Bedarf an Speisekartoffeln im Herbst einzukellern, um mit diesem wichtigen Nahrungsmittel wenigstens für jeden Notfall versorgt zu sein, ist mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch hierin ein Wandel eingetreten. Die Haushaltungen gehen jetzt wieder dazu über sich von der Unbequemlichkeit des Einkellerns zu entlasten. Merkwürdigerweise scheint der Kartoffelhandel mit dieser Entwicklung nicht genügend gerechnet zu haben, so daß er ganz allgemein von dem plötzlichen Rückgang der Nachfrage nach Einkellerungskartoffeln überrascht worden ist.

Das Zusammenwirken all dieser Gründe hat nun zu einer Preisentwicklung geführt, deren Bedeutung für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion gar nicht ernst genug genommen werden kann. Preise, wie sie in diesem Jahr von einem großen Teil der Landwirte für ihre Kartoffeln erzielt worden sind, müssen auf die Neigung zum umfangreichen Kartoffelbau und zu hohen Aufwendungen für die Kartoffelproduktion natürlich höchst nachteilig einwirken. Die Erhaltung und weitere Steigerung der Kartoffelanbaufläche ist aber nicht nur im Interesse einer gesicherten Volksernährung zu wünschen, sie ist für die Landwirtschaft des deutschen Ostens ein Grundpfeiler der Rentabilität. Ehe der Landwirt sich zu einer Einschränkung des Kartoffelbaus entschließt, muß er daher sorgfältig die Frage prüfen, ob nicht selbst bei niedrigen Preisen ein umfangreicher Kartoffelbau ihm eine höhere Rente sichern wird als dessen Einschränkung. Es ist zu berücksichtigen, daß gerade auf dem Gebiet des Kartoffelbaus wichtige Verbesserungen der Produktionsmethoden, vor allem ein häufigerer Wechsel des Saatguts und verstärkte Stickstoff- und Kalidüngung, in großem Umfang Eingang in die Masse der bäuerlichen Betriebe gefunden haben. Es ist ganz zweifellos im Kartoffelbau mit einer ausgedehnten Senkung der Produktionskosten in vielen Betrieben zu rechnen. Diejenigen Betriebe, deren Produktionskosten höher liegen, werden vergeblich durch technische und betriebswirtschaft-

liche Rückentwicklung das Gleichgewicht zwischen Produktionskosten und Produktionserlös herzustellen versuchen. Auch für sie gibt es nur den einen Weg: die technischen Fortschritte und die Senkung der Produktionskosten sich zu eigen zu machen.

Allerdings gibt es Preisentwicklungen, die auch demjenigen als katastrophal erscheinen müssen, der an sich eine mäßige Senkung der Preise im Einklang mit den gesunkenen Produktionskosten nicht für unerträglich hält. Die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch produktiven Fortschritt ist der Landwirtschaft nur dann möglich, wenn sie eine Sicherung gegen solche Preiskatastrophen erhält. Es wäre daher in hohem Maß zu wünschen, daß man sich, unter nüchterner Abschätzung des Möglichen, endlich zu ernsthafteren Anstrengungen auf dem Gebiet der Preisstabilisierung entschließt. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Agrarenquete sein alle Wege ernsthaft zu prüfen, die zur Lösung des Kartoffelproblems beitragen können. Auch die Neugestaltung des Branntweinmonopols ist auf das innigste mit dem Problem der Kartoffelverwertung und einer stabilen Preisbildung der Kartoffelernten verbunden. Man wird in diesem Zusammenhang die Frage prüfen müssen, ob und wie weit die Kartoffelbrennerei die Funktion: ein Aufnahmereservoir für die bei den Schwankungen der Ernteerträge sich ergebenden Überschüsse zu bilden, heute noch erfüllen kann. Sollte diese Frage verneint werden, so müßte ein Weg gefunden werden die Branntweinwirtschaft im Dienst der landwirtschaftlichen Produktion so umzugestalten, daß auf andere Weise ein wirklich leistungsfähiges und in seiner Kapazität den Ernteschwankungen entsprechendes Aufnahmereservoir auf dem Gebiet der industriellen Verwertung der Kartoffeln geschaffen wird, was beispielsweise durch großzügige Errichtung von Kartoffeltrocknereien geschehen könnte.

Roggenbau Die Wirkungen des oben beschriebenen Preissturzes der Kartoffeln auf die ostdeutsche Landwirtschaft wurden im Etatsjahr 1925-1926 noch dadurch verstärkt, daß noch ein anderes wichtiges Erzeugnis, und zwar gerade dasjenige, das in der Verkaufsbilanz der ostelbischen Betriebe einen besonders großen Platz einnimmt: der Roggen, dieses Jahr unter scharfem Preisdruck stand. Die Gründe für diesen Preisdruck sind sehr ähnlich denen bei den Kartoffeln. Auch beim

Roggen wirken preisdrückende Umstände sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite zusammen; hier wie dort ist die angebotene Menge durch einen raschen Produktionszuwachs verstärkt, während die Nachfrage für den direkten Konsum eher zurückgegangen sein dürfte. Nach der amtlichen Statistik betrug die Roggenernte des Jahres 1924 insgesamt 57,3 Millionen Doppelzentner, während sie im Jahr 1925 auf 80,6 Millionen gestiegen ist. Um sich von der Bedeutung dieser Produktionssteigerung ein Bild zu machen, muß man sich vorstellen, daß der Zuwachs von etwa 23,3 Millionen Doppelzentner größer ist als der gesamte jährliche Brotgetreideeinfuhrüberschuß der Vorkriegszeit. Auch der Brotgetreideeinfuhrüberschuß des Jahres 1924 betrug einschließlich des Mehls nur etwa 20 Millionen Doppelzentner.

Auf der andern Seite glaubt man aus den Umsatzzahlen des Mehlhandels und der Großbäckereien, insbesondere auch aus den Umsatzzahlen großstädtischer Konsumvereine, den Schluß ziehen zu müssen, daß der Konsum an Roggenbrot erheblich zurückgegangen ist, und zwar zugunsten eines gesteigerten Konsums von Weißbrot und Feingebäck. Zweifellos hat Hand in Hand mit der Hebung der Lebenshaltung der Weißbrotkonsum in der städtischen Bevölkerung zugenommen. Man wird jedoch gut tun sich vor übertriebenen Vorstellungen zu hüten. Von dem Leiter der Konsumgenossenschaft Groß Berlin wurden im Reichsernährungsministerium Zahlen mitgeteilt, wonach sich in den Berliner Konsumvereinen der Absatz von Roggenbrot im Dezember 1925 gegenüber dem Dezember 1924 keineswegs vermindert hatte, während allerdings der Absatz von Weißbrot und Feingebäck erheblich gestiegen war. Ein Rückgang des Roggenbrotkonsums muß immer in Verbindung mit der gesamten Roggenernte und ihrer Ertragssteigerung betrachtet werden. Selbst ein 20prozentiger Rückgang des Roggenbrotkonsums würde nur einen Nachfrageausfall von etwa 12 Millionen Doppelzentner Roggen bedeuten, während die Roggenernte allein im letzten Jahr etwa um den doppelten Betrag gestiegen ist. Angesichts dieser Größenverhältnisse muß man sich darüber klar sein, daß von den zurzeit sehr populären Bestrebungen den Roggenkonsum auf dem Weg der Propaganda oder gar durch Zwangsmaßnahmen zu heben eine durchgreifende Verbesserung der Marktlage für den Roggenverkauf durch den Landwirt kaum zu erreichen ist. In den Kreisen der prak-

tischen Landwirte denkt man offenbar über die Aussichten einer derartigen Aktion recht nüchtern, und so stehen in der landwirtschaftlichen Fachpresse ganz andere Maßnahmen der Roggenpreispolitik im Mittelpunkt des Interesses. Vor allem ist im letzten Jahr die Frage lebhaft diskutiert worden, wie weit gerade im deutschen Osten etwa der überwiegende Roggenanbau durch den Anbau anderer Getreidearten, in erster Linie von Weizen, ersetzt werden kann. In den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 16. Januar 1926 berichtet einer der Pioniere der deutschen Saatzeit, Bernd von Arnim-Criewen, über seine Erfahrungen mit dem Weizenanbau auf leichtem Boden. Er glaubt, daß auf dem größten Teil der Übergangsböden (vom lehmigen Sand zum sandigen Lehm) bei ausreichender Düngung und richtiger Bodenbearbeitung ein lohnender Weizenanbau sehr wohl möglich ist. In seiner eigenen Wirtschaft hatte er eine Anzahl Nebenschläge mit leichtem Boden, auf denen früher nie Weizen gesät worden war. Mit der Ausdehnung seines Absatzes an Saatweizen mußten auch diese Schläge zum Weizenbau herangezogen werden. Die anfangs bescheidenen Erträge steigerten sich im Lauf der Jahre so weit, daß im Jahr 1923 2 Weizenerschläge auf früheren Nebenschlägen Erträge brachten, die auch auf den besten Weizenböden Mittel- und Westdeutschlands als hoch angesehen werden würden. Ein Schlag von 120 Morgen mit Acker der 5. Grundsteuerklasse brachte 40 Doppelzentner je Hektar, der andere gleich große mit Boden 5. bis 6. Klasse brachte 32. Selbst für Durchschnittsjahre rechnet von Arnim mit Ernten von 26 bis 28 Doppelzentner je Hektar von diesen früher niemals zum Weizenbau herangezogenen Schlägen, während bekanntlich der Vorkriegsdurchschnittsertrag in Deutschland nur etwa 22 Doppelzentner je Hektar war.

Natürlich ist es zur Erzielung sicherer Weizenernten auf leichten Böden erforderlich geeignete Sorten zu verwenden. Allerdings zeigt der oben erwähnte Bericht, daß auch mit den bereits heute verbreiteten Weizensorten Ausdehnungen des Weizenanbaus auf leichtere Böden sehr wohl möglich sind, und gerade die Züchtungen von Arnims haben sich auf diesem Gebiet als Schrittmacher des Fortschritts erwiesen. Der Ehrgeiz der Züchter geht jedoch noch über das bisher Erreichte hinaus. Man will Weizensorten züchten, »die auf besseren und mittleren Roggenböden den gleichen oder

doch nahezu den gleichen Kornertrag bringen wie Roggen«. Auch diese Aufgabe ist, wie Erwin Baur in der Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung vom 8. Januar 1926 berichtet, wenn auch schwierig, so doch sicher lösbar. Es ist Baur gelungen durch Kreuzungen mit deutschem Dickkopfweizen einerseits, mit osteuropäischem Landweizen und mit Winterspelz andererseits Stämme zu erzielen, die in den Anbauversuchen des letzten Jahres im Vergleich mit Petkuser Roggen den Körnerertrag der Roggenvergleichsparzellen nahezu erreicht haben. Diese neuen Züchtungsversuche, die allerdings erst im Lauf mehrerer Jahre für die große landwirtschaftliche Praxis brauchbare Resultate liefern können, sind übrigens auch aus dem Grund bedeutungsvoll, weil die neuen, für leichteren Boden geeigneten Weizensorten gleichzeitig auch einen qualitativen Fortschritt bedeuten. Die Rentabilität des deutschen Weizenbaus ist augenblicklich dadurch schwer beeinträchtigt, daß die Erfolge der bisherigen Züchtung, die lediglich auf Höchstserträge eingestellt war, mit einer qualitativen Verschlechterung (Kleberarmut und daher geringe Backfähigkeit) erkaufte werden mußten, die sich gegenwärtig in der Preisdifferenz gegenüber den überseeischen Weizensorten empfindlich ausdrückt. Das Hereinziehen osteuropäischer Landweizensorten in die neuen Züchtungen wird auch auf dem Gebiet der Backfähigkeit eine Verbesserung herbeiführen, so daß bei diesen Weizensorten eine günstige Preisbildung zu erwarten ist.

Die Umstellung der ostdeutschen Landwirtschaft vom Roggen- auf Weizenbau ist nun allerdings ein Prozeß, der längere Zeit braucht. Zwar ist es nicht nötig die Resultate der erwähnten Züchtungsversuche abzuwarten, da, wie bereits erwähnt, sich auch unter den heute gebräuchlichen Weizensorten solche befinden, die für leichteren Boden geeignet sind. Neben den Züchtungen von Arnims sind hier Rimpaus Bastardweizen sowie die Cimbalschen Züchtungen zu erwähnen. Immerhin erfordert die Ausdehnung des Weizenbaus jahrelange Erfahrungen, da übereilte Umstellungen zu empfindlichen Rückschlägen führen müßten. So wichtig daher, auf lange Sicht betrachtet, die Ausdehnung des Weizenbaus zur Lösung des Roggenpreisproblems auch ist, so muß für die nächste Zukunft eine Erleichterung von anderer Seite her erhofft werden. Unter den rasch wirkenden Maßnahmen, durch die bei einer reichlichen Ernte der Roggenmarkt

von dem preisdrückenden Überangebot befreit werden kann, ist an erster Stelle die Verfüterung zu nennen. Bei einem Roggenpreis von etwa 150 Mark die Tonne und bei einem Maispreis von über 180 Mark die Tonne, wie sie in der 1. Hälfte des Erntejahrs 1925-1926 etwa notiert wurden, ist der Roggen als eines der billigsten und rentabelsten Futtermittel zu betrachten. In den ersten Monaten nach der neuen Ernte bestand auch zwischen Roggen und Futtergerste eine weitgehende Preisdifferenz, die jedoch nach wenigen Monaten durch Senkung des Gerstenpreises bis auf den Roggenpreis herunter beseitigt wurde. Bereits aus dieser Tatsache geht hervor, daß die Landwirte die Notwendigkeit einer Umstellung in der Fütterung in immer wachsendem Maß erkannt haben, und daß diejenigen Betriebe, die Gerste zu Futterzwecken hinzuzukaufen pflegten, zum Kauf und zur Verfüterung von Roggen übergegangen sind. Wenn trotzdem der Preisdruck nur sehr wenig gemildert wurde, so liegt das wohl daran, daß die Verfüterung nicht den Umfang erreicht hat, den sie hätte haben müssen. Allerdings bestehen gegen die Roggenverfüterung bei der Landwirtschaft gewisse Vorurteile, da man glaubt, daß durch den Roggen Verdauungsstörungen oder gar Lähmungserscheinungen bei den Schweinen hervorgerufen werden. Das ist aber nur ein Vorurteil. Die in der deutschen Landwirtschaft weithin bekannte Versuchsanstalt in Ruhlsdorf hat bereits im vorigen Jahr und dieses Jahr wieder unter der Leitung des Direktors Carl Müller Versuche angestellt, die den Zweck haben die Rentabilität der überwiegenden Roggen- und Kartoffelmast, das heißt derjenigen Futterzusammensetzung, wie sie sich für die ostdeutsche Landwirtschaft natürlich ergibt, zu versuchen. Wenn diese Versuche auch noch nicht abgeschlossen sind, so ist ihr Ergebnis bisher durchaus günstig, und von Gesundheitsstörungen kann jedenfalls keine Rede sein.

Während so in der landwirtschaftlichen Praxis und in den wissenschaftlichen Instituten, die zur Beratung der praktischen Landwirtschaft bestimmt sind, daran gearbeitet wird das Problem der Roggenpreisbildung von der Seite des Weizenbaus und von der Seite der Roggenverfüterung her einer günstigen Lösung zuzuführen, ruhten andererseits die Bestrebungen nicht auf gesetzgeberischem Weg einen Ausweg zu finden.

Unter den Gründen, die in den Monaten nach der neuen Ernte zu einem Preis-

druck auf dem Getreidemarkt geführt haben, konnte mit einem gewissen Recht auf die Kapitalknappheit der Landwirtschaft, die zu raschem Verkauf zwang, hingewiesen werden, sowie auf die gleichzeitige Kapitalknappheit des Getreidehandels und der Mühlenindustrie. Man glaubte daher besonders in dem Preissturz des Roggens eine Saisonerscheinung zu erkennen und erwartete, daß der anormal tiefe Preisstand in den Monaten unmittelbar nach der Ernte in einen höhern Preisstand am Schluß des Verbrauchsjahrs umschlagen würde. Die logische Konsequenz derartiger Überlegungen war die Forderung mit umfangreichen öffentlichen Mitteln eine Ausgleichsstelle zu schaffen, deren Tätigkeit, wenn die Voraussetzungen richtig waren, für Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise vorteilhaft hätte sein müssen. Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1925-1926, der von dem damaligen Reichsernährungsminister Graf Kanitz vorgelegt wurde, und den man als einen neuen Antrag Kanitz bezeichnet hat, bewegte sich in diesen Gedankengängen. Diese Vorlage des Reichsernährungsministers ist bekanntlich durch den Widerstand der Parteien, die auf die Interessen des Handels weitgehend Rücksicht nehmen zu müssen glauben, gescheitert. Vorübergehend tauchte in der Diskussion übrigens, und zwar bemerkenswerterweise von deutschnationaler Seite ausgehend, der Gedanke eines staatlichen Getreidemonopols auf, für den jedoch ebenfalls eine ausreichende parlamentarische Gefolgschaft nicht zu finden war. Schließlich ist mit der Schaffung der Getreidehandelsgesellschaft und mit der Gewährung eines Kredits von 30 Millionen Mark aus Reichsmitteln an diese Gesellschaft eine Zwischenlösung versucht worden. Die Anregung zu diesem Vorgehen ging vom Stickstoffsyndikat aus. Es wurde zunächst eine Studiengesellschaft zur Regulierung der Roggenpreise mit einem Kapital von 50 000 Mark gegründet, an der die Bezugsvereine der deutschen Landwirtschaft, das Kalisyndikat und das Stickstoffsyndikat beteiligt waren. Nach der Bewilligung des Reichskredits von 30 Millionen Mark kam die definitive Konstituierung der Getreidehandelsgesellschaft zustande, wobei sich außer den genannten Organisationen noch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg beteiligte. Es wurde von den Beteiligten ein Eigenkapital von 15 Millionen Mark gezeichnet, so daß insgesamt 45 Millionen Mark zu dem ge-

planten Eingriff in die Getreidepreisgestaltung zur Verfügung stehen. Die tatsächlich auf diese Weise für die Getreidebewegung mobilisierten Gelder sind jedoch weit höher, da der Reichskredit ohne Sicherungsansprüche des Reichs, das heißt also ohne Verpfändung der anzukaufenden Getreidemengen, gegeben worden ist. Es besteht also die Möglichkeit die anzukaufenden Getreidebestände anderweitig zu beleihen, was heute zu relativ günstigen Bedingungen geschehen kann.

Die Gewährung so beträchtlicher Reichsmittel ohne eine im kaufmännischen Leben selbstverständliche Sicherung an eine Gesellschaft, die sich die Beeinflussung der Getreidepreise mit einer ganz bestimmten Tendenz zum Ziel gesetzt hat, schließt natürlich die Möglichkeit verhängnisvoller spekulativer Übertreibungen in sich. Außerdem sind die Faktoren, die auf die Preisgestaltung des Getreides einwirken, so vielgestaltiger Art, daß Maßnahmen, die sich nur gegen einen dieser Faktoren, in diesem Fall die Finanzierung der Getreidebewegung, richten, immer von der Seite der anderen Faktoren her überrannt werden können. Es besteht die sehr große Gefahr, daß die mit so großen Mitteln unternommen Interventionen auf dem Getreidemarkt von den Auslandsmärkten her über den Haufen geworfen, und daß dann die vom Reich gegebenen Mittel durch Spekulationsverluste aufgezehrt werden. Solche Bedenken sind nicht nur aus dem Grunde anzumelden, weil mit öffentlichen Geldern mit der allergrößten Sparsamkeit und Sorgsamkeit verfahren werden sollte, sondern vor allem deshalb, weil der Gedanke der Getreidepreisstabilisierung so wichtig ist, und weil hier so überragende landwirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, daß jede Kompromittierung dieser Idee durch ungenügend fundierte Experimente auf das lebhafteste bedauert werden müßte. Eine wirkliche Stabilisierung der Getreidepreise ist unmöglich, ohne daß man gegen alle Schwankungsfaktoren geeignete Abwehrmaßnahmen vorsieht, und es muß zu diesem Zweck mindestens die Herrschaft über den Inlandsmarkt, wie sie durch die Aufbringung solcher Millionensummen sehr wohl möglich sein könnte, durch eine entsprechende Abriegelung gegen die Schwankungen des Weltmarkts unterstützt werden. Daß der Gedanke eines staatlichen Außenhandelsmonopols für Getreide in den Kreisen des Handels sehr unbeliebt ist, darf von ihm nicht abschrecken.

Totenliste

In München starb Ende Januar *Emil Ramann*, Ordinarius für Bodenkunde und Agrikulturchemie an der Münchener Universität, im Alter von 75 Jahren. Seine ersten Untersuchungen betrafen Fragen der Mineralstoffernährung der Waldbäume. Er kann als Begründer der modernen Bodenkunde bezeichnet werden.

Nachdem die deutsche Landwirtschaft im vergangenen Jahr bereits den Verlust mehrerer ihrer hervorragendsten altgedienten Führer zu beklagen hatte, ist sie in diesem Jahr wiederum von einem schweren Schlag betroffen worden. Am 11. Juni verstarb auf seiner Besitzung Klein Spiegel in Pommern der Ehrenvorsitzende des Reichslandbundes und Vorsitzende der Pommerschen Landwirtschaftskammer *Konrad Freiherr von Wangenheim*. Er hatte einige Tage zuvor auf einer Wagenfahrt über sein Gut einen schweren Unfall erlitten, dessen Folgen er nach anfänglicher Besserung erlegen ist. Er stand in seinem 77. Lebensjahr. In seinem langen arbeitsreichen Leben hat Wangenheim die Schicksalswandlungen der deutschen Landwirtschaft als einer der tätigsten Führer sämtlich mit erlebt: die Jahrzehnte der großen Agrarkrisis im 19. Jahrhundert, das Aufblühen in den letzten Vorkriegsjahrzehnten, die Katastrophe des Krieges und den tatkräftigen Wiederaufbau in der Nachkriegszeit. An diesem Aufbau hatte er, trotz seinem hohen Alter, den allergrößten persönlichen Anteil.

Kurze Chronik Am 20. Januar fand in Berlin die Werbetagung der Arbeitsgemeinschaft *Technik in der Landwirtschaft*, Ortsgruppe Berlin statt. Die Leitung hatte der Direktor der Berliner Städtischen Güter Ruths übernommen, der gleichzeitig über die Verbilligung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch rationelle Anwendung, Unterhaltung und Aufbewahrung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sprach. Das Korreferat hierzu hielt der Oberamtmann Schurig. Ferner sprachen Brauer über Landwirtschaft und Industrie in der Arbeitsgemeinschaft Technik in der Landwirtschaft, Zander über das Thema Wie kommen wir zu billigeren Landmaschinen? und Ries über die betriebswirtschaftliche Seite der Mechanisierung der Landwirtschaft. Die Referate sowie die Diskussion gestalteten sich zu einer Auseinandersetzung zwischen der Landwirtschaft und der Landmaschinenindustrie, wobei auf beiden Seiten Fehler festgestellt wurden, de-

ren Abstellung im Interesse einer rationelleren und produktivern Maschinenverwendung in der Landwirtschaft dringend zu wünschen ist. Am folgenden Tag schloß sich eine Besichtigung der Landmaschinenfabrikation in der Aktiengesellschaft Deutsche Industrie in Spandau an, die einen aufschlußreichen Einblick in die Entwicklung der Serienfabrikation bot. > In der Schweiz ist in den letzten beiden Jahren eine lebhaft öffentliche Diskussion über die Frage des *Getreidemonopols* geführt worden. Die politischen Aussichten der Monopolgegner erschienen außerordentlich günstig, da sich bei dem Monopol, wie bei allen planmäßigen Eingriffen in das Wirtschaftsleben, die Schattenseiten dem oberflächlichen Betrachter stärker aufdrängen. Eine gründliche Übersicht über die Diskussion gibt eine Serie von Artikeln, die der Bundesrat Schultheß in der Neuen Züricher Zeitung vom 3. bis zum 6. Februar 1926 veröffentlicht hat. > Der durch die Emeritierung Max Serings frei gewordene Lehrstuhl der Staatswissenschaften an der Universität Berlin ist, nachdem man lange vergeblich versucht hatte einen Agrarpolitiker zu finden, der die durch den Fortgang Max Serings gerissene Lücke auszufüllen vermöchte, durch Friedrich von Gottl-Ottlienfeld besetzt worden. Um das Gebiet der Agrarpolitik im wissenschaftlichen Leben der Berliner Universität nicht zurücktreten zu lassen, ist *Friedrich Aereboe*, der seinen Lehrstuhl an der Landwirtschaftlichen Hochschule und die damit verbundene Föhlung mit der landwirtschaftlichen Praxis nicht aufgeben wollte, zum Honorarprofessor an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin ernannt worden. Gleichzeitig wurde ihm ein Lehrauftrag für Landwirtschaftslehre und Landwirtschaftspolitik erteilt. > Der Dozent an der Technischen Hochschule in Braunschweig *Franz Foedisch* wurde zum ordentlichen Professor der Landwirtschaftlichen Maschinenkunde an der Universität Königsberg, als Nachfolger Georg Kühnes, ernannt. > Der führende landwirtschaftliche Verlag *Paul Parey* in Berlin feierte am 1. Dezember 1925 ein Jubiläum. Es waren an diesem Tag 25 Jahre, seitdem der heutige Seniorinhaber des Hauses, Arthur Georgi, die Verlagsbuchhandlung und mit ihr den Verlag der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse übernahm. Der Verlag hat eine Jubiläumsnummer unter dem Titel *Die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft* herausgebracht. Die wichtigsten Fragen der landwirtschaftlichen

Wirtschaftsföhrung und Technik werden von hervorragenden Sachverständigen behandelt. Vom agrarpolitischen Standpunkt aus sind besonders die Beiträge *Friedrich Aereboes* (Betriebsleitung und Betriebsberatung), *Heinrich Nägels* (Intensiv oder extensiv?), *Gustav Oldenburgs* (Landwirtschaftliches Unterrichtswesen und seine Zukunftsaufgaben), *Wölfers* (Die Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses) wichtig. Auch von den technischen Themen mögen viele über den engern Kreis der Landwirtschaft hinaus Interesse finden, insbesondere die Arbeiten *Carl Fruwirths* (Fortschritte in der landwirtschaftlichen Pflanzenzüchtung), *Eilhard Alfred Mitscherlichs* (Die praktische Bedeutung der Bodenuntersuchung), *Wilhelm Schneidewinds* (Die Ernährung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen), *Benno Martinys* (Der gegenwärtige Stand der Motorpflugfrage), *Ludwig Niggls* (Die Bedeutung des Grünlandes in der neuzeitlichen Landwirtschaft).

Literatur

Über das Problem der landwirtschaftlichen Kreditnot sind im letzten Jahr einige zusammenfassende Darstellungen erschienen. Der Oberamtmann *Konrad Schliephacke* entwickelt in seiner Schrift *Die Beseitigung der landwirtschaftlichen Kreditnot* (Berlin, Paul Parey) einen Vorschlag, der etwa auf eine Wiederholung des Rentenmarkexperimentes, diesmal jedoch nicht zur Stabilisierung der Währung sondern zur Schaffung flüssiger Mittel für die Landwirtschaft auf der Grundlage von wertbeständigen und »in Zahlungsmittel zu verwandelnden Hypotheken«, hinausläuft. Wer mit der Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien auf dem Gebiet des Geldwesens vertraut ist, weiß, daß derartige Vorschläge in gewissen Perioden seit John Law bis Bendixen immer wieder aufgetaucht sind und an bestimmten Punkten der wirtschaftlichen Entwicklung sozusagen mit astrophischer Genauigkeit vorhergesagt werden können. Es wäre verwunderlich gewesen, wenn der Komet in diesem Jahr der landwirtschaftlichen Kreditnot nicht wieder aufgetaucht wäre. > Die Überwindung der Kapitalnot in der Landwirtschaft nennt *Kurt Ritter* das 5. Heft seiner Agrarpolitischen Aufsätze und Vorträge (Berlin, Paul Parey). Seine Darlegungen zum Kreditproblem sind vor allem deshalb bemerkenswert, weil der Verfasser sich hier in die Reihe derer stellt, die im letzten Jahr dem gedankenlosen Schlagwort von der Extensivierung

als Abwehrmaßnahme gegen die Kreditnot entgegengetreten sind. ◊ Die bei weitem umfangreichste und gründlichste Darstellung des landwirtschaftlichen Kreditproblems bietet die Schrift *Fritz Beckmanns* Kreditpolitik und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft seit der Währungsstabilisierung (Berlin, Paul Parey). Die verschiedenen Methoden einen zahlenmäßigen Überblick über die landwirtschaftliche Neuverschuldung zu gewinnen werden einer eingehenden Prüfung unterzogen, und als Ergebnis dieser Betrachtungsweise erhält man ein recht vollständiges und anschauliches Bild, bei dem allerdings die Ergebnisse der letzten amtlichen Darstellung im 1. Vierteljahrsheft des Konjunkturforschungsinstituts noch nicht berücksichtigt werden konnten. Außer der Schilderung der tatsächlichen Entwicklung und der gegenwärtigen Lage gibt Beckmann eine sehr eingehende Analyse der Ursachen und Gründe der Neuverschuldung. Er stellt in den Mittelpunkt die Frage, ob eine Verschuldung in diesem Umfang notwendig und erwünscht gewesen ist, und ob sie produktiven Zwecken gedient hat. Beckmann, der für sich das Verdienst in Anspruch nehmen kann, daß er schon sehr bald nach der Stabilisierung vor der allgemeinen Kreditpsychose und dem kritiklosen Schrei nach der "Kredithilfe" gewarnt hat, stellt fest, daß die neu aufgenommenen Kredite nur zu einem ganz verschwindenden Bruchteil eine produktive und vor allem eine rentable Verwendung gefunden haben. Er beschäftigt sich eingehend mit der Frage, welche Art der Kapitalverwendung auf Kredit bei einem Zinsfuß, wie er in den letzten Jahren in Deutschland herrschte, rentabel sein kann, und er kommt in außerordentlich anschaulichen Darstellungen und prägnanten Folgerungen zu dem Ergebnis, daß nur ganz wenige Kapitalverwendungen in der Landwirtschaft bei einem solchen Zinsfuß eine Kreditaufnahme rechtfertigen. Er schießt bei diesen Formulierungen allerdings in einigen Punkten über das Ziel hinaus und wird beispielsweise der Steigerung des Kunstdüngeraufwands durchaus nicht gerecht. Abgesehen von gewissen unzulässigen Verallgemeinerungen und Übertreibungen stellt die Arbeit Beckmanns in der Diskussion über das landwirtschaftliche Kreditproblem etwas Neues von entscheidender Wichtigkeit dar. Ein Buch, an dem niemand vorübergehen kann, der sich über diese Fragen eine begründete Meinung zu bilden das Bedürfnis hat.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Novembergruppe

Die Architektur ist heute die aktivste der Künste.

In ihr wirkt sich der neu-schöpferische Geist aus. Das bestätigt von neuem die Architekturausstellung der Novembergruppe in der Großen Berliner Kunstausstellung. Bei aller Verschiedenartigkeit des einzelnen ist doch ein starker verbindender Wille vorhanden. Eine Betonung des Gemeinsamen, das erst eine Differenzierung ermöglicht und fruchtbar werden läßt.

In der Überbetonung gewisser konstruktiver Elemente sehen manche einen Weg zur Form. So vor allem Erich Mendelsohn, der mit der Erfindung neuer Formen das architektonische Problem als solches zu erfassen trachtet. Er verfügt auch über die Fähigkeiten dieses Wollen durchzuführen, wie sein Projekt für eine Textilfabrik zeigt, das in Petersburg ausgeführt wird. Ähnliches, wenn auch nicht mit gleichem Temperament, versuchen Co. Brandes, Erwin Gutkind, H. Kosina, Hans und Wassilij Luckhardt, Adolf Meyer, L. Peri und Adolf Rading.

Im Gegensatz zu diesen Arbeiten, die die Bauaufgabe gewissen Formvorstellungen unterordnen, ist bei anderen die Form nicht Voraussetzung sondern Ergebnis. Bei der von Hugo Häring in Neustadt in Holstein erbauten Fabrik ist der stark gegliederte Baukörper aus den Bedingungen des Arbeitsvorgangs heraus entwickelt. Oder Mart Stam gestaltet mit seinem Entwurf zu dem Bahnhof in Genf die rein sachlichen Gegebenheiten einer Bahnhofsanlage. Bei der Durchbildung des Zweckvoll-Funktionellen ergeben sich von keinerlei Formvorstellungen gehemmte Entfaltungsmöglichkeiten, wie sie Arbeiten von Marcel Breuer, C. van Eesteren, Alfred Gellhorn, Ludwig Hilberseimer, Georg Muche, J. J. P. Oud und Max Taut zum Ausdruck bringen.

Das Vorurteil, daß eine funktionsbestimmte Baukunst die Entfaltung skulpturaler und farbiger Gestaltung ausschließe, widerlegen Rudolf Bellings Modell eines Buchdruckerwappens für das Gewerkschaftshaus der Buchdrucker in Berlin und Hugo Hätings Studie zum Fußboden und Treppenhaus zu seinem Projekt der Berliner Sezession. Beide zeigen, daß strukturelle bauliche Elemente auch zum Inhalt skulpturaler und farbiger Gestaltung werden können.

Städtebaugesetz

Der Verhütung einer weiteren Desorganisation unserer Städte und damit des gesamten Staates soll das neue preu-

Bische Städtebaugesetz dienen, dessen Entwurf vorliegt. Es geht von dem Grundgedanken aus, daß die Ansprüche einzelner hinter die Ansprüche der Gesellschaft zurückzutreten haben. Auch beschränkt es sich nicht nur auf die Stadt als solche, die Einzelgemeinde, sondern fordert, zum Ausgleich sich gegenseitig störender Interessen, Gebietsplanungen; ohne allerdings zur letzten Konsequenz, zur Landesplanung, überzugehen; Regelung und Gliederung des gesamten Staatsgebiets nach den Erfordernissen der Wirtschaft, unter Berücksichtigung der Interessen des Bergbaus und der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft, des Verkehrs- und Siedlungswesens. Das Gesetz muß zu einem grundlegenden Faktor für den Neubau des Gesamtstaats werden. Denn nur unter Berücksichtigung des Staatsganzen kann die jeweils richtige Teillösung gefunden und in geordnete Beziehung zum Ganzen gebracht werden.

So sehr das Gesetz in diesem wesentlichen Punkt begrenzt ist, so weitgehend ist es in ästhetischer Hinsicht. So liegt in der Einführung des Begriffs Aufbauplan eine Erweiterung der Befugnisse der Behörden. Ebenso in den besonderen Vorschriften für die äußere Gestaltung der Straßen-, Platz-, Orts- und Landschaftsbilder, deren Einzelheiten bis zur behördlichen Festlegung von Materialverwendung, Dachdeckung, Farbgebung, Gesimshöhe usw. gehen: Vorschriften, die in der Hineinverarbeitung des Veranstaltungsgesetzes ihre Ursache haben, für die freie Entwicklung der Baukunst aber ein großes Hindernis bedeuten, und zwar gerade heute, wo alles im Fluß ist, die eigentlichen Probleme zwar erkannt, aber noch keinesfalls gelöst sind. Da jedem das Bauen freisteht, ist es schwer ohne Bevormundung auszukommen. Es ist jedoch bei den bestehenden Verhältnissen nicht ohne weiteres möglich diese Bevormundung auszuüben. Wer soll in ästhetischen Fragen entscheiden? Etwa der zufällig an solcher Stelle sitzende Beamte, der aber meist diesen Fragen völlig ahnungslos gegenübersteht? Die gute Absicht des Gesetzes kann hier an der Personenfrage scheitern.

Aber es gibt auch hierfür eine Möglichkeit, die die Nachteile einer solchen Bevormundung aufhebt und das Bauen offenbaren Schundes verhindert. Hugo Häring schlägt vor 2 Kommissionen von je 3 Personen aufzustellen: eine Kommission historisierender Architekten und

eine solche der neuen Baugesinnung. Wer vor einer dieser Kommissionen besteht (und es soll ihm freistehen die Kommission seines Vertrauens zu wählen), hat keinerlei Kunstkontrolle mehr zu passieren. Die Gegensätzlichkeit der Kommissionen schaltet Mißbrauch aus. Es ist zu wünschen, daß der Gesetzentwurf, der in seinen Grundzügen durchaus anzuerkennen ist, entsprechend modifiziert zum Gesetz wird. Die Gestaltung der Zukunft hängt davon ab, ob es uns gelingt das Neben- und Gegen-einander der Einzelkräfte einem bestimmten Willen unterzuordnen. Denn das Ziel ist nicht der Erfolg einzelner sondern das Wohl der Gesamtheit.

Wohnungsbau Am 4. Juni veranstaltete die Aktiengesellschaft Deutsche Wohnungsfürsorge für Beamte, Angestellte und Arbeiter den 1. Wohnungsfürsorgetag. Das Referat der Tagung: Großsiedelungen, ein Weg zur Rationalisierung und Verbilligung des Wohnungsbaus, wurde vom Begründer der Gesellschaft, Martin Wagner, erstattet und erschien gleichzeitig als Sonderheft der Wohnungswirtschaft, des Zentralorgans für Wohnungsfürsorge, das die Gesellschaft herausgibt. Das wichtigste Problem für den Wohnungspolitiker ist heute die Senkung der Baukosten. Die Aufgabe liegt darin den Preis der Neubauwohnungen auf das Preisniveau der Altwohnungen zu senken und nicht, wie das heute versucht wird, den Preis der Altwohnungen auf den der Neuwohnungen zu treiben. Der dahin führende Weg bedingt die Industrialisierung des Baugewerbes, den Serienbau und seine Anwendung auf die Großsiedelung. Dazu sind aber Vorarbeiten, teils theoretischer teils praktischer Natur, notwendig, die nur von einem unabhängigen Forschungsinstitut durchgeführt werden können. Wie jedes im Serienbau herzustellende Produkt muß auch die Wohnung als Objekt der Serienherstellung zunächst an Modellbauten sorgfältig vorbereitet, produktionsreif gemacht, und der Produktionsprozeß selbst in seinen einzelnen Phasen studiert werden. Denn auch der Wohnungsserienbau setzt eine vollendete Präzisionsarbeit voraus, die nur an Modellen erprobt werden kann. Um den Serienbau rentabel zu gestalten, ist die Konzentration der Bautätigkeit auf einige wenige Baustellen notwendig. Ebenso die Konzentration der Baubetriebe in der Hand leistungsfähiger und zahlungskräftiger Bauherrenorganisatio-

nen in Form von gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften, die die wirtschaftliche Rolle des Großhändlers als Verbindungsglied zwischen Industrie und Verbraucher zu übernehmen haben. Daneben muß der Großproduzent, der Generalunternehmer, stehen, damit wie in der sonstigen Industrie auch beim Wohnungsbau das Ineinandergreifen der einzelnen Gewerbebezüge von einer Stelle aus disponiert und geleitet werden kann. Dabei sind die Bauaufträge in der Hand weniger Großbaubetriebe als Generalunternehmer zu konzentrieren, wodurch sich auch am ehesten eine ständige, lückenlose Beschäftigung auf Grund eines umfassenden Arbeitsplans ermöglicht. Bei Erfüllung dieser Forderungen kann die teure, zeitraubende Handarbeit, auf der heute fast noch das gesamte Baugewerbe beruht, durch die aktuellere und billigere Maschinenarbeit ersetzt werden; die wesentlichste Voraussetzung für eine durchgreifende Senkung der Baukosten.

Architektenzusammenschluß Die deutschen Architekten, die im Sinn der neuen Baukunst arbeiten, haben ihren Zusammenschluß vollzogen. Sie wollen gemeinsam der großen internationalen Bewegung dienen, die bestrebt ist unter bewußtem Verzicht auf leer werdende Formen der Vergangenheit die Bauprobleme unserer Zeit mit den Mitteln der heutigen Technik zu gestalten und den Boden für eine neue Baukultur der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsepöche zu bereiten. Dieser Architektenvereinigung, die den Namen *Der Ring* trägt, gehören alle führenden Persönlichkeiten der neuen Bewegung an: Otto Bartning, Walter Curt Behrendt, Peter Behrens, Richard Döcker, Walter Gropius, Hugo Häring, Johannes Haesler, Ludwig Hilberseimer, Arthur Korn, Karl Krayl, Hans Luckhardt, Wassilij Luckhardt, Ernst May, Erich Mendelsohn, Adolf Meyer, Ludwig Miës van der Rohe, Bernhard Pankok, Hans Poelzig, Adolf Rading, Hans Soeder, Hans Scharoun, Walter Schilbach, Karl Schneider, Bruno Taut, Max Taut, Heinrich Tessenow, Martin Wagner. Außerdem steht die Vereinigung in Fühlung mit allen führenden Persönlichkeiten des Auslands, denen sie durch gleiche Gesinnung und gemeinsame Ziele verbunden ist. Die Mehrzahl der bauforschenden Architekten Deutschlands hat sich vereinigt und in Bamberg die *Koldeweysgesellschaft* gegründet. Die Vereinigung bezweckt die in jahrzehntelanger Tätigkeit erworbenen Erfahrungen bei der Ausgrabung und

Erforschung alter Bau- und Kulturdenkmale einer jüngern Generation zu übermitteln. Ferner hat sie sich zum Ziel gesetzt für die Erhaltung, Pflege und den Weiterausbau der Bauforschung zu wirken. Zu ihren Mitgliedern gehören unter anderm Andrae, Borchardt, Borrmann, Dörpfeld, Gurlitt und Knackfuß.

Totenliste Ende November 1925 starb in Berlin der Architekt *Karl Oettinger*, 59 Jahre

alt. Bei dem Wettbewerb für das Dresdener Hygienemuseum erhielt er den 2. Preis. In Berlin stammen verschiedene Kauf- und Geschäftshäuser von ihm. Der verdienstvolle Leiter der Staatlichen Kunstbibliothek *Peter Jessen* ist am 15. Mai 1926 in Berlin gestorben. Er wurde 1858 in Altona geboren. Sein Vater, Otto Jessen, ist als Organisator des deutschen Gewerbeschulwesens hervorgetreten und hat später als Direktor der ersten Berliner Handwerkerschule eine weithin wirkende Tätigkeit entfaltet. Durch seinen Vater wurde in dem jetzt Verstorbenen früh Sinn und Verständnis für die Notwendigkeit einer engen Verbindung von Kunst und Gewerbe geweckt. Seit 1883 war er an den Berliner Museen tätig. 1888 wurde er Leiter der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums, die er zu einer mustergültigen Anstalt ausgebildet hat.

In Karlsruhe starb Ende Mai der Architekt und Professor an der dortigen Technischen Hochschule *Walter Sackur*, 55 Jahre alt. Er wurde bekannt durch Beiträge zur Erklärung und Kritik des Vitruv. Von ihm ist auch der Erweiterungsbau der Technischen Hochschule in Karlsruhe geschaffen worden.

Kurze Chronik Die im Bau befindliche neue *Bundeshauptstadt Australiens* Canberra soll am 26.

Januar 1927 durch Eröffnung des Parlaments dort feierlich eingeweiht werden. $\diamond$ Vom 14. August bis zum 1. September wurde in Frankfurt die 1. *Photographische Ausstellung* größern Umfangs seit dem Krieg gezeigt. Sie sollte ein lückenloses Bild des heutigen Standes der Photographie geben. Die wissenschaftlich-künstlerische Abteilung zeigte die Entwicklung der Photographie bis zur Fernbildübertragung. Während der Ausstellung fand eine Reihe von Tagungen, unter anderm ein internationaler Photographentag statt. $\diamond$ Die Sommermonate über war in Nürnberg eine *Spielzeugausstellung* zu sehen, die in einzelnen Abteilungen das deutsche historische und

neuzeitliche Spielzeug zeigte, von Künstlern, Kunstschulen und von der Industrie gefertigt. Zum Vergleich war auch Spielzeug anderer Länder ausgestellt. ◊ Im Juni beging die Stadt Antwerpen feierlich die 50. Wiederkehr des Tages, an dem aus dem Nachlaß des Plantijn Moretus das *Plantijnmuseum*, das einzigartige Museum der Buchdruckerkunst, geschaffen wurde.

Literatur

Die Architektur als ästhetisches Phänomen behandelt *Adolf Behne* in seinem,

mit zahlreichen Abbildungen versehenen Buch *Der moderne Zweckbau* /München, Dreimaskenverlag/. Er analysiert die neue architektonische Entwicklung, ihre Vorläufer und hauptsächlichsten Vertreter, das Nebeneinander der verschiedenen Richtungen, vor allem den Funktionalismus und Utilitarismus, die sich aber der Gesamterscheinung Architektur ebenso unterordnen wie Form, Technik, Konstruktion und Material. Durch weitgehende Spezialisierung und Differenzierung von Richtungen und Einzelpersönlichkeiten wird die Totalität des Problems vernachlässigt, seine Grundidee allzusehr in den Hintergrund gedrängt. ◊ Sowenig man sich mit den Wohnhäusern amerikanischer Durchschnittsarchitekten künstlerisch befreunden kann, so sehr muß man die Disziplin ihrer Grundrisse anerkennen. Sie sind Ausdruck bestimtest festgelegter Wohngewohnheiten und ökonomischer Raumausnutzung. Im Gegensatz zu der Willkür deutscher Raumanordnung und -verwendung hat hier jeder Raum seinen bestimmten Zweck. Die 100 Entwürfe *Robert L. Stevensons*, die unter dem Titel *Homes of Character* im Selbstverlag des Verfassers in Boston erschienen, geben einen deutlichen Begriff von der zweckmäßigen Durchbildung des amerikanischen Durchschnittshauses. Es übertrifft das deutsche. In der äußern Gestaltung ist aber recht viel Romantik. Wie überhaupt die Vorstellung vom "Amerikanismus", die man sich in den Kreisen der deutschen Intellektuellen zu recht gemacht hat und anbetet, mit der Wirklichkeit recht wenig übereinstimmen will. ◊ Die gemeinnützige Vereinigung Heimkultur in *Wiesbaden* beabsichtigt die deutsche Kultur zu fördern. Im Speziellen hat sie es sich zur Aufgabe gemacht Sinn und Verständnis für eine vorbildliche Häuslichkeit zu verbreiten. Wie sie sich eine vorbildliche Häuslichkeit vorstellt, darüber informiert ein

Buch *Eigenhäuser, Heimstätten*, kleine Wohnhäuser, mit Text von *Heinrich Mathesius* und vielen Entwürfen von *Richard Gebhardt* und anderen /Wiesbaden, Heimkulturverlag/. Diese Entwürfe sind aber sehr wenig vorbildlich. Grundlage und Ansichten verraten, daß ihre Verfasser das Problem, um das es sich eigentlich handelt, nicht einmal ahnen. Dafür versuchen sie um so mehr dem Vertikogeschmack des Kleinbürgers Rechnung zu tragen. ◊ In seiner Schrift *Vom Lendenschurz zur Modetracht*, die mit 400 Illustrationen erschien /Berlin, Wiederverlag/, faßt *Hans Mützel* die Kleidertracht der gesamten Menschheit als künstlerische Erscheinung innerhalb der Kultur auf. Er sieht das Problem ihrer Gestaltung unter einem einheitlichen Gesichtspunkt, bringt die Bekleidungs-gedanken aller Völker und aller Zeiten durch vergleichende Methode in ein organisches Verhältnis zu einander. Während im allgemeinen die Kostümggeschichte nur als Entwicklung formaler Elemente betrachtet wird, versucht Mützel die Gründe aufzuzeigen, die diese Formen verursachen. Diese aber sind wesentlich ethnischer, sozialer und vor allem auch volkspsychischer Natur. Die Form ist nur der sichtbare Ausdruck des freien Spiels dieser Antriebskräfte. Die Kostümkunde wurde bisher wesentlich unter europäischem Gesichtswinkel betrachtet. Mützel weist auf die östlichen Einflüsse hin, die das Kostüm ständig umgestalteten. Er schildert den Aufstieg des primitiven Kittels der Bronzezeit bis zur heutigen Kleidung. In besonderen Kapiteln werden der Knopf, die Männer- und Frauenhose und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Tracht dargelegt. ◊ Im Gegensatz zu Mützel, der gewissermaßen eine Geschichte der Tracht zu geben versucht, beschränkt sich *Max von Boehn* bewußt auf den Wandel in der Kleidung der oberen Stände. Der reich illustrierte 8. Band seiner *Mode* /München, F. Bruckmann/ betrachtet Menschen und Moden vom Untergang der alten Welt bis zur Renaissance unter einem weltgeschichtlichen Aspekt und unter Benutzung zeitgenössischer Kunstdenkmale. Der Verfasser hat in seinem überlegenen Konservativismus wenig Sinn für das Neue in Politik und Kunst. Er ist sehr schlecht beraten, wenn er glaubt die Internationale der Fürsten in irgendeine Parallele mit der des Sozialismus zu bringen. Jene entsprang allerdings Sonderinteressen, während diese Ausdruck allgemeiner, aus der Gemeinschaft

fließender Strebungen ist. < Wie Briefmarken und Papiergeld müssen auch Münzen bestimmten Erfordernissen genügen, die ihre Gestaltung wesentlich beeinflussen. Wie überall trat auch hier mit der Vervollkommenung der Herstellungstechnik eine Vernachlässigung der Form ein. Das war schon in der Antike so, wie eine Abhandlung *Kurt Reglings*, des Direktors des Münzkabinetts in Berlin, Die antike Münze als Kunstwerk zeigt /Berlin, Schoetz & Parrhysius/. Das Thema, das sich ja nicht auf die Münze als Umlaufmittel sondern auf die Münze als Kunstwerk bezieht, brachte es mit sich; daß darin Münzen von Kyzikos und Abdera häufiger wiederkehren als Münzen bedeutenderer Orte wie Athens oder Korinths. Diese waren infolge ihrer Prominenz zu einem möglichst gleichbleibenden Münzbild gezwungen, während Plätze 2. Ranges sich eher die Möglichkeit des öftern Wechsels und damit weitgehender Gestaltungsfreiheit gestatten konnten. < Unter den hier schon öfters als beachtenswert bezeichneten Bänden der Sammlung *Orbis terrarum* /Berlin, Ernst Wasmuth/ muß jetzt *Kurt Hielschers* schöne Publikation Italien an erster Stelle genannt werden. Vieles, was dieses unerschöpfliche Land an architektonischen und landschaftlichen Reizen besitzt, wird in über 300 Lichtbildern anschaulich gemacht.

EINZELNES

Aus der Zeit

Silberstein † Am 23. August starb Raphael Silberstein, Dezernent des Gesundheitswesens in Neukölln, Arzt und Stadtrat, 53 Jahre alt. Er war ein zuverlässiger Kämpfer, dessen Persönlichkeit ein Beispiel dafür gab, wie befruchtend die Ideen des Sozialismus auf den einzelnen wirken, indem sie ihn aus dem engen Streben allein für seine und seiner Familie Existenz hinausheben, indem sie ihm ein gewaltiges Ziel setzen, dem zuzustreben alle Kräfte der Seele anspannt und rege erhält, so daß der Mensch gleichsam als Vollzieher eines hohen Auftrags durchs Leben geht.

Silberstein stammte aus Gollnow in Pommern. Er kam als Knabe nach Berlin und besuchte hier das Leibnizgymnasium. Schon als Schüler begann ihm der Sozialismus aufzugehen, der ihn später als Studenten und als Arzt ganz erfüllte. Der Beruf des praktischen Arztes und seine sozialistische Gesinnung befruchteten sich gegenseitig. Er wurde ein so-

zial denkender Arzt und ein praktischer Sozialpolitiker, der klar geschaute Ziele verfolgte und an Utopien keine Zeit und Mühe verschwendete. Er gehörte schon während seiner Universitätszeit dem sozialistischen Studentenverein an, der Anfang der neunziger Jahre in Berlin gegründet wurde, unter dem alten Regime natürlich nicht als solcher in die Öffentlichkeit treten konnte, aber in der jungen Generation mit großer Intensität für das Weltgefühl und den schöpferischen Gedanken des Sozialismus warb. In ihm wie in dem Verein sozialistischer Akademiker, der aus ihm hervorging, beteiligte sich Silberstein mit Eifer an den Diskussionen über die damals für die Partei aktuellen Fragen. Sein Ruf als Arzt breitete sich schnell aus, und er hatte überreichlich zu tun. Bald wurden die Parteigenossen in Neukölln auf ihn aufmerksam, und sie wählten ihn zum Stadtverordneten. In der Ausübung seines Mandats erzielte er Erfolge über Erfolge auf sozialhygienischem Gebiet, wodurch er eine autoritative Stellung erlangte. Die volle Wirkungskraft konnte er aber erst entfalten, als er nach dem Krieg Mitglied des Neuköllner Magistrats wurde und das Dezernat über das Gesundheitswesen erhielt, so daß der heute noch seltene Fall eintrat, daß ein Arzt zugleich Leiter des Gesundheitswesens einer Kommune wurde. Ihm gelangen die Sanierung und Entlausung der Schulen, die Einrichtung von Säuglings- und Tuberkulosefürsorgestellen, die Einführung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen, die Bestellung von Schulärzten, die Begründung von Schulzahnkliniken, die Umwandlung von nebenamtlich beschäftigten Schulärzten in hauptamtliche, die Errichtung eines sehr wertvollen Volksbads, der Bau eines großen muster-gültigen Krankenhauses und vor allem der eines Säuglingsheims für 130 Säuglinge, das bis jetzt unübertroffen dasteht, der Stolz Neuköllns ist und von allen Sachverständigen als Musteranstalt gerühmt wird. Das Ergebnis war, daß die Säuglingssterblichkeit in jenem Bezirk stark herunterging, und Neukölln die geringste Säuglingssterblichkeit in ganz Deutschland hatte und auch in anderer Beziehung ein hygienischer Musterbezirk wurde, das Proletarienneukölln. Der Tod hat diesen Mann mitten aus seiner Arbeit herausgerissen. Er hätte noch Größeres geleistet, wenn er noch lange in Gesundheit hätte leben können. Aber auch das, was er geschaffen hat, wird seinem Namen dauernd ein gutes Gedenken, und namentlich in der Arbeiterklasse, geben.

Karl Kollwitz